

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 5.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren:**  
 beträgt für die sechsgehaltene Monats-  
 gelte oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Verord-  
 nungen und Beschlüsse 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 6. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Der schmollende Centralverband.

Der „Centralverband deutscher Industrieller“, dessen unheilvoller Einfluß auf die deutsche Socialpolitik die Öffentlichkeit durch die letztvergangenen Monate in höchstem Maße erregte, hielt am Dienstag seine Delegierten-Versammlung im Architektenhause ab. Es war zu erwarten, daß die Enthüllungen der socialistischen Presse und die daraus entstandenen politischen Diskussionen auf dieser Tagung der Zwecklichen Auftraggeber nicht totgeschwiegen werden konnten. Da Reichsrat von Gähler, ferner Finanzrat Jendke, die oberste Spitze des Verbands, aus Gesundheitsrücksichten, wie die „Berl. Polit. Nachr.“ mitteilen — wir würden bedauern, wenn unsere Aufdeckung des centralverbändlerischen Treibens die Herren an ihrer kostbaren Gesundheit geschädigt haben sollte — ferngeblieben sind, hielt Landtags-Abgeordneter Popelius folgende einleitende Ansprache:

„Meine Herren! Wer im letzten Vierteljahr die Verhandlungen des Reichstags, vor die socialdemokratische und freisinnige Presse verfolgt hat, wird sich verwundert gefühlt haben: ist der Centralverband deutscher Industrieller wirklich ein die Reichsregierung so beherrschender Verein, daß man mit Zug und Recht sagen könne: der Centralverband ist eine Nebenregierung? Sie alle, meine Herren, welche die Verhandlungen des Centralverbands kennen, wissen, daß derselbe stets nur bestrbt war, die ihm anvertrauten Interessen zu vertreten, sei es in socialpolitischen und handelspolitischen Fragen mit der Regierung, sei es in Fragen der Socialpolitik, wo die Reichsregierung das Hausrecht der Industrie nach unren Anschauungen nicht genügend wahrte, gegen die Regierung.“

Die Verhandlungen und Beschlüsse des Centralverbands waren stets getragen von dem Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit für das Wohl der Arbeiter, aber auch getragen von dem Geiste des patriotischen Gefühls, welches die deutsche Industrie stets ausgezeichnet hat. Aber gerade das patriotische Gefühl, welches die deutsche Industrie auch bei ihren Arbeitern zu erhalten und zu wecken bestrbt ist, ist es, was uns die Socialdemokraten zu Feinden macht; ihre Feindschaft jedoch betrachte ich als das beste Zeugnis für die Wichtigkeit unserer Bestrebungen, und können wir deshalb mit ruhigem Gewissen ihre Hege über uns ergehen lassen.“

Was mich dagegen mit großem Schmerz berührt hat, ist, daß ein hervorragender Vertreter der Reichsregierung unsere Bestrebungen so verkommen konnte, daß er mit einer gewissen Ostentation sich vom Central-Verbande abwandte, mit dem er in so vielen Fragen gleicher Anschauung ist. Diese Haltung ist uns ein psychologisch sehr Mißfall.“

Ich habe die Ehre, mit Herrn Grafen v. Posadowsky nun beinahe 40 Jahre bekannt zu sein; ich schätze seine Arbeitskraft, seine Einsicht in die praktischen Bedürfnisse des Lebens, seinen Charakter und seine Milderlichkeit sehr hoch; es ist ausgeschlossen, daß seine Haltung durch die Angriffe der Socialdemokraten hervorgerufen wurde, ich nehme jedoch an, daß ein unläuterer Wettbewerb ihm unsere Bestrebungen in einem ganz falschen Lichte beleuchtet hat und er dadurch zu irrigen Anschauungen über den Centralverband gekommen ist.“

Meine Herren! Wir werden uns durch diese Haltung in unseren Beschlüssen nicht beirren lassen, dieselben werden nach wie vor zur Wahrung und Förderung nationaler Arbeit gefast werden. Niemand züble, aber auch niemand zuleide, und bitte ich Sie, meine Herren, dieser Devise entsprechend die Diskussion rein sachlich, ohne jede persönliche Spitze führen zu wollen.“

Es ist nicht auffällig, daß der Centralverband der Industriellen in der von ihm übernommenen und durchgeführten Vermittlung der Socialpolitik, selbst der unendlich winzigen Socialpolitik, der die Regierung geneigt war, eine Beihätigung seines „patriotischen Gefühls“ verleiht. Nur aus patriotischem Empfinden bringt der Scharfmacherverband das „übrigens ganz vernünftige Handelsimmeregeseß“ zu Fall. Nur aus patriotischem Empfinden wagt er „das Hausrecht der Industrie“ wider die geringsten Verbesserungen der Arbeiterlage.“

Bemerkenswert ist die Aeußerung des Herrn Popelius über den Grafen Posadowsky. Die Verstimmung zwischen dem Verband und dem Leiter des Reichsamts des Innern ist noch nicht völlig beseitigt. Zwar hat sicherlich nicht „ein unläuterer Wettbewerb“ den Grafen Posadowsky zu seinem Abtrüden vom Verband geführt, sondern nur der Zwang der durch die socialdemokratischen Aufstellungen geschaffenen Situation. Graf Posadowsky vermochte im Amte nur zu bleiben, wofür er vor der Öffentlichkeit wenigstens den Schein erwecken konnte, als habe er die Möglichkeit gefunden, die Fesseln zu lockern, in denen ihn der Centralverband so lange gebunden hielt.“

Es zeigt sich, wie tief es die Gewaltigen des Centralverbands schmerzt, daß die Regierung in ihrer Verdrängnis die Vorbildungen über eine kompromittierende Untertwürfigkeit unter die Diktatur des Centralverbands einigermassen zu entkräften versucht hat. Es ist verlegend für die „Nebenregierung“, daß die Regierung auch nur den Schein der Selbstständigkeit wahren wollte.“

Aber die jetzt leise schmollenden Centralverbändler wissen, daß ihre Macht nicht von gestern und nicht von heute ist, daß sie vielmehr tief gegründet ist in dem Wesen des gegenwärtigen Wirtschafts- und Regierungssystems. Sie wissen, daß sie auch den Posadowsky, sollte er dem alten Freundschaftsverhältnis irgendwie ernsthafter mitren werden, „kein bekommen werden.“

Man schmollt miteinander, doch — „was sich liebt, das redt sich.“

Dann beschäftigte sich die Versammlung mit den **Getreidezöllen.**

Herr Wued erstattete das Referat, das ganz im Stil der Schützgenerei der Sammelpolitiker gehalten war. Er schlug namens des Direktoriums des Centralverbands der Versammlung vor,

sich dahin zu erklären, daß sie die Erhöhung der Getreidezölle über den Betrag des gegenwärtigen Vertragstarifs hinaus als notwendigen Schutz der Landwirtschaft für geboten erachte. Wie hoch dieser Schutz sein solle, das auszusprechen sei die Versammlung außer Stande; darüber werde die Regierung von ihrer hohen Warte aus Vorschläge zu machen haben. Im Interesse der Industrie und ihrer Arbeiter sei zu fordern, daß die Höhe des Getreidezolls mit den Interessen des Gemeinwohls vereinbar sei und dem Abschluß langfristiger Handelsverträge nicht hindernd im Wege stehen solle.“

Der Hinweis auf die „hohe Regierungswarte“ ist eine durch die Veröffentlichung der Wued-Briefe veranlaßte Schmeichelei, die nicht als blutigen Hohn aufzufassen, die Regierung einige Nähe haben wird.“

Herr Wued stellte es in Abrede, daß zwischen dem Centralverband und den Vertretern der Landwirtschaft ein Protokollverstand abgeschlossen worden sei. Er wies darauf hin, daß er für eine Person das wäste agitatorische Treiben der extremen Agrarier stets als gemeingefährlich erachtet und bekämpft habe und daß er darum bei diesen letzteren bestens geholt sei. Das halte ihn aber nicht ab, mit warmem Herzen für die wirkliche Landwirtschaft einzutreten.“

Herr Dr. Weumer gab namens der großen Vereine der rheinisch-westfälischen Industrie die Erklärung ab, daß sie der Resolution zustimmen. Herr Jaroslawsky sprach gegen die Resolution.“

Es wurde hierauf eine Resolution mit allen gegen eine Stimme angenommen, in der es heißt:

„Die Versammlung der Delegierten hält den Abschluß von Handelsverträgen auf eine thunlichst lange Zeit im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens für unbedingt notwendig, ebenso, daß dabei den Gewerben jeder Art der nach Maßgabe ihres Bedürfnisses und der Interessen des Gemeinwohls zu bemessende Schutz erhalten bleibe bezw. gewährt werde.“

Die Versammlung der Delegierten erkennt insbesondere an, daß die gegenwärtige schwierige Lage der deutschen Landwirtschaft eine ausreichende Erhöhung der Getreidezölle erfordert; sie muß aber erwarten, daß diese Erhöhung nur in einem solchen Umfange erfolge, welcher mit dem Gemeinwohl vereinbar ist und insbesondere den Abschluß langfristiger Handelsverträge nicht ausschließt.“

Des weiteren beschäftigte man sich mit der **Kanalvorlage.**

Es wurde folgende Resolution mit allen gegen zwei Stimmen angenommen:

„Die Versammlung . . . erblickt in dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Herstellung und den Ausbau von Kanälen und Fufhläufen im Interesse des Schiffahrtsverkehrs und der Landeskultur die feste Absicht, ein Werk zu schaffen, das in hohem Maße geeignet ist, die Gewerbe, den Handel und die Landwirtschaft und damit das gesamte Wirtschaftsleben der Nation zu fördern und zu heben, das daher, über die Grenzen des preussischen Staats hinaus, von größter Bedeutung auch für das ganze deutsche Vaterland ist.“

Als wirksamstes Mittel, nicht nur den Verkehr von Massengütern, sondern in vielen Beziehungen den Güterverkehr überhaupt billiger zu gestalten und daher zu erleichtern, wird dieses Werk wesentlich dazu beitragen, die Produktionskosten zu erniedrigen und die Erzeugnisse der deutschen Arbeit auf den Märkten des In- und Auslands wettbewerbsfähig zu machen.“

Die Versammlung der Delegierten, von der Ueberzeugung ausgehend, daß dieser große Plan und das mit ihm gegebene Beispiel zum weiteren Ausbau von Kanälen und dazu geeigneten Fufhläufen nicht nur im preussischen Staat, sondern auch in anderen Landesteilen Deutschlands führen wird, begrüßt daher diese Vorlage freudig und mit Befriedigung und wünscht und erwartet zuversichtlich, daß die gesetzgebenden Körperschaften den mit diesem Gesetzentwurf verfolgten hohen und bedeutungsvollen Zielen beitreten und ihm daher ihre Zustimmung erteilen möchten.“

Schließlich wurde noch in einer Resolution das Verlangen ausgesprochen, daß über die in den Handelsverträgen niederzulegenden allgemeinen Vereinbarungen vorher die Industrie befragt werde.“

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Februar.

#### Der Reichstag

setzte am Dienstag vor etwas besser besetzten Bänken die zweite Lesung des Etats der Reichs-Fuhtizverwaltung fort. Nach dem bisherigen Verlauf der Debatte sieht es ganz so aus, als wenn auch Herr Nieberding ziemlich lange auf die Bewilligung seines Gehalts warten müssen. Im Laufe eines Jahrs trägt die bürgerliche Rechtsprechung so viel Fälle zusammen, die der socialdemokratischen Kritik Stoff in Ueberfülle bieten, daß ihre Verhandlung im Reichstage, der einzigen Stelle, wo gewisse Dinge offen zur Sprache gebracht werden können, naturgemäß sehr geraume Zeit in Anspruch nehmen muß.“

Genosse Dr. Herzfeld erwarb sich heute ein Verdienst damit, daß er jenes Güstrower Geschworenen-Urteil im Meineschloß gegen den zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilten Parteigenossen Haff, das ohne weiteres in eine Linie mit dem Essener Urteil zu stellen ist, zur Sprache brachte. Die scharfe Kritik, die er an dem Urteil übte, veranlaßte den Präsidenten, Graf Ballestrem, die Gerichte gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, daß sie Wertzeuge politischer Leidenschaft seien. Unser Redner ließ sich dadurch natürlich nicht abhalten, das Verhalten des Staatsanwalts, des Landgerichtsdirektors Schmidt und der Geschworenen eingehend zu be-

leuchten. Außerdem brachte er noch weiteres Material zur Beurteilung der mecklenburgischen Rechtszustände bei, indem er die Art, wie man ohne richterliches Urteil in ein mecklenburgisches Arbeitshaus auf unbestimmte Zeit gesperrt werden kann, an einem besonders effektanten Fall nachwies. Natürlich werden die Injassen dieser Arbeitshäuser auch dazu verwandt, für die mecklenburgischen Grundbesitzer billige Kuli-Arbeit zu verrichten.“

Der Staatssekretär Nieberding suchte sich mit einigen formellen Einwänden wie immer aus der Affaire zu ziehen. Er bestritt, daß die mecklenburgischen Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den Unterstüchtungswohnsitz in Widerspruch mit den Reichsgesetzen ständen und suchte die Angriffe auf das Güstrower Urteil dadurch zu widerlegen, daß er die Objektivität unfres Redners in Zweifel zu ziehen suchte. Nach dem Bescheid des Herrn Staatssekretärs ist es überhaupt nicht, wenn im Reichstage über Urteile und Prozesse gesprochen wird. Aber es bleibt gar kein andres Mittel, um dem Rechtsgefühl des Volks Ausdruck zu geben.“

Die weitere Debatte führte zu einem Gezänk zwischen dem Antisemiten Bindewald und dem Abgeordneten Rickert über den Koniger Nord, das im preussischen Landtag weiter fortgesetzt werden soll. Der freisinnige Amtsrichter Vargmann trat lebhaft für die Einführung der bedingten Verurteilung und die Heraussetzung des Strafmündigkeitsalters um 2 Jahre ein. Genosse Horn endlich brachte einige effektante Fälle südsächsischer und preussischer Rechtsprechung, die sich gegen die Gewerkschaftsbewegung richten, zur Sprache.“

Mittwoch ist Schwerinstag. Die Debatte über die Theaterzensur soll fortgesetzt werden.“

#### Der zweite Tag der Kanaldebate.

Die Agrarier sind Herren der Situation und sie werden in ihren schlaunen Kanaltaktik nicht zum wenigsten durch die Ungeschicklichkeiten der Verteidiger der Vorlage am Regierungstisch gestärkt.“

Von den Rednern, die am Dienstag zu Worte kamen, sprachen sich drei entschieden für, zwei entschieden gegen den Entwurf aus; aber die drei, die dafür sprachen, haben nur kleine Fraktionen hinter sich, während die beiden andren fast die Mehrheit des Abgeordnetenhauses vertreten. Als erster trat Abg. Dr. Wiemer (fr. Vp.) mit Wärme für den Kanal im ganzen ein, erklärte aber, daß seine Freunde für einzelne, aus dem Zusammenhang herausgerissene Projekte nicht zu haben sein. Er wies nach, daß die Regierung mit den Kompensationen einen schweren Fehler gemacht habe, da infolgedessen fort und fort neue Forderungen auftauchen, an die früher niemand gedacht habe. Für wünschenswert erklärte der Redner die Einstellung der für die Vorlage notwendigen Mittel alljährlich in den Etat und eine stärkere Heranziehung der Interessenten zu den Kosten. Indem er vor einer Vergütung von Kanal und Zolltarif warnte, beantragte er, daß nur der Rhein-Elbe-Kanal einer Kommission überwiesen werden möge, nicht aber auch die übrigen Teile der Vorlage, um so eine Verschleppung zu verhüten. Ungefähr in gleichem Sinne sprach sich Abg. Ehlers (fr. Vg.) aus, der spöttisch die Agrarier fragte, ob sie vielleicht deshalb noch so hartnäckigen Widerstand leisten, weil ihnen die Versprechungen der Regierung in betreff der Zollerhöhungen noch nicht sicher genug scheinen. Der letzte Redner der Linken endlich, Abg. Dr. Schulz-Vochum (natl.) verteidigte die Vorlage unter Hinweis auf die Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier.“

Den Kanalfreunden glaubte der Landwirtschaftsminister Freih. von Hammerstein zu Hilfe kommen zu müssen. Hätte er nicht gesprochen, es wäre für die Vorlage besser gewesen, denn nachdem der Minister sich eine halbe Stunde lang in tiefsinnigen philosophischen Betrachtungen über das Wasser im allgemeinen von Erschaffung der Welt an und das Kanalwasser im besonderen gefallen hatte, gab er sich endlich, als er auf das eigentlich Thema übergang, eine Blöde, über die außer den Kanalgegnern nur noch Herr v. Miquel aufrichtige Freude empfunden hat. Seit Jahren fordern die Agrarier bekanntlich die Regulierung verschiedener Flüsse; stets hat die Regierung geantwortet, daß sie dies Verlangen nur im Rahmen der großen wasserwirtschaftlichen Vorlage erfüllen könne, und nun, wo diese Vorlage zur Beratung steht, erklärt der Minister treuherzig, daß mit der Ablehnung des Kanals zwar die Kompensationen fallen würden, nicht aber die Ausführung der Nebenprojekte, d. h. gerade derjenigen Projekte, die die Kanalgegner gefondert behandelt wissen wollen.“

Natürlich griff der nächste konservative Redner, Abg. v. Pappenhelm, dies Wort des Ministers sogleich auf und machte für die im Falle der Ablehnung der Kanalvorlage etwa unterbleibende Regulierung der betreffenden Flüsse die Regierung verantwortlich. Im übrigen brachte der konservative Redner wieder finanzielle Bedenken gegen den Kanal vor. Schallendes Gelächter rief er auf der Linken hervor, als er mit Pathos seine Freunde gegen den Verdacht in Schutz nahm, als trieben sie jemals agrarische Interessenspolitik, und als er es als Ammenmärchen bezeichnete, wenn man behauptete, die Konservativen machen ihre Stellung zur Kanalvorlage von der Gestaltung des Zolltarifs abhängig. Herr v. Wappenheim hat anscheinend weder den Artikel des Freih. v. Jeditz im „Tag“ gelesen, noch dessen Rede am Montag gehört.“

Auch Abg. Stengel (H.) verhielt sich angeblich aus finanziellen Bedenken ablehnend. Man bedürfe einer starken Flotte, die große finanzielle Opfer erfordere und könne sich deshalb nicht in Unternehmungen einlassen, die die Finanzlage gefährden. Herr Stengel ließ sich auf das Kaiserwort „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser“, Merkwürdig ist nur, daß er die Autorität des Kaisers zwar in der Flottenfrage anerkennt, aber derselben Monarchen Autorität, wo der Kanal in Frage kommt, nicht gelten lassen will.

Den Abschluß der Beratung bildeten zwei Ministerreden. Herr v. Tieleen verteidigte seinen Entwurf nochmals und stellte einige Irrtümer der Vorredner richtig, während Herr v. Miquel einen langen Vortrag über seine Finanzpolitik und über den agrarischen Kostland hielt, dem nur durch Zölle abgeholfen werden könne, aber über die Kanalvorlage so gut wie nichts sagte. Herr v. Miquel will sich, mag aus der Kanalvorlage werden was da wolle, jedenfalls die Freundschaft der Agrarier sichern.

Nachdem noch Abg. Frhr. v. Hedlich (H.) in Form einer persönlichen Bemerkung den dreifachen Versuch unternommen hatte, die von ihm angeregte Verkopplung von Kanal und Zolltarif abzuleugnen, vertagte sich das Haus.

Die Beratung soll noch die ganze Woche dauern.

### Eine Kriegserklärung Stumm's.

Freiherr v. Stumm ist krank. Im Reichstag muß ihn Herr v. Kardorff vertreten, der die Instruktionen seines hohen Chefs nach Maßgabe seiner Kräfte auszuführen trachtet. Aber damit begnügt sich der König von Saarbrücken nicht. Kann er auch nicht persönlich mit der Macht seines Wortes die Hydra der Revolution vernichten, so sucht er wenigstens brieflich die Zeit vom Umsturz zu heilen. Auf der Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie und der Südwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, deren Vorsitzender er ist, ließ Herr v. Stumm ein Schreiben vorlesen, in dem es heißt:

Ich habe mich in den letzten Monaten sehr eingehend mit den Geschäften der Handelskammer und der beiden Vereine beschäftigt und werde es auch ferner thun, so lange mein Gesundheitszustand mir keine umfassendere Thätigkeit gestattet. Da dies voranständig nicht in naher Aussicht steht, so hoffe ich, bis dahin die Dinge soweit in Ordnung gebracht zu haben, daß sie auch ohne mein Zutun fortgesetzt werden können. Wenn ich auch glaube, daß, wie die Verhältnisse heute liegen, der Schwerpunkt unserer gemeinschaftlichen Thätigkeit in die Handelskammer zu verlegen ist, so bleibt doch die Bedeutung der beiden Vereine neben denselben bestehen, und zwar in erhöhtem Maße, seitdem in Berlin auf der einen Seite das Manchesterium und auf der andern Seite der Socialismus immer drohender ihr Haupt erheben. Der letztere hat die große Majorität des Reichstags in einer Weise angegriffen, daß es sehr fraglich erscheint, ob die Regierungen die Kraft finden werden, diesem gemeinsamen Drängen zu widerstehen. Ohne mich zu überheben, darf ich die Versicherung aussprechen, daß meine Krankheit und das damit verbundene Fernbleiben vom Reichstage sehr nachtheilig auf die weitere Entwicklung einwirken wird. Wenn Deuts, wie der Freiherr von Heyl, welchem man doch praktisches Verständnis zutruen sollte und welcher daselbe auch früher gezeigt hat, jetzt Arm in Arm mit offenkundigen Socialisten daherschreitet, so braucht man sich nicht zu verwundern, wenn deutsche Theoretiker ihrem nebelhaften Idealismus die Flügel schenken lassen, auf die Gefahr hin, den Staat dem Abgrunde zuzuführen.

Der Leibarzt des Königs Stumm sollte dem Obersten der Schachmacher vorerst geistige Schonung auferlegen, auf daß es ihm möglichst bald vergönnt sein möchte, im Reichstage dem revolutionären Treiben der fürchterlichen Herren v. Heyl und Bassermann Einhalt zu gebieten.

Herrn v. Kardorff aber, den Procuristen der Firma Stumm im Reichstage, muß es schwer können, daß sein Gebiet von solchem Mißvertrauen in die Fähigkeiten seines Vertreters erfüllt ist.

Häufig ist es übrigens, daß die nationalliberale „Kreuz-Zeitung“ das Urteil Stumm's über die „socialdemokratischen Liebhäbereien der Erwählten des gleichen Wahlrechts“, also ihrer eignen Parteigenossen, für sehr berechtigt erklärt.

## Deutsches Reich.

### „Kreuz-Zeitung“-Verdächtigungen.

Den konservativen Kämpfern für Liebesgaben und Wucherzölle fällt die Statistik, besonders die Konsum-, Preis- und Handelsstatistik, recht lästig, da durch diese so manche schönen volkswirtschaftlichen Beweise, die in letzter Zeit die agrarische Presse konstruiert hatte, widerlegt worden sind. Jede Gelegenheit, die sich bietet, der Statistik, auch der offiziellen, eine auszuweichen, wird deshalb mit Vorliebe benützt. Leider nur ist in Wirklichkeit das Ergebnis meist ein andres, als das beabsichtigte; nicht die Unzuverlässigkeit der statistischen Angaben, sondern die völlige Unbefähigkeit der konservativen Kämpfer mit den einfachsten statistischen Elementarkenntnissen wird erwiesen.

So knüpfte vor einigen Tagen die „Kreuz-Zeitung“ an eine statistische Zusammenstellung des bekannten amerikanischen Statistikers O. W. Austin folgende Bemerkungen, die jetzt mit keinem Verständnis von den gesinnungsverwandten kleineren Blättern weiter kolportiert werden:

In den elf Monaten, endend am 30. November v. J. (es sind dies die spätesten vorliegenden Ziffern) erhielt Deutschland 5 478 330 Bushel Weizen aus einem Gesamtexport von 88 192 462 Bushel, also etwas mehr als 6 Proz. An Weizenmehl wurden nach Deutschland exportiert 681 596 Tonn aus einem Gesamtexport von 17 068 784 Tonn oder 3,7 Proz. Die Statistiken der deutschen Regierung, so konstatiert Herr Austin, stimmen nicht mit diesen Ziffern; die Weizenzufuhr für den deutschen Konsum beträgt nur ein Viertel der in den hiesigen Ausfuhrstatistiken angegebenen Quantität, während das Quantum importierten Weizens auf das Doppelte angegeben ist. Herr Austin erklärt diese Differenz damit, daß wahrscheinlich der größte Teil des importierten Weizens von deutschen Kommissionshäufern nach andern Ländern verkauft worden sei, während außer dem direkt von den Vereinigten Staaten importierten Weizen große Quantitäten desselben über England importiert worden seien.

Diese Verschiedenheiten der amerikanischen und deutschen Angaben giebt der „Kreuz-Ztg.“ dann weiterhin Veranlassung zu nachfolgender Verdächtigung:

Es wäre doch sehr interessant, auch unsere Statistiker über die Verschiedenheit der beiderseitigen Angaben in Bezug auf die Weizen- und Mehlaufuhr nach Deutschland zu vernehmen. Wenn Amerika viermal so viel Weizen nach Deutschland ausgeführt hat, als nach unster Statistik hier angekommen ist, so erscheint diese Differenz zu groß, um nicht einer Aufklärung zu bedürfen; man kann ja auch auf die Vermutung kommen, amerikanisches Weizen sei hier unter anderer Etikette eingeführt. Auf jeden Fall muß das unterzucht werden.

Hätte der Artikelschreiber auch nur eine minimale Kenntnis der verschiedenen Methoden der deutschen und amerikanischen Statistik, würde er schwerlich so weise Bemerkungen an die Verschiedenheit der Ziffern knüpfen. Die amerikanische Statistik hat nämlich das englische Verfahren acceptiert, d. h. als Bestimmungsart einer Sendung gilt ihr nicht der Ort, nach welchem die Ware schließlich bestimmt ist,

sondern der Hafen, nach welchem sie zunächst von den Vereinigten Staaten aus versandt wird. Ebenso gilt als Bestimmungsart nicht das Land, aus welchem die Ware ursprünglich stammt, sondern aus welchem sie in das Gebiet der nordamerikanischen Union eingeht.

Daß dieses verschiedenartige Verfahren auch verschiedene statistische Ergebnisse liefert, liegt auf der Hand. Die amerikanische Statistik bezeichnet z. B. nur jenen Weizen als Export nach Deutschland, der direkt nach deutschen Häfen geht. Weizen, der über England oder über die Häfen von Antwerpen, Rotterdam oder Amsterdam nach Deutschland ausgeführt wird, gilt einfach als für England resp. Belgien und Holland bestimmte Ware. Daher die Versicherung, daß nach der deutschen Statistik der Export amerikanischer Weizens sich doppelt so hoch stellt, als nach der amerikanischen Statistik; denn das deutsche statistische Amt zählt auch den über England oder Belgien in das deutsche Zollgebiet eingeführten amerikanischen Weizen als „amerikanischen“.

Dieserlei gilt vom Mehltransport. Alles, was die nach deutschen Häfen auslaufenden Schiffe an Mehl laden, wird kurzweg als Ausfuhr nach Deutschland von der amerikanischen Statistik aufgeführt, ganz gleich, ob dieses Mehl von den Schiffspassagieren und der Besatzung unterwegs konsumiert wird, ob es im Hamburger oder Bremer Freihafen zur Verproviantierung anderer Schiffe dient oder ob es aus dem Freihafen wieder nach andern Ländern versandt wird. Da nun hauptsächlich ein großer Teil dieses amerikanischen Weizenmehls zur Verproviantierung der Schiffe verbraucht und ein anderer Teil von Kommissionshäufern nach andern Ländern weiterverkauft wird, so ist klar, daß nur ein kleinerer Teil davon in das deutsche Zollland Eingang findet.

Dem amerikanischen Statistiker sind, wie seine obigen Ausführungen zeigen, diese Vorgänge wie die verschiedenartigsten statistischen Methoden völlig bekannt, nicht so dem weisen Nationalökonom der „Kreuz-Zeitung“, der sich entsetzt, wo es nicht zum Entsetzen giebt und mit linderlicher Naivität über durchaus klare Verhältnisse eine Unternehmung fordert.

**Flottenwettkampf.** In den Vereinigten Staaten hält sich trotz eines Dementis aus dem deutschen Reichs-Marine-Amt die Ansicht, daß Deutschland beabsichtige, seine Flotte bis 1917 bis zum Jahre 1906 fertigzustellen. Das „Verl. Tagebl.“ erhält aus Paris folgendes Telegramm:

Der „New York Herald“ veröffentlicht folgende Depesche aus Washington vom Sonntag: Trotz der Berliner Depesche des „Herald“, wonach Kapitän Hollweg vom Reichs-Marine-Amt das Gerücht dementiert hat, daß Deutschland die Zeit für die Vollendung seines Flottenprogramms abzurufen wolle, hält das Washingtoner Marine-Amt seine eigene gegenteilige Information für authentisch und wird demgemäß handeln. Es scheint, daß das Washingtoner Marine-Amt die Meldung aus eigenen privaten Quellen hat.

Obgleich klar ist, daß den Vereinigten Staaten das Gerücht von der das Flottengesetz durchbrechenden Verschleierung der bewilligten Schiffe sehr gelegen kommt, um ihre eigenen Waffervermehrungspläne zu fördern, erscheint die amerikanische Meldung gar nicht so abenteuerlich, wenn man sich daran erinnert, wie trotz des Flottengesetzes von 1893, das die Flottenvermehrung bis 1904 ebenfalls festlegte, wie das Flottengesetz vom Jahre 1900 die neueste Flottenvermehrung bis zum Jahre 1917, und trotz aller offiziellen Dementis noch im Jahre 1899 und über Nacht die große Marine-Verbreiterung bereit wurde. Denn man ferne an das Kaiserwort gleich nach Annahme der letzten Marinevorlage „Nun aber weiter“ und an die Konsequenzen des China-Abenteuers, so wird man schwerlich jenen Kopf dafür zum Grund setzen, daß die amerikanischen Gerüchte aus der Luft gegriffen sind. Das „Verl. Tagebl.“ verlangt ein nochmaliges entschiedenes Dementi. Als ob derartige Dementis nicht allen Kredit verloren hätten!

**Ein Hochzeitsgeschenk.** Um der jungen Königin von Holland zur Hochzeit eine Freude zu bereiten, ist ihr Bräutigam nach dem „Militärwochenblatt“ vom Hauptmann zum Generalmajor im deutschen Heer befördert worden. Zwei Tage nach seiner Beförderung zum Generalmajor ist Herzog Heinrich zu Mecklenburg auf sein Ausuchen aus der deutschen Armee ausgeschieden.

**Der gemauerte Prinz.** Die „Münchener Post“ hält ihre Nachricht von dem energischen Kaisertelegramm, durch das die Maßregelung des Prinzen Alfons veranlaßt wurde, gegenüber allen scheinoligsten Ablehnungsversuchen ausdrücklich aufrecht.

### Zur Affaire des Prinzen Alfons.

München, 5. Februar. Die von der „Münchener Post“ gebrachte „neue Lesart“ über die Affaire des Prinzen Alfons hat die „zuständigen amtlichen Stellen“ in die peinlichste Verlegenheit gebracht. Das Dementi der durch ihre absolute Unzuverlässigkeit bekannten „Münchener Neuesten Nachrichten“ nimmt kein Mensch ernst, zumal darin Behauptungen widerlegt werden, die gar nicht aufgestellt wurden. Ueherdem ist allgemein in noch frischer Erinnerung, daß viel präzisere und wirkliche amtliche Dementis den Thatsachen nicht entsprechen, zum Beispiel bezüglich der geplanten Verlegung des Kommandos des II. bayerischen Armeekorps von Würzburg. Während nun das eigentliche bayerische Regierungsorgan, die „Angsburger Abendzeitung“ sich über die Sache völlig auszusprechen, bringt allerdings die gouvernementale „Allgemeine Zeitung“ eine Verächtigung, die aber tief blicken läßt. Sie stellt nämlich fest, daß sich zwischen dem Prinzen Alfons und dem Regenten von Braunschweig kein Mißverständnis ereignet habe, wovon in der „Münchener Post“ überhaupt keine Rede war. Dann aber giebt das Wort der „guten Presse“ noch einen zarten Wink mit dem Zaumfahl, indem sie sagt, selbst wenn die Sache wahr wäre, müßte die partikularistische Presse darüber schweigen!

Die „Allgemeine“ als Hüterin des bayerischen Partikularismus: kein hohes Bild! Dagegen schreibt der ultramontane „Bayerische Kurier“, dessen Chef-Redacteur zu gewissen Hofkreisen in nahen Beziehungen steht:

Wir können trotz dieses Dementis von „zuständiger amtlicher Stelle“ neuerdings auf das bestimmteste versichern, daß die Nachricht nicht vollkommen aus der Luft gegriffen ist. Daß die Kommission in Weimar den Abirrgen schon ein ganzes Jahr (latentes) Stumm über den Prinzen Alfons zum schmerzlichen Ausbrüche gebracht haben, scheint uns auch nicht ganz unwahrscheinlich.

Uebrigens versteht man in weiteren Kreisen sehr wohl die politische Seite der Vorgänge zu würdigen. So hat kürzlich ein ultramontaner Arbeiterverein unter Hinweis auf die Affaire es rundweg abgelehnt, sich an der für den 12. März geplanten Guldigungsfeier zu beteiligen. Die beständige Mißachtung auf Berlin bräut eben auch die unermüdete Werbepolitik in den Gornisch; diese Thatsache werden gewisse Titel- und ordenslustige Journalisten trotz der größten Anstrengungen bald nicht mehr veruschen können.

Der socialdemokratische Volksverein in Düsseldorf richtete eine Eingabe an das Stadtvorordneten-Kollegium, z. B. Herrn Oberbürgermeister Warg, unterzüglich dem Beispiel verkleideter großer Städte, so Berlin, zu folgen und gegen die Pläne der Agrarier und der Regierung, dem Volke das trodene Brot zu verteuern, öffentlichen Protest zu erheben. Pflicht der staatlichen und gemeindlichen Verbände sei es, gegen den unerhörten Brotwucher ganz energisch die Stimme zu erheben.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ sind wieder einmal „gegründet“ worden. Sie sind in den Besitz einer Altengeseilschaft übergegangen, die ein Kapital von 575 000 M. besitzt und beim Essener Landgericht eingetragen ist.

Mitglieder des Ausschusses sind der Geheime Finanzrat a. D. Zende, Vorsitzender des Direktoriums der Krupp'schen Werke und zweiter Vorsitzender des Centralverbands deutscher Industrieller, die Geheimen Kommerzienräte Luca in Oberhausen und van der Hppen in Duisburg, der erste Vorsitzender des Vereins für die wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, der letztere Vorsitzender des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln, der Landtags-Abgeordnete Dr. Deumer, Generalsekretär des vorgenannten Vereins für die wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, G. Wils, Oife, Direktor des Kohlenfundikats in Essen, Kommerzienrat Kirchow in Gelsenkirchen, Generaldirektor des Eisenröhrenwerks Bergwerk a. S., Kommerzienrat Hermann Brauns in Dortmund, Generaldirektor der „Union“, und Kommerzienrat Paare, Generaldirektor des Bochumer Vereins für Bergbau und Gießereifabrikation.

Das Organ war auch schon bisher ein Krupp'sches Annoncenblatt.

**Champfater-Verammlung für die Doeten.** In Frankfurt a. M. fand am Montagabend in der großen Halle des Hippodroms eine Versammlung statt, in welcher Kommandant De Wet, der Befehl des bekannten Boerensführers De Wet, eine Ansprache hielt. Lange vor der festgesetzten Zeit mußte die Polizei den Saal wegen Ueberfüllung räumen. Star Schowalter aus Ludwigshafen überreichte die holländische Kampfsche. Der Schluß der Versammlung wurde eine boerenfreundliche Resolution angenommen, welche u. a. ausspricht: „Wir fordern, daß das englische Volk dem Kriege sobald wie möglich ein Ende mache.“ Unter brauendsten Hochrufen wurde De Wet auf den Schultern einiger begeisterter Boerenfreunde durch den Saal getragen.

**Aus Bobbiel's Reich.** Vor dem Kölner Schwurgericht stand ein Postkutsche unter der Anklage, eine größere Anzahl Postanweisungen im Gesamtbetrag von etwa 3000 M. unterschlagen und die Bücher gefälscht zu haben. Der Angeklagte bezog ein Monatsgehalt von 54 M. (nach Abzug der Kleidergelde 40 M.). Er erklärte, er habe nach Begahlung der Miete und des Kostpreises kaum ein Glas Bier trinken können, abgesehen von Wäsche und Anschaffungen. Da habe er sich an dem massenhaft vor ihm liegenden fremden Geld geirrt und sich vorübergehende Unterschlagungen durch neue gedacht. Er gebe zu, in der letzten Zeit gewissenlos drauf los gelebt zu haben. Das Urteil lautete auf 15 Monate Gefängnis unter Zubilligung von Währungsgründen.

Die alte Postkutsche im Postgefälle mit 54 M. Monatsgehalt — vielleicht giebt die Postbehörde Anweisung, wie man sich mit diesem Gehalt ehrlich ernähren kann. Hat ein armer Teufel aber sich einmal an dem ihm durch die Hände gegebenen Geld vergreift, dann giebt's keine Umkehr, dann erstickt der Dieb sein Gewissen und seine Angst in einem jäheseligen Leben. Herr Bobbiel'scher aber thut mit den Millionenüberschüssen seiner Reichspost groß.

In einem Mißverständnis konnte möglicherweise eine Stelle unseres Berichts aus Offenbach über den Prozeß Hirschel-Erdmannsdorffer führen. Wir stellen fest, daß der Ankläger Hirschel unter Widerruf früherer Verdächtigungen ausdrücklich erklärte, daß der Beschäftigter (E's) Bestimmung nicht auf eine finanzielle Beeinträchtigung von irgend einer Seite zurückzuführen ist.

## Ausland.

### Die Ermahnungen des Kaisers.

— st. — Wien, 4. Februar. Nachdem die erste Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses Donnerstag mit dem schon sichtlich gewordenen Standal begonnen hatte, wurde der Reichsrat heute „feierlich“ vom Kaiser mit einer Thronrede eröffnet. Wohl noch nie sind die österreichischen Reichsboten so begrüßt worden, wie es ihnen heute geschah. Durch die Thronrede zog ein Ton der Verzagtbeit, der Resignation, der Bitterkeit; er ist ganz anders als ihn der „Spender der Verfassung“ sonst anzuschlagen pflegt. Der politische Teil der Thronrede läßt sich dahin charakterisieren, daß die Krone zu erkennen beginnt, die Macht und Stärke des Staats müsse auf dem Parlament beruhen; die berühmte „Anhänglichkeit an die Dynastie“ genüge dafür am wenigsten in einem so zerklüfteten Staat, wie es durch die Art seiner Zusammensetzung Oesterreich mehr als alle andere Länder ist. Und diese Erkenntnis verdrängt sich zu der Vereitelung, dem Parlament Macht zu geben — wenn nur das Parlament die Kraft aufbringt, diese Macht auszuüben. Der Kaiser erkennt die Notwendigkeit, die Bestimmungen über die „Vollmacht“ der Regierung — den § 14 — „schärfer zu fassen“, der Verantwortlichkeit der Regierung „eine feste Begrenzung“ anzuweisen; die Verfassung bezeichnet er als „die unsrer Zeit entsprechende Bürgschaft für die Entwicklung der Völker“, die Staatsgrundgesetze sind ihm „ein wertvoller Besitz, Stimmbild der Einheit und der Stärke des Staats“, er wünscht, daß sich die Völker „ihres Besitzes an Verfassungsrechten erfreuen und ihre organische Fortentwicklung als den besseren Teil erkennen“, er verlangt bei der Regelung des Verhältnisses mit Ungarn eine „kraftvolle Mitwirkung“ des Reichsrats: kurz, Franz Joseph hat heute — vielleicht zum erstenmale — wie ein ernstlich konstitutioneller Monarch gesprochen. Rot leht nicht nur beten, sondern auch — konstitutionell werden. Das ist an der Thronrede, die heute gehalten wurde, wirklich neu: daß man es endlich zu begreifen beginnt, daß Oesterreich nur existieren kann als moderner Staat, daß die einander strebenden und einander widerstrebenden Teile im Staat nur sein können in der Freiheit der Entwicklung, nur zusammengehalten werden können durch ein starkes, kräftiges, mächtiges Parlament. Wohl zeigt sich noch kein Verständnis für die erste Frage, die Bedingung aller nachfolgenden: wie ein solches Parlament entstehen kann, aber die Not der Zeit wird den österreichischen Machthabern auch diese Erkenntnis noch einpausen.

Die Thronrede ist auch sonst ein interessantes Altentstück, vornehmlich durch die nachdrückliche Betonung der Notwendigkeit der socialen Gesetzgebung. Die Thronrede kündigt nur ein einziges politisches Gesetz an: die Reform des allerdings schon gänzlich karikatur gewordenen Preßrechts. Aber auch das ist ein halbes Wunder, denn politischen Fortschritten sieht man in Oesterreich unzugänglich wie in China. Dagegen kündigt die Thronrede ein wahres Füllhorn wirtschaftlicher und social-politischer Vorlagen an. Von den letzteren, die uns vorzugsweise interessieren, seien folgende angeführt: die Weiterentwicklung der Gesetzgebung über den Arbeitervertrag und über die Arbeitszeit, ein Gesetz über die Dienstverhältnisse der Handlungsgehilfen, über die obligatorische Versicherung der Privatbeamten und die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung; die gesetzliche Regelung des Auswanderungswesens und der Arbeitsvermittlung, die Lösung der Wohnungsfrage für die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung, Vorkehrungen gegen die Typhus, die Ausdehnung der Kompetenz der Gewergerichte auf die Angestellten der Bahnen und Dampfschiffe, die Einbeziehung der elektrischen Bahnen unter das Postpflichtgesetz — das und noch vieles andre will die Regierung mit dem Parlament in die Hand nehmen: wieder, wenn das Parlament will. Herr v. Körber spart, wie man sieht, nicht mit Versprechungen, um die ständigen Abgeordneten zur Arbeit zu zwingen; mit welchem Erfolge, wird man ja bald sehen.

Sehr kurz und verlegen ist dagegen die Stelle über die brennende Sprachenfrage ausgefallen; ihrer unklaren und

berühmten Fassung merkt man an, daß sie das Resultat langer Schwankens, ein Kompromiß zwischen zwei entgegengesetzten Anschauungen ist. Aus den behutsamen Worten sind die zwei Grundgedanken der kaiserlichen Sprachpolitik sehr undeutlich zu erkennen: einerseits die „Gerechtigkeit“ für die Tschechen und andererseits die „Einheitlichkeit der Sprache in bestimmten Sphären der Verwaltung“ — so „umschreibt“ Herr v. Köber die Forderung nach der deutschen Staatsprache — als Konzession für die Deutschen. Bemerkenswert ist nur die Energie, mit der die Thronrede erklärt, daß die tschechische Obstruktion auf keine Konzession zu rechnen habe. „Nimmermehr“, erklärt der Kaiser, „sind Erfolge durch die Lähmung der Volksvertretung zu erzielen.“ Im Gegentheil würde die Hemmung der parlamentarischen Arbeit, selbst die Erfüllung solcher Wünsche verzögern oder ganz in Frage stellen, die die Herzen am meisten bewegen.“ Gemeint ist damit die Forderung nach der inneren tschechischen Amtssprache in Böhmen, die von den Jungtschechen beinahe als Preis für den Verzicht auf ihre Obstruktion erhoben wird. Die Sprachfrage wird also entweder im Parlament geregelt oder sie wird überhaupt nicht geregelt werden.

Der Kaiser schloß seine Ansprache mit dem Hinweis der Abgeordneten, sie mögen ihrer Verantwortlichkeit bewußt werden. Wie wenig fundiert die Hoffnung ist, die Parteien könnten gleichsam über Nacht ernst, nüchtern und besonnen werden, wird, wie wir meinen, bald offenbar werden. Das tschechische Parlament ist aus dem Geleise geraten und mittels Worten, seien sie noch so nachdrücklich und berechtigt gesprochen, ist eine Umkehr nicht zu erzielen.

### Zwei sozialistische Wahlsiege.

Paris, 4. Februar.

In der Kammer-Wahl des 11. Pariser Bezirks galt es, wie bereits berichtet, vor allem den Kurfürsten des nationalisistisch-antirepublikanischen Kandidaten, des verächtlichen Bürgermeisters von Algier, Max Régis, abzuschlagen. Das ist geschehen, und zwar steht Genosse Allemane mit 2108 Stimmen an der Spitze der sozialistisch-republikanischen Kandidaten. Der Sozialist Fabrot, der sich der schiedsrichterlichen Entscheidung beziehungsweise der Abstimmung der allemanistischen Parteiorganisation nicht unterworfen hat, erhielt 1292 Stimmen und der Linkradikale Legrain 1079 Stimmen, während Max Régis 2718 und ein nationalisistischer Strohmännchen 481 Stimmen auf sich vereinigte. Da nun der Verzicht Fabrots und Legrains auf Allemanes Gunsten sicher zu sein scheint, so wird Allemane in der Stichwahl, die bei Kammerwahlen zwei Wochen nach dem ersten Wahlgange stattfindet, den Régis endgültig schlagen.

Es ist noch zu bemerken, daß die sozialistischen Stimmen seit den allgemeinen Wahlen des Jahres 1898 von 2903 auf 3400 gestiegen, während die Linkradikalen Stimmen von 5341 auf 1579 zurückgegangen sind. Eine neue Bestätigung der in den Gemeindevahlen von 1900 gemachten Erfahrung, daß die radikalen Kleinbürger von Paris sehr leicht von der nationalisistischen Demagogie ins Gorn gelockt werden.

In Rimes hat der sozialistische Kandidat Journier, ein Schmiede-Arbeiter, in der Stichwahl über den Royalisten de Bernis mit 6793 gegen 6712 Stimmen gesiegt. Die Linkradikalen Wähler des ersten Wahlgangs haben in der Stichwahl gemäß der Aufforderung ihres Kandidaten sowie sämtlicher republikanischer Deputierten und Senatoren des Nord-Departements in Masse für den sozialistischen Arbeiter gestimmt. Damit gewinnt unsere Partei einen neuen Kammerst, der 1898 mit sozialistischer Hilfe zuerst von den Radikalen dem Royalisten de Bernis abgenommen war.

In Pantin (bei Paris) wurde in den Bezirksrat der Sozialist Rossi mit 2740 gegen 2000 nationalisistische Stimmen wiedergewählt — mit einer größeren Mehrheit als in der früheren für ungültig erklärten Wahl.

Bestenfalls noch zwei senatorische Erstwahlen statt, in denen die Nationalisten bezw. Republikaner ebenfalls eine Niederlage erlitten. Im Lot-Departement siegte der radikale Kandidat über den Nationalisten mit 450 gegen 185 Stimmen — mit einer größeren Stimmenzahl als der frühere radikale Senator. Im Somme-Departement wurde ein republikanischer Deputierter von einem republikanischen Senatskandidaten geschlagen.

Der vorherrschende Zug des gestrigen Wahltags ist also die Niederlage der nationalisistischen Reaktion aller Schattierungen auf der ganzen Linie und das Berdringen des Sozialismus, der sich wieder einmal als das stärkste Bollwerk gegen den Nationalismus erweist.

### England.

#### Eine weitere Botschaft Eduard VII.

Kaiser der Botschaft „An mein Volk über See“ richtete der König eine Botschaft „An mein Volk“ und eine dritte „An die Fürsten und das Volk von Indien“. Der König drückt darin seine tiefe Dankbarkeit für die Kundgebungen für die verlorene Königin aus und erklärt, er werde bestrebt sein, seine „heiligen Verpflichtungen“ zu erfüllen.

Eduard VII. scheint es ja mit seinen Regierungsgeschäften unermüdet ernst nehmen zu wollen. Man wird freilich den Worten die Thaten folgen lassen müssen.

#### Verhaftung eines Irren. Aus London wird gemeldet:

Hier herrscht große Aufregung über einen Zwischenfall, welcher sich gestern kurz vor der Abreise des Königs der Belgier abspielte. Ein in den mittleren Jahren stehender Mann, der später als schwaßnig befunden wurde, suchte sich an den königlichen Wagen heranzudrängen, wurde aber im letzten Augenblick verhaftet. Man glaubt (h) hier, daß er ein Attentat beabsichtigte.

### Italien.

#### Zur Kabinettskrise. In Rom einkullert das Gerücht, daß das Kabinett Saracco bereits seine Demission gegeben habe.

In dem neuen Anarchistengesetz wird die Vereinigung mehrerer Anarchisten als gemeinsames Verbrechen verfolgt und die Veröffentlichung von Zeitungsberichten über Anarchistenprozesse verboten.

### Der Boeren-Krieg.

#### Neuer Boereneinsatz in die Kapkolonie.

Wie „Daily Telegraph“ vom 3. d. M. aus Kapstadt meldet, glaubt man dort, daß Piet Botha mit 2000 Mann und 7 Geschützen von Smithfield aus in die Kapkolonie eingedrungen ist.

#### Die Boeren in Laurens-Marquas.

Nach im Haag eingelaufenen Depeschen aus Südafrika sollen die Boeren die Eisenbahnstrecke Komatitrat-DeLagoa bei besetzt haben.

#### Englische Rüstungen.

Die Londoner Blätter melden aus Sydney, die englische Regierung habe das Angebot der Regierung von New Südwalles, 2000 anstatt 1000 Mann nach Südafrika zu senden, angenommen. Australien wird im ganzen 4000 Mann zur Verfügung stellen.

## Parlamentarisches.

### Die Kohlentenerung.

Im Abgeordnetenhause trat Montagabend die 10. Kommission zusammen zur Beratung des Antrags v. Korn-Rudelsdorf: „Die Regierung zu ersuchen, die geeigneten Maßregeln zur Beseitigung der Mißstände bei dem Vergleich der Kohlenproduktion und der daraus entstehenden erheblichen sozialen und materiellen Schäden zu ergreifen.“ Auf Grund vorausgegangener Besprechung mit einzelnen Kommissionsmitgliedern ist von dem Vorsitzenden der Kommission, Abg. Letocha (C.) vorgeschlagen und von der Kommission beschlossen worden, die Beratung in nachstehender Reihenfolge vorzunehmen: 1. Feststellung der Produktion gegenüber dem Bedarf. 2. Die Stellung des Fiskus als Produzent, als Verkäufer, als Naturant, zur Senditatsbildung. 3. Die Frage des behaupteten Monopols von Großfirmen. 4. Genossenschaftlicher Einkauf. 5. Schlußfolgerungen und Beschlüsse der Kommission. Es wurde zunächst der erste Punkt zur Verhandlung gestellt: Feststellung der Produktion gegenüber dem Bedarf, und in Verbindung damit wurden die Fragen diskutiert: War und ist eine Kohlennot bezw. Kohlenknappheit vorhanden? Ist eine solche für die Zukunft zu befürchten? Es wurden vom Referenten Abg. v. Kessel eine große Reihe von Zahlen beigebracht und Tabellen vorgelegt, um die Produktion, Ein- und Ausfuhr, sowie die Preissteigerung der letzten Jahre zu belegen. Es wurde konstatiert, daß die Braunkohlenproduktion wie auch die Preissteigerung der Braunkohle prozentual weit bedeutender war als die Steinkohle. Die Einfuhr der Kohle ist 1894/97 gestiegen um 7,1 Proz., 1897/98 um 6,2 Proz. und 1898/99 um 6,2 Proz. Dagegen ist die Ausfuhr 1896/97 gestiegen um 6,8 Proz., im Jahre 1897/98 um 12,9 Proz., aber im Jahre 1898/99 hat sie abgenommen um 0,8 Proz. — Es wurde ferner behauptet, daß eine Kohlennot nicht vorhanden war, sondern nur vielleicht eine Kohlenknappheit, und daß die letztere hervorgerufen wurde durch einen kolossalen Aufschwung der Industrie, insbesondere der Eisenindustrie, ferner durch die bedeutenden Forderungen unserer Marine, namentlich infolge der chinesischen Wärrn, weiter durch das Aufheben der englischen Einfuhr wegen des Transvaal-Kriegs und schließlich durch die Streiks in Wärrn und Sachsen. Die Kohlenknappheit habe hauptsächlich bestanden Ende 1899 und im Frühjahr 1900. Augenblicklich sei eine rückläufige Konjunktur zu verzeichnen, da schon viele Fabriken Feierlichkeiten eingeleitet haben. Für die nächste Zukunft sei keinesfalls eine Kohlennot zu befürchten. — Die Kommission wickelte das Ersuchen an die Vertreter der Staatsregierung, weiteres Material vorzulegen über die Produktion und die Verkaufspreise der Staatsgruben, besonders in den Jahren 1897 bis 1900, um ein Bild zu gewinnen, wer hauptsächlich an den Preissteigerungen die Schuld trage: die Syndikate, Großhändler, Zwischenhändler oder Kleinhändler. Die nächste Sitzung der Kommission soll erst nach zwei oder drei Wochen anberaumt werden.

Die Budgetkommission legte in ihrer Dienstadtigung die Verhandlungen über den Antragtragat für die China-Expedition fort. Es wurde die Einbringung einer Resolution beschlossen, nach der dem Reichstage empfohlen werden soll, mit Rücksicht auf die Erklärung des Herrn Reichsministers, daß eine allgemeine Regelung der Invaliden- und Heilkostenbeiträge der Teilnehmer aller deutschen Kriege erfolgen soll, von einer Weiterberatung der bezüglichen Vorlage abzusehen.

Sobald wurde in der Beratung des Reichs-Postetats fortgeführt, die sich noch immer mit den Einnahmen aus der Postverwaltung: Gebühren und Porto, Telegramm- und Paketbestellung beschäftigt.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Tabakzweier.** Die Firma Löpke, Charlottenstr. 18, weigert sich, trotz der eigenen Unterschrift des Herrn Löpke und trotz dem Beschluß der Arbeitgeber-Kommission, den Lohn von 60 Pf. zu bezahlen und entließ heute deshalb drei Kollegen. Der vierte, dem der Lohn bewilligt war, legte die Arbeit auch nieder. Herr Löpke verlangte von den Kollegen, sie sollen der Kommission erklären, daß sie 60 Pf. bekommen, er wolle auch die Lohnzettel so ausfüllen und er gebe sein Ehrenwort, daß von ihm nichts in die Öffentlichkeit komme. Einen Vertreter der Arbeitgeber-Kommission wies er hinaus und drohte mit Klage wegen Hausfriedensbruchs. Die Werkstatt ist gesperrt und ist Zutritt fernzuhalten.

### Die Verbandsleitung.

**Wächter, Holzarbeiter!** Am 15. Februar soll eine Arbeitslosenversammlung stattfinden, und zwar nur für Mitglieder des Verbands. Es werden zu diesem Zweck in den heute stattfindenden Bezirks-Vertrauensmänner-Versammlungen Häfischeine ausgegeben. Jedes Mitglied erhält einen solchen Häfischein. Die arbeitslosen Mitglieder können diese Scheine auf dem Verbandsbureau, Engel-Str. 15, sowie auf den Jobstellen in Empfang nehmen. Die Ausfüllung der Häfischeine darf aber erst am 15. Februar vorgenommen werden. Den oberen Teil des Häfischeins füllen die Arbeitslosen aus, den unteren die in Arbeit stehenden Kollegen. Die ausgefüllten Häfischeine werden von den Arbeitslosen auf dem Verbandsbureau entgegengenommen; in den Werkstellen sammeln die Vertrauensleute dieselben ein und geben sie in der am 20. Februar stattfindenden Vertrauensmänner-Versammlung ab.

Wir ersuchen die Kollegen, darauf zu sehen, daß jedes Mitglied einen solchen Häfischein ausfüllt, da nur bei allgemeiner Beteiligung der Mitglieder diese aufzunehmende Statistik von Wert ist.

### Die Ortsverwaltung.

**Wächter, Tabakzweier (Aber)!** Die Sperre über die Firma E. Köppler (Wacht), Wandlstr. 1, ist hiemit aufgehoben, da der Unternehmer sich schriftlich verpflichtet hat, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen.

### Deutsches Reich.

**In Langenbielau** sind sämtliche Mangler der Firma G. F. Fleckner am Montag in den Streik getreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 10 Pfennig pro Tag und die Verlängerung der Arbeitszeit an Sonnabenden um eine halbe Stunde. Die schwerreichen Inhaber der Firma erklären die geringfügige Lohnerhöhung nicht zahlen zu können, obwohl es sich für sie nur um eine Ausgabe von rund 12 M. pro Woche handelt, da nur 22 Mangelgefellen in Betracht kommen. Seit heben Jahren erhalten die Mangelgefellen denselben Lohn — 2 M. pro Tag — und seit dem sind die Ausgaben für Ernährung, Miete usw. ganz bedeutend gestiegen. Hingzu kommt noch, daß früher die Mangler die Feiertage mit bezahlter erhielten, während dies jetzt nicht mehr geschieht. Die Streikenden wollen das Gewerbegericht als Einigungsamt anrufen und auch die Vermittlung des Gewerbe-Inspektors in Anspruch nehmen. — Am Sonntag fand in Langenbielau eine stark besuchte Versammlung der Mangler statt. Nach einem Referat des Genossen Helmman ließen sich 70 Mangelgefellen in den Tagelöhnerverband aufnehmen.

**Troßig bei Jelsk.** Unter den Steinarbeitern des hiesigen Bezirks sind Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter legten den Grundbesitzern einen Tarif vor, in welchem sie einen Lohnzuschlag von 5 Pf. pro Stunde auf den bisher gezahlten Lohn und 15stündige Arbeitszeit — bisher 10 Stunden — verlangten. Die Meister antworteten hierauf mit einem Akkordtarif, der den bisherigen Stundenlohn ausbehalten soll, in dem aber auch zugleich eine bedeutende Lohnkürzung vorgenommen war. Ferner sollten für Lagerarbeiten, die also im Vorrat gemacht werden, 20 Proz. weniger gezahlt werden, und dann erhielt der Tarif noch die Bestimmung, daß bei einer 10prozentigen Lohnminderung, die also noch unter der neuen Bestimmung gezahlt werde, keine Streitigkeit ausbrechen dürfe. Am Sonnabendabend wurden dann alle Arbeiter, die den Tarif nicht anerkannten, gemahregelt. Es stehen im Ausstand 50 Mann, es arbeiten 5 Poliere und die Leheburschen. Was jetzt alles sonst gut!

**Gewerbegerichtswahl.** Die Nachricht von einem Siege der Christlichen bei der Gewerbegerichtswahl in Wachen, die zuerst in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ erschien, ist nicht zutreffend. In Wachen hat eine solche Wahl überhaupt nicht stattgefunden. Es liegt eine Verwechslung mit M.-Glabbach vor.

Die oberbayerischen Bergarbeiter sind erstaunlich schnell über die Art, wie sie ihre Interessen richtig vertreten können, aufgeklärt worden, wie verschiedene Ereignisse der letzten Zeit erkennen lassen. Jetzt wird wieder aus Riesbach gemeldet, daß dort bei der Wahl des Arbeiterausschusses die Kandidaten des „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbands“ mit großer Mehrheit gewählt wurden.

### Ausland.

**Der Streik der Pariser Stadtbahn-Angestellten** war bereits beendet, er droht aber von neuem auszubrechen. Die Gesellschaft hatte versprochen, keine Maßregelungen vorzunehmen, sie entließ trotzdem 86 Mann, als sie sich wieder zur Arbeit meldeten. Die Angestellten haben sich nun an den Minister für öffentliche Arbeiten Herrn Baudin gewandt, der die Vermittlung übernehmen will.

**Der Bergarbeiter-Ausstand in Montceau-les-Mines** dauert fort. Die Bemühungen des Friedensrichters, eine Verständigung der streitenden Parteien herbeizuführen, ist mißlungen, da die Unternehmer nicht das geringste Entgegenkommen zeigen. Der Präsident des Distrikts hat in Montceau Wohnung genommen; er wohnt im Hotel, wo er nur mit Offizieren und Ingenieuren der Gesellschaft verkehrt. Er hat zwar den sozialistischen Bürgermeister zu sich geladen, dieser aber hat ihm geantwortet, daß er sich im Stadthaus zu seiner Disposition bereit halte. Am Montag fand eine große Demonstration statt, an der 15 000 Personen teilnahmen. Es war der Jahrestag eines großen Grubenunglücks; am 4. Februar 1895 kamen 28 Bergleute durch schlagende Wetter um; die Prozession bewegte sich nach dem Friedhof, um auf den Gräbern der Toten Kränze niederzulegen.

**In Ivey (Frankreich)** ist ein Streik der Lampenarbeiter ausgebrochen; gegen 1000 Mann haben die Arbeit niedergelegt, weil die Untermehrer ihnen Lohnabzüge bis zu der Höhe von 1,50 Fr. pro Tag aufzotrolieren wollten.

**Lohnbewegung in der dänischen Eisenindustrie.** Im Frühling vorigen Jahres wurde zwischen dem Dänischen Schmiede- und Maschinenarbeiter-Verband und den verschiedenen Meister- und Fabrikantenvereinen der Eisenindustrie zum erstmalen ein Uebereinkommen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieses Fachs getroffen. Das Uebereinkommen war in einem sehr umfangreichen Schriftstück niedergelegt. Der Hauptpunkt war die Festsetzung eines Minimal-Stundenlohns von 32 Dere für das ganze Land. Hiermit war keineswegs eine allgemeine Lohnerhöhung eingetreten. Im Gegenteil war der Mindestlohn für mehrere Gruppen von Arbeitern faktisch schon höher. Die Arbeiter gingen auf diese Abmachungen nur ein, um überhaupt einmal Ordnung in die Verhältnisse zu bringen, und unter der Voraussetzung, daß im April dieses Jahres eine Revision des Vertrags stattfinden würde. Die Organisation der Arbeiter hat jetzt an die Arbeitgebervereine der Hauptstadt nach folgende Forderungen gestellt: 1. Festsetzung des Minimallohns für Maschinenarbeiter auf 33 Dere pro Stunde, für Grobhandwerker in Kopenhagen 35—40 Dere und für Kleinhandwerker 35—38 Dere. Der geringste Lohn, 35 Dere, gilt für die ersten zwei Jahre nach der Lehrzeit. 2. Einige Veränderungen in den Verhältnissen der Lehrlinge, um diesen eine bessere Ausbildung zu sichern. 3. Einführung des 8stündigen Arbeitstags. 4. Revision des Tarifs für Accordarbeiten.

## Aus der Frauenbewegung.

**Frauen als Gewerbegerichts-Beisitzer.** Der Bund deutscher Frauenvereine hat an den Reichstag eine Petition betreffend die Ergänzung des Gewerbegerichts-Gesetzes vom 29. Juli 1890 abgeleitet. Es wird darin die Aufnahme nachstehender Bestimmung in das Gesetz verlangt: „Das Wahlrecht und die Wählbarkeit zu den Gewerbegerichten wird auf die weiblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgedehnt.“ Zur Begründung dieser Forderung wird darauf hingewiesen, daß einzelne Gewerbegebiete fast ausschließlich von Frauen betrieben werden, so die Putzmagerei, Wäscherei, Mäntelerei, Kunstfärberei usw. Nur aus Mangel an zusammengefügten Gerichten seien bei Streitigkeiten in diesen Gewerben schwerlich imstande, ein sachmännisches Urteil abzugeben, was schon daraus hervorgeht, daß die Gewerbegerichte sehr in solchen Fällen häufig veranlaßt seien, weibliche Sachverständige hinzuzuziehen.

**Die Vampyre der Kellnerinnen.** Mit dem Thema: „Unreelle Stellenvermittlung“ beschäftigte sich der Wärrnener Kellnerinnenverein in seiner letzten Versammlung und die von der Referentin — einer Kellnerin — vorgebrachten Thatsachen sind ein neuer Beweis dafür, wie notwendig es eigentlich wäre, daß mit der gesamten gewerkschaftlichen, privaten Stellenvermittlung einmal aufgeräumt würde. So wurde betont, selbst das städtische Arbeitsamt sei nicht in der Lage, den Privatvermittlerinnen ernsthafte Konkurrenz zu machen, weil letztere bei ihren Auftragsgebern, den Wirten, in regelmäßigen Zwischenräumen große Geschenkmachen und die Wirte sich natürlich die gute Kundschafft nicht wollen entgehen lassen. Außerdem scheint es, daß in gewissen großen Lokalen die Buchhalter, Direktoren etc. „abgeschmirt“ werden und ein Interesse daran haben, die Placere in jeder Beziehung, namentlich durch häufigen Personalwechsel, zu unterstehen; z. B. wurde vor einiger Zeit ein Vereinsmitglied ohne Vermittlung von dem Restaurateur im Café Antipol, dem vornehmsten in Wärrn, engagiert. Als das Mädchen zum Einbreiten zum Buchhalter kam, verlangte dieser von ihm, es solle der Placerin, die sich gar nicht bemüht hatte, die üblichen Spesen zahlen. Für solche Stellen müssen 30—50 M. und noch mehr an Vermittlungsgebühr entrichtet werden! Das ist um so haarsträubender, als jede Kellnerin einerseits mit mindestens viermaligen Wechsel jährlich zu rechnen hat und andererseits in den sogenannten „besseren“ Lokalen, also den Cafés und Bierpalästen, kein Gehalt gezahlt wird, ja vielmehr müssen die Kellnerinnen auch noch die vollen Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung aus eigener Tasche zahlen. So bekommen die Kellnerinnen im Hofbräuhaus weder Gehalt, noch Kost oder Wohnung, müssen aber für das Saalpulen 5 Pf. pro Tisch ihres Revues entrichten, d. h. sie haben dem Wächter eine tägliche Extrasteuer von 30—50 Pf. zur Erhaltung seines Hauspersonals zu leisten.

Von verschiedenen Seiten wurde und wird behauptet, daß gewisse Vermittlerinnen an ausländische Bordelle Kellnerinnen schicken und zwar wird ein ganz bestimmtes großes Bureau in Verbindung mit dieser Behauptung immer wieder genannt, so daß es Pflicht der Polizei wäre, der alles dies nicht unbekannt sein kann, da einmal gründlich nachschau zu halten.

Der Verein hat nun beschlossen, eine eigene Stellenvermittlung in die Hand zu nehmen, die von einer Reihe von kleinen Wirten zweifelslos unterstützt wird. Aber die großen Restaurateure haben schon wiederholt erklärt, daß sie von den Privatbureaus nicht abgeben könnten, weil ihnen diese das schwer erhaltliche Haus- und Küchpersonal unentgeltlich besorgen. Das ist aber ein ordinärer Schwindel. Denn erstens lassen sich die Vermittlerinnen auch von diesem Personal Gebühren zahlen, wenn diese auch erheblich niedriger sind, als die der Kellnerinnen, und zweitens haben sich die Herren noch eine ganz eigene Spezialvermittlung eingerichtet. Sie melden nämlich ihren Bedarf an Hauspersonal bei einem Angestellten der Einbindungskontak an und dieser soll — wie von durchaus vertrauenswürdigem Seite versichert wird — Schwärzere, die noch einige Zeit vor der Einbindung stehen, aber keine Existenzmittel haben, an die betreffenden Wirtschaftsunternehmer vermitteln. Die Mädchen erhalten für ihre gar nicht leichte Arbeit meist nur elende

Kost und Logis und nur in den seltensten Fällen einen sehr bescheidenen Lohn. So verstehen es die Herren Unternehmer, sich billige Arbeitskräfte zu verschaffen.

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Montag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Anmishallen, Kommandantenstr. 20: Recitationsabend von Frau Helma Steinbach aus Hamburg. Gäste sehr willkommen. Um recht pünktliches Erscheinen bittet Der Vorstand.

## Sociales.

**Auch ein Kampf gegen die Konsumvereine.** Der Konsumverein Eintracht, eingetragene Genossenschaft in Grimnitzkau, soll 10 M. Polizeistrafe zahlen, weil er an seinen Verkaufsstellen sein Schild mit den vollständigen Vor- und Nachnamen der persönlich haftenden Geschäftsführer angebracht habe. Die Strafverfügung stützt sich auf Ministerialverfügungen, die solche Vorschriften für die Firmierung gegeben haben. Daß es aber unmöglich ist, sie auf Konsumvereine anzuwenden, wird sofort klar, wenn man erwägt, daß ein Konsumverein dann seine sämtlichen Mitglieder auf der Firma nennen müßte, wozu wohl eine häßliche Anzahl Hausfronten nötig wären.

**Gegen leichtfertige Baumeister** scheint die bayerische Regierung jetzt schärfer vorgehen zu wollen. In einer solchen erschienenen Ministerialentscheidung werden die Staatsanwälte angewiesen, bei solchen Bauunfällen, die eine Verletzung oder Tötung von Personen zur Folge haben, sofort Antrag auf Vornahme des richterlichen Augenscheins zu stellen und durch Herstellung einer photographischen Aufnahme die Unfallstelle für die Zwecke der Strafprozedur mit der größtmöglichen Treue festzuhalten. Auch die Baubehörden werden beauftragt, bei Bauunfällen, die keine Verletzungen u. von Personen verursachen, sofort Vorkehrungen zu treffen, die es unmöglich machen, daß für ein etwaiges strafrechtliches Einschreiten wichtige Beweismittel durch die Bauunternehmer beseitigt werden.

**Einstellung der Arbeitsvermittlung.** In einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht in München konstatierte der Vorsitzende, daß seitens des städtischen Arbeitsamts die Vermittlung für den Beschäftigten, den Schreinermeister Paul eingestellt wurde. Der Arbeiter hat nämlich die Gewohnheit, seinem Gesellen den verdienten Lohn zu bezahlen, wohl aber verlangt er von seinen Arbeitern, daß sie ihm noch Aufträge zubringen sollen.

**Zur Frage kaufmännischer Schiedsgerichte** hat jetzt der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig eine Eingabe an den Reichstag und das Reichsjustizamt gerichtet, die im Gegenwärtigen zu den Wünschen anderer kaufmännischer Vereine, selbständige kaufmännische Schiedsgerichte, oder, gemäß dem Antrage Vassermann, Schiedsgerichte im Anschluß an die Amtsgerichte mit Laienrichtern, zu gleichen Teilen aus Prinzipalen und Gehilfen bestehend, fordert. Die Angliederung der kaufmännischen Schiedsgerichte an die Gewerbegerichte, was heißt es in der Eingabe des nationalen Verbands, unter Umständen zu einer Verletzung kaufmännischer Anstellungsverhältnisse aus dem Gesichtspunkte des Gewerbetriebs führen, und das soll vermieden werden. Die gesetzliche Stellung der Handlungsgehilfen ist eine andere als die eines gewerblichen Arbeiters, und wenn sich auch die Verhältnisse gegen früher geändert haben, so ist doch die Notwendigkeit des tätigen Interesses an dem Gedeihen des Geschäfts bestehen geblieben, und damit das vom Leipziger Verband stets festgehaltene Hand in Handgehen der Gehilfen mit den Prinzipalen. Dieses Verhältnis kann aber möglicherweise gestört werden, wenn die kaufmännischen Schiedsgerichte nach dem Beispiel der Gewerbegerichte und an diese angegliedert ins Leben gerufen werden. Es kann sehr leicht kommen, daß durch eine solche Agitation zu den Wahlen das gute Einvernehmen gestört wird und daß Personen zu Richtern gewählt werden, deren Fähigkeit dazu nur von ihren engeren Parteifreunden anerkannt wird.

Es mag daran erinnert werden, daß der obige Verband sehr stark unter dem Einfluß der zahlreichen Prinzipalmittelglieder steht; daraus und aus den rücksichtlosen politischen und wirtschaftlichen Anschauungen der Mitglieder überhaupt erklärt sich zur Genüge die sonderbare Stellungnahme.

## Veranstaltungen.

**Die Jahreshilfe Berlin des Deutschen Holzarbeiter-Verbands** hielt am Sonntag in der Brauerei Friedrichshagen ihre äußerst zahlreich besuchte Generalversammlung ab. Nach dem Kasienbericht, der den Aufwandsbericht gedruckt vorgelegt wird, betragen die Einnahmen der Hauptkasse im IV. Quartal 1900: 58 182,32 M., die Ausgaben 35 241,25 M., so daß ein Guthaben der Lokalkasse von 22 941,07 M. für das nächste Quartal verbleibt; — die Einnahmen der Lokalkasse: 107 624,46 M., die Ausgaben 12 700,59 M. und demnach beträgt der Bestand für das nächste Jahr: 94 923,87 M. Dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß das vergangene Jahr ein recht bewegtes gewesen ist; im Frühjahr infolge des Streiks und dann später durch die Angelegenheit der Kontrollbücher. Die Jahreshilfe hat jetzt 12 000 Mitglieder. Bei dieser Mitgliederzahl ist es nicht möglich, alle Angelegenheiten in Mitgliederversammlungen zu regeln, darum soll immer mehr Wert auf das Vertrauensmänner-System gesetzt werden. Wichtige Mitteilungen sollen zukünftig den Vertrauensmännern gedruckt zugestellt werden, daß diese sich selbst besser informieren und die Angelegenheiten mit ihren Werkstudenkollegen beraten können. Bezüglich der Sache der „Kontrollbücher“ wird auf die am Eingang des Saals verteilten Circulars aufmerksam gemacht und werden die Mitglieder aufgefordert, diese genau durchzulesen und sich besonders über die vor dem Einigungsamt festgelegten Bedingungen zu unterrichten. Der Rechtschutz wurde infolge der Einführung des Innungs-Schiedsgerichts in erhöhtem Maße in Anspruch genommen. Es waren 20, 25 bis 30 Fälle in einem Vierteljahr zu erledigen, wogegen früher nur 6 bis 7 Fälle gemeldet wurden. Es wird darauf hingewiesen, daß spätestens 8 Tage nach Einreichung der Klage Verhandlung stattfinden muß, widrigenfalls die Sache vor dem Gewerbegericht anhängig gemacht werden kann. Ueber einen solchen Fall wird nächstens das Landgericht zu entscheiden haben. Weil Unterstützungen und Darlehen von mehreren Mitgliedern in unverantwortlicher Weise ausbezahlt worden sind, wird folgender Antrag einstimmig angenommen: Unterstützungen und Darlehen können nur in äußerst dringenden Fällen gewährt werden. Die Antragsteller müssen mindestens zwei Jahre Mitglied des Verbands sein. Die Kontrollkommission hat in allen Bezirken eine rege Tätigkeit entfaltet und war sehr in Anspruch genommen. Ein eingehender Bericht kann nicht gegeben werden, weil die Obmänner ihre Berichte noch nicht eingeleistet haben. Diese werden aufgefordert, dies umgehend zu erledigen. Bei dem Arbeitsvermittler gingen 338 Adressen ein, von denen 780 erledigt werden konnten; im ganzen Jahre 5360, wovon 3637 erledigt wurden. Aus der Bibliothek wurden 1680 Bücher entliehen, darunter 900mal Romane. Ein Antrag auf Anstellung eines besondern Bibliothekars, der die Verpflichtung haben soll, bis 8 1/2 Uhr abends seines Amtes zu wachen, wird der Verwaltung überwiesen. Hinsichtlich der Gaukonferenz wird auf den ausführlichen Bericht in der Holzarbeiter-„Zeitung“ verwiesen. Die Agitation in der Provinz war eine sehr rege. Der Umstand, daß die Vororte Berlins selbständige Jahreshilfen bilden, hat zu Differenzen mit der Berliner Jahreshilfe geführt. Der Gauvorstand hat eine Einnahme von 1184,50 M. zu bezeichnen, eine Ausgabe von 977,78 M. und einen Bestand von 156,72 M. In Trebbin wurde nach vierzehntägigem Streik eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um drei Stunden und eine entsprechende Erhöhung der Löhne erzielt.

Der Streik in Lechnig, der schon 12 Wochen dauert, ist als ausfruchtlos zu bezeichnen. Es wird darauf hingewiesen, daß der Kasienbericht des Gauvorstands nicht mit dem in der „Holzarbeiter-Zeitung“ übereinstimmt, weil letzterer nur bis zum 1. Dezember reicht. Um auch den kleinen Branchen eine Vertretung im Gauvorstand zu sichern, beschließt die Versammlung, die Zahl seiner Mitglieder von 5 auf 7 zu erhöhen. Da zu dieser Zahl 11 Kollegen kandidieren, wird mit Stimmzetteln abgestimmt und das Resultat soll im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden. (Siehe unten.) Ausgeschlossen werden wegen Verstoß gegen die Grundzüge des Verbandes: Quierig und Warm. Der Ausschluss der beiden im vorigen Quartal ausgeschlossenen Kollegen Engel und Hähnch ist wieder rückgängig gemacht worden. Am nächsten Mittwoch werden die Formulare zur Arbeitslosen-Zählung ausgegeben. Diese sind jedoch erst am 15. Februar auszufüllen. Am Schluß der Versammlung wird noch auf die am 12. Februar stattfindende Versammlung der Mitglieder der Innungs-Krankenkasse und die Delegierten-Wahlen hingewiesen.

Die Erziehungswahl zur Ortsverwaltung hatten folgendes Ergebnis: 1. Bevollmächtigter: Glode, 1. Kassierer: Rieke, 1. Schriftführer: Leopold, Geisiger: König und Bod, Revisoren: Post und Runge.

In den Gauvorstand wurden gewählt: die Tischler Stufche, Ahrens, Matthes, der Drechsler Denzer, der Korbmacher Bels und der Parkettbodenleger Walter. Für das siebenste Mitglied findet zwischen Guth und Runge Stichwahl statt.

**Die im Buchbinderverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen** hielten am Mittwoch im Gewerkschaftshaus eine ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß alle Branchen im verflochtenen Jahr Fortschritte gemacht haben. Die Buchbinder-, Kontobuch-, Lederwaren-, Galanterie- und Staudbranchen haben teils durch Streik, teils durch Ueber-einkunft ihre Löhne erhöht. In der Album-, Goldschmittmacher- und Kartonbranche wird rege agitiert. Es fanden im verflochtenen Jahr statt: 4 ordentliche, 5 außerordentliche Generalversammlungen, ferner 13 Mitglieder-, 18 öffentliche und 14 Branchenversammlungen, 42 Ortsverwaltungs-, 8 kombinierte, 32 Werkstuden-Delegierten-, 375 Werkstuden- und ca. 50 Sitzungen der Lohn- und sonstigen Kommissionen. Der Mitgliederbestand ist von 2552 auf 4033 gestiegen. Die Centralkasse balanciert mit 41 768,35 M., die Lokalkasse weist an Einnahmen und Bestand 14 688,27 M., an Ausgaben 13 241,68 M. auf. Den Bericht vom IV. Quartal gibt Schumacher. Es fanden eine ordentliche, zwei außerordentliche General- und zwei Mitgliederversammlungen statt. Die Verwaltung erledigte ihre Geschäfte in elf Sitzungen. Verhandlungen fanden bei den Firmen Greuer, Hermann Sala u. Baum-bach statt, außerdem am 24. Dezember der Gautag. Durch den erhöhten Beitrag ist ein großer Abgang von Mitgliedern zu verzeichnen, der jedoch durch Renaufnahmen fast wieder ausgeglichen wird. Der Mitgliederbestand ist im Laufe des Quartals um 22 gesunken. Am meisten sträubten sich gegen die Zahlung des Extrabeitrags die Leiharbeiter. Dieselben treten jetzt in Menge aus und gründen sich selbst eine Organisation. Es entspringt sich über den Austritt der Leiharbeiter eine lebhaft diskutierte. Ein Antrag Wilhelm, den Verbandsvorstand zu ersuchen, mit dem Vorstande des Vorfrüher-Verbands in Verbindung zu treten, um das Agitationsgebiet abzugrenzen, wird gegen einzelne Stimmen abgelehnt. Den Kasienbericht gibt Lemser. Die Centralkasse weist an Einnahme 18 395,15 M., an Ausgabe 4174,18 M. auf. Nach Stuttgart werden 9210,97 M. gesandt. Lokalkasse: Bestand 4812,80 M., Einnahme 3510,68 M., Ausgabe 6876,94 M., bleibt Bestand 1446,54 M. Auf Antrag des Kassierers erfolgt nachträglich die Genehmigung der für Streikunterstützung ausgegebenen 4630,71 M. Die Entschädigung des Kassierers wird von 100 auf 200 M. pro Jahr erhöht. Die nun gewählte Verwaltung setzt sich wie folgt zusammen: 1. Bevollmächtigter Prädner; 2. Bevollmächtigter Thielemann; 1. Kassierer Lemser; Protokollführer Glanert; Berichtsführer Friederici; Revisor Albert Hoffmann, Löffler, Günther, Richter, Friedrich, Goldschmidt und Fel. Liebenow. Als Revisoren werden Winter, Schumacher und Duff gewählt. In den Gauvorstand wird Schneider gewählt. Als Hilfskassierer für die Jahreshilfe Reichert, Friedrichstraße, wird Rehner, als Vertreter Abfall gewählt. Beschlossen wird ferner, Varnsirr. 18 eine neue Zahlstelle zu gründen. Es wird Friedrich dort Sonntagsvormittags lokalisieren. Die Zahlstelle Danzigerstraße wird aufgehoben. In die Bibliothekskommission werden Scholz, Hoffmann, Hellrich und Fel. Oppentow gewählt. Der Bericht der Bibliothekskommission wird zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

**Wilmersdorf.** Am Mittwoch, den 30. Januar, fand hier eine gut besuchte Versammlung statt. Reichstags-Abgeordneter Albrecht sprach über: „Die wirtschaftlichen Krisen und die Arbeiterklasse“. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze Diskussion. Nachdem gab der Vertrauensmann Müller den Bericht über das verflochtene Jahr. Es fanden 7 öffentliche Versammlungen, 5 Flugblattverbreitungen in Orte und 3 Agitationsreisen statt. Die Einnahme betrug 457,85 M., die Ausgabe 443 M., bleibt Bestand 14,85 M. An den Kreis abgeliefert wurden 215 M.

## China.

### Englische Dammmeldungen.

„Morningleader“ berichtet, daß die Regierung sofort nach Zusammentritt des Parlaments über die Lage in China interpelliert werden wird. Die militärischen Operationen, so sagt das Blatt, seien mit unglücklicher Brutalität geführt worden und die jüngsten Expeditionen ins Innere erklärten sich nur dadurch, daß die Offiziere eine reiche Beute zu machen hofften.

### Delcassé über China.

In dem am Dienstag im Elisee abgehaltenen Ministerrat teilte der Minister Delcassé mit, daß die fremden Gesandten in Peking heute mit den chinesischen Bevollmächtigten eine Besprechung haben werden bezüglich der Ausführung der in der Kollektivnote gestellten Bedingungen. Wie Delcassé weiter mitteilte, ist die französisch-belgische Eisenbahn Peking-Hanlan, welche auf eine Strecke von 135 Kilometer zerstört worden war, dort wieder völlig hergestellt und der Verkehr wieder aufgenommen worden. Die Eisenbahnlinie, deren Endstation sich früher 14 Kilometer von Peking befand, ist bis in die chinesische Hauptstadt hinein verlängert worden. Die Züge sind bereits vorgestern dort eingefahren.

### Englischer Waffenschmuggel?

Einem der „Athen-Beist.“-Zig.“ zur Verfügung gestellten Privatbriefe, datiert Tientsin, 8. Dezember, sind die folgenden Angaben entnommen:

Sonst in Tientsin geht alles seinen Weg. Wir können uns auch mit den Franzosen und Russen gut verstehen, denn wenn man auf der Straße einen Russen trifft, so soll man immer gleich mit ihm trinken. Die Engländer haben bei uns keine Nummer. Wir haben vor einigen Tagen englische Schiffe auf dem Peiho fluss revidiert und fanden auf denselben Särge vor. Auf unsere Fragen, wohin sie mit den Särgen wollten, gaben sie zur Antwort: „Wir müssen tote holen von uns aus Pootingfu.“ Uns wurde das aber verdächtig; wir ließen und einen öffnen und fanden ihn voll Waffen. Die sämtlichen Schiffe wurden beschlagnahmt. Also mit so einem Volk soll man zusammenhalten, das an den Feind Waffen verkauft!

### Rußland annektiert.

„Kotwoje Wremja“ teilt aus zuverlässiger Quelle mit, daß von den Meerbusen von Korea gelegenen Inselgruppen vier Wlode-Inseln und neun Elliot-Inseln kraft einer russisch-chinesischen Konvention mit dem Kwantunggebiet an Rußland übergeben wurden. Unterhändler seien der russische

Generaloberst Wogan und der Chinese Lungindaj gewesen. Seitdem würden beide Inselgruppen durch die russische Behörde in Wjowow faktisch verwaltet.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Zum Abschied des Kaisers aus England.

London, 5. Februar. (W. Z. B.) Als die Höflichkeit auf der Fahrt zum Marlborough-House die St. James Street passierten, leuchteten ihnen auf einem langen purpurnen Tuchstreifen die Worte entgegen: Goodbye, Kaiser, God bless you. (Lebewohl, Kaiser, Gott segne Dich.)

Die maßgebenden Blätter überboten sich in Schmeicheleien des deutschen Kaisers. „Standard“ sagt: Wir wußten schon, daß der deutsche Kaiser ein Fürst ist von außerordentlicher Gewandtheit, von ungewöhnlichen Fähigkeiten und männlicher Energie des Charakters und haben jetzt gesehen, daß er mit allen diesen hohen Gaben einen Adel des Naturells und eine Wärme des Gefühls verbindet, die in solcher Weise selten und nicht weniger anziehend sind. Es giebt keinen fremden Herrscher, der mehr, als er, unsre Hochachtung und unsre Dankbarkeit verdient hätte.

Nur die „Times“ meinen etwas nüchtern, daß Familienbände einen direkten Einfluß auf internationale Angelegenheiten ausüben.

### Die Mühlhäuser Affäre im Landesauschuß.

Strasbourg i. G., 5. Februar. (W. Z. B.) Bei der ersten Lesung des Etats im Landesauschuß für Elsaß-Lothringen gab Staatssekretär v. Pultke zur Nichtbekätigung des Weigeordneten Dr. Pöhner zum Bürgermeister von Mühlhausen die Erklärung ab: die Regierung habe sich in dieser Angelegenheit streng innerhalb der Grenzen der ihr zustehenden gesetzlichen Verfügungen gehalten. Dem Gemeinderat stehe allerdings das Recht zu, einen Bürgermeister vorzuschlagen, die Regierung ernenne ihn dann aber. Die vorherige Mitteilung an den Mühlhäuser Gemeinderat, die Regierung sei nicht in der Lage, eine etwaige Wahl Dr. Helmers anzunehmen, sei lediglich ein Akt des Entgegenkommens gewesen. Dr. Helmers sei deshalb nicht zum Bürgermeister ernannt worden, weil er für einen so schwierigen Posten die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen noch nicht bringe. Andre Rücksichten politischer oder konstitutioneller Art seien in keiner Weise für die Regierung maßgebend gewesen.

### Gasenarbeiter-Aufstand.

Paris, 5. Februar. (W. Z. B.) Aus Dänkirchen wird gemeldet, daß die dortigen Gasenarbeiter in den Aufstand getreten sind; sie fordern Lohnerhöhung.

### Genua in der italienischen Deputiertenkammer.

Rom, 5. Februar. (W. Z. B.) Der Sitzungssaal und die Tribünen sind dicht gefüllt. Das Haus nimmt die Beratung der Anträge und Interpellationen über das Verhalten der Regierung anlässlich der Auflösung der Arbeitskammer in Genua wieder auf. Bei der fortgesetzten Beratung der Anträge und Interpellationen über das Verhalten der Regierung anlässlich der Auflösung der Arbeitskammer in Genua sprach Barzilai und Locova gegen das Ministerium. Hierauf ergreift der Ministerpräsident Saracco das Wort und erklärt, die gegenwärtige Beratung beruhe unter dem Vorwand, daß es sich um die Angelegenheit in Genua handle, ehrgeizige Pläne in sich, die nach Befriedigung hinbrängen. (Lebhafte Zustimmung.) Was die besagte Angelegenheit angeht, so hätten es die Behörden in Genua an Klugheit und Vorsorge fehlen lassen, indessen nehme er seinen Teil an der Verantwortlichkeit für die Vorkommnisse auf sich und erwarte das Urteil der Kammer. Der Minister verteidigt sodann die Haltung der Regierung und betont, wenn der Streik in Genua zum Unvergleich geführt hätte, welche Vorwürfe würde man dann der Regierung gemacht und welche Verantwortung ihr zugeschrieben haben. (Sehr lebhafter Beifall.) Die Sitzung wird sodann unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung setzt Ministerpräsident Sarocco seine Rede fort und erklärt, die Regierung habe ohne eine Anwendung von Schwäche und ohne ihre Befugnisse zu überschreiten, ihre Pflicht getan. Die Regierung rechne darauf, daß die Abstimmung der Kammer ein genaues Bild liefern werde davon, wer die Regierung weiter führen solle. Wenn dies das letzte Mal für ihn, Sarocco, sein sollte, zur Kammer zu sprechen, so danke er ihr für die zahlreichen, ihm gegenüber gegebenen Beweise von Rücksichtnahme und Wohlwollen. (Lebhafte, langanhaltender Beifall.) Sonnino ergreift sodann das Wort zu einer Rede gegen das Ministerium. Im Saale herrscht große Bewegung. Es ertönen Rufe: „Abstimmung“, „Abstimmung!“ Nachdem dann noch zwei weitere Redner gegen das Ministerium gesprochen, wird die Weiterberatung auf morgen vertagt.

### Sturm im Kanal.

Cherbourg, 5. Februar. (W. Z. B.) Ein heftiger Sturm herrschte gestern im Kermelkanal. Ein Transportschiff, welches nicht genügend beladen war, wurde gegen die Rüste geschleudert und scheiterte. Ein Dampfboot, das auslaufen sollte, wurde gegen die Hafenmauer gezwungen und in zwei Stücke gespalten. Dank der Schiffe, welche sofort zur Stelle waren, konnte die Mannschaft der beiden gestrandeten Schiffe, im ganzen 12 Mann, gerettet werden.

### Der Boerenkrieg.

London, 5. Februar. (W. Z. B.) Die Blätter melden, in London sei heute nachmittag die nichtamtliche Mitteilung eingegangen, daß die unter dem Kommando des Obersten Blake stehenden Boeren, zu denen auch die irische und die amerikanische Brigaden gehören, jetzt Lourenço Marquez bedrohen und daß die portugiesische Regierung um Unterstützung durch englische Truppen gebeten habe. Es heißt weiter, daß das britische in Südafrika stationierte Geschwader telegraphisch Befehl erhalten habe, sofort nach Lourenço Marquez abzugehen, und daß britische Truppen in Eilmärschen nach der portugiesischen Grenze unterwegs seien.

Kapstadt, 5. Februar. (Telegramm des Reuterschen Bureau.) Bei dem Ueberfall auf den englischen Posten in Waddersfontein am 30. Februar wurden auf englischer Seite ein Offizier getötet und einer verwundet, ferner 28 Mann getötet oder verwundet.

London, 5. Februar. (W. Z. B.) Nach einer Veröffentlichung des Amtsblatts ist die Einfuhr von Waren in Transvaal nur nach eingeholter Erlaubnis der Militärbehörde und gegen Zahlung von Abgaben gestattet. — Die Insel Réunion wird für durchseucht mit der Beulenpest erklärt.

Wien, 5. Februar. (W. Z. B.) Der aus Bremen nach Unter-schlagung von 3000 M. gestohlene Handlungsgehilfe Emil Riecke wurde hier verhaftet. Der größte Teil des Gelds wurde noch bei ihm vorgefunden.

Budapest, 5. Februar. (W. Z. B.) Die chinesische Regierung bestellte bei der Krader Wagon- und Maschinenfabrik 1000 Eisenbahnwagen mit kurzer Lieferfrist.

Genua, 5. Februar. (W. Z. B.) In der hiesigen chemischen Fabrik „Union“ fand eine Explosion statt, wobei ein Arbeiter getötet und mehrere schwer verletzt wurden.

Lausanne, 5. Februar. (W. Z. B.) In der Frage der Auslieferung des Anarchisten Jaffet beschloß das Bundesgericht, eine Abklärung in dem Sinne anzuordnen, daß die italienischen Behörden erucht werden, diejenigen Handlungen genau anzugeben, welche als Akte der Teilnahme Jaffets an dem durch Weder ausgeführten Verbrechen wirklich qualifiziert werden können.

Paris, 5. Februar. (W. Z. B.) Der Minister des Aeußern Delcassé empfing gestern eine Abordnung der Cichorienfabrikanten, die sich über die von Deutschland geplante Erhöhung der Cichorienzölle beschwerten. Der Minister versprach, alles anzuhören, um eine Erhöhung der Zölle auf französische Cichorien hintanzuhalten.

Reichstag.

41. Sitzung vom Dienstag, den 5. Februar 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Niederding.

Die zweite Lesung des Etats der Reichs-Justizverwaltung wird beim Titel Staatssekretär fortgesetzt.

Abg. Barmann (fr. Sp.):

Die Auskunft des Herrn Staatssekretärs auf die Frage nach der Einführung eines einheitlichen Strafvollzugs und der bedingten Verurteilung ließ erkennen, daß wir für lange Zeit nicht auf derartige Vorlagen rechnen dürfen. Der einheitliche Strafvollzug würde den Bau von Gefängnissen notwendig machen, die etwa 60 Millionen Mark kosten würden. Bei den jetzigen Zeitsäufen können wir auch kaum darauf rechnen, daß ein anderer Geist in dieser Reform sich zeigen würde, als der der einheitlichen Justizverwaltung, von der uns Herr Stadthagen gestern einig Proben mitgeteilt hat. Ich bedaure deshalb die Verzögerung dieser Reform durchaus nicht, dagegen darf die Einführung der bedingten Verurteilung nicht länger verzögert werden, sonst verpufft diese notwendige Reform gänzlich. Redner fordert eine Heraushebung der Strafmündigkeit vom zwölften auf das vierzehnte Lebensjahr und erklärt im Hinblick auf die Anträge auf Abänderung der Strafprozedur, daß die große Mehrzahl seiner politischen Freunde unbedingt an der Befestigung der Strafkammern mit fünf Richtern festhalte. Die kaufmännischen Schiedsgerichte müßten an die Gewerbe-gerichte und nicht an die Amtsgerichte angegliedert werden. Das Bedauern, daß der Konitzer Mord noch immer nicht geklärt ist und daß es nicht gelungen ist, Licht in die dunkle That zu bringen, ist allgemein. Eine Kritik über die Führung der Untersuchung gehört aber ins Abgeordnetenhaus, nicht hierher. Angesichts der Flut von Majestätsbeleidigungs-Prozessen halte ich eine Revision der betr. Paragraphen des Strafgesetzbuchs für dringend notwendig. In der Frage der Entschädigung für unschuldig Verhaftete dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.):

Das Kapital, der Kapitalismus, erzeugt Leute wie Sternberg, erzeugt Schichten, aus denen unglückliche Kinder hervorgehen. Aber direkt hat es mit diesem Prozeß nichts zu tun. Wohl aber hat das Geld eine verhängnisvolle Rolle in diesem Prozeß gespielt. Es ist das Geld gewesen, das einige Verteidiger über die Schranken hinausgelockt hat, die ihr Verbot ihnen auferlegt. Falls aber ist die Behauptung, daß das Geld im Konig-Fall eine Rolle gespielt hat. Verheerend hat in Konig ein Vernehmungsgesetz gewirkt, der die Bevölkerung dort ergriffen hat. Der Antijehemismus hat einen Druck auf die Behörden ausgeübt, die Untersuchung ganz nach einer einseitigen Richtung zu führen. Ein Fall, wo der Kapitalismus wirklich über die Justiz gestiegen hat, ist die Verurteilung unseres Kollegen Mollenburg in Hamburg wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Lübecker Streikposten-Verordnung. In Hamburg sind die Beziehungen zwischen Justizbehörde und Großkapital besonders eng. Glücklichweise hat sich das Reichsgericht auf einen andern Standpunkt gestellt. Es hat das Urteil des Hamburger Gerichts aufgehoben und Mollenburg ohne weiteres freigesprochen. Redner teilt aus dem Urteile des Reichsgerichts die Gründe mit, die zu diesem Freispruch geführt haben und fährt fort: Das Reichsgericht hat auch zu gleicher Zeit gesagt: Ich kann hier nicht anders, ich muß erkennen, wie ich erkannt habe. Gängt die Sache nur schlau an, man kann das Streikpostensystem doch unterdrücken. Und dazu gibt es Anweisungen: Man könne ja dazu die Straßen-Ordnung benutzen; aber das ist eine Maschierung, das ist eine Verletzung des Reichsgesetzes. Es folgt daraus, daß sobald als möglich Bestimmungen zu treffen sind, welche der Landesregierung diese Umgehung des Gesetzes unmöglich machen. Der Zug der Landesregierungen, durch Landesrecht Reichsrecht zu brechen, ist vom Reichsgericht nicht gebilligt worden. Ich hoffe, daß diese Nichtbilligung derartige Versuche künftig etwas einschränken wird.

Ich habe das Wort genommen, um Vorgänge bei dem Meinelde-Prozeß gegen den Händler Holst in Güstrow in Mecklenburg zur Sprache zu bringen, die deutlich beweisen, daß die Justiz das Werkzeug politischer Leidenschaft gewesen ist... (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Vallestrom:

Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, daß ein deutscher Gerichtshof das Organ der politischen Leidenschaft der Regierung geworden ist. Ich muß jeden deutschen Gerichtshof dagegen in Schutz nehmen. (Bravo! rechts und im Centrum.)

Abg. Dr. Herzfeld (fortfahrend):

In Mecklenburg hat der Kapitalismus stärker als sonst wo, das Herrerecht. (Sehr richtig, bei den Socialdemokraten.) Es sieht im Kampf der organisierten Nichtbesitzenden einen Kampf, der an ihrem Herrentum rüttelt. Deshalb ist der politische Kampf in Mecklenburg besonders scharf. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Redner führt hierauf den bekannten Fall Holst vor. Der Prozeß wurde eingeleitet als politischer Tendenzprozeß, ohne daß auch nur die Spur einer Thatfache dafür vorhanden war, daß aus politischen Gründen ein Meinelde geschworen worden sei. Der Landgerichtsdirektor Schmidt, der Holst's Verhaftung veranlaßt hatte, schloß sich unbefangenen genug, auch in dem Schwurgerichts-Prozesse gegen Holst den Vorstz zu führen. Der Schwurgerichts-Prozess begann in der üblichen Weise; Geschworene waren in der Hauptfrage Gutbesitzer, Gutspächter, Förster usw. Der Angeklagte wurde vom Vorsitzenden gefragt: Sind Sie Socialdemokrat? Sind Sie Mitglied des socialdemokratischen Vereins in Wisomar? Der Angeklagte sagte: Politische Vereine sind in Mecklenburg nicht gestattet. Da schrie ihn der Vorsitzende an: Sind Sie taub? In einem späteren Prozeß hat der Landgerichtsdirektor Schmidt als Zeuge belundet, daß er so gefragt habe, um den Geschwornen ein Motiv an die Hand zu geben, weshalb der Angeklagte einen Meinelde geschworen habe! (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Der Prozeß war vom Staatsanwalt aus politischen Tendenzen eingeleitet, er war noch dem eignen Zugeständnis des Landgerichtsdirektors weiter nichts als ein politischer Prozeß der schlimmsten Sorte. Bei den Geschwornen war von dem Worte nichts bekannt, auf nichts anderes ist Wert gelegt worden, als daß er socialdemokratisches Ausnahmemitglied in Wisomar sei, und daß die Leute, für die er den Meinelde geleistet haben sollte, ebenfalls Socialdemokraten seien. Und nun erklärte der Holst dagegen: das mag ja alles sein, aber ich kann doch nicht schwören, daß ich den Ruf gehört habe. Darauf rief ihm der Vorsitzende entgegen: Das glaubt Ihnen kein Mensch! Ich kann Ihnen dies alles als Obergrenze erzählen. Ich hätte vorgefragt, den Mollenberg als Zeugen zu benehmen, zu dessen Gunsten Holst den angeblichen Meinelde geleistet haben sollte. Mollenberg hatte das lebhaftest verlangen geäußert, doch endlich als Zeuge benommen zu werden. Da rief der Staatsanwalt: Wenn Mollenberg hier bezeugt, daß er hinausgegangen ist und nicht getroffen hat, dann lasse ich ihn auf der Stelle verhaften. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ist jemals ein solcher Terrorismus in einem Gerichtsfall dagewesen? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Welche Wirkung mußte diese Drohung auf die Geschwornen haben! Ihre Beratung dauerte vier Minuten, dann kamen sie mit dem „Schuldig“ heraus, und das Gericht verurteilte Holst zu 3 Jahren Zuchthaus. (Beifugung. Hört! hört! bei den Soz.) Als der Vorsitzende in einem späteren Prozeß aufgefordert wurde, einen objektiven Prozeßbericht zu verfassen, schrieb

er darin, daß die Geschwornen sich durch die Treibe-reiten des socialdemokratischen Parteiführers Herzfeld von dem Wege, den sie als Richter erkannt hätten, nicht hätten abbringen lassen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Kann man sich einen schlimmeren Ausbruch politischer Leidenschaft denken? Der Verteidiger steht diesem Gericht-Vorsitzenden nicht als Jurist, sondern als Parteiführer gegenüber. Als Schmidt aufgefordert wurde, Thatfachen dafür anzuführen, daß der Verteidiger seine Befugnisse überschritten hätte, konnte er nur sagen, daß der Verteidiger einige Bemerkungen der Politisten bemängelt und so den Geschwornen den Gedanken nahe gelegt habe: Wenn Ihr nicht thut, wie ich will, dann geht es Euch schlecht, dann wird Furcht und Schreden unter Euch herrschen. (Weiterleit.)

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß wir es hier mit einem politischen Tendenzprozeß schlimmster Sorte zu thun haben. (Lebhaftest Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Holst wurde verurteilt, nicht weil eine objektive Beweisführung ihn des Verbrechens des Meinelde überführt hätte, sondern weil er Socialdemokrat war. Die Prozeßführung hatte es soweit gebracht, die politischen Leidenschaften der Geschwornen zu erregen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Die Geschwornen hatten nicht mehr den einzelnen Fall vor Augen, sondern die Socialdemokratie. Sie sprachen das Urteil aus, nicht um einen Schuldigen zu strafen, sondern um die Socialdemokratie niederzuhalten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Diese Dinge sind aber nur möglich bei der jetzigen Zusammensetzung der Schwurgerichte und bei der Prozeßführung, die die Prozeßordnung dem Vorsitzenden ermöglicht. Solche Fälle sind ganz besonders geeignet, jedem Har zu machen, daß die Zusammensetzung der Schwurgerichte geändert werden muß, daß alle Schichten der Bevölkerung unter den Geschwornen vertreten sein müssen. Glaubt irgend jemand hier im Hause, Holst wäre verurteilt worden, wenn dort nicht seine politischen Freunde, seine erbitterten politischen Gegner gesessen hätten? (Lebhaftest Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Nach auf einen andern Fall will ich eingehen, der auch charakteristisch für die politischen Zustände Mecklenburgs ist. Es handelt sich um das Mecklenburger Ausführungsgesetz zum Gesetz über den Unterhaltungs- und Wohnsitz. Danach kann die persönliche Freiheit ohne gerichtliche Untersuchung rein in administrativen Verfahren genommen werden auf unbestimmte Zeit, ohne daß der Betreffende auch nur die Nachricht erhält, daß ein Verfahren gegen ihn schwebt, ohne daß er auch nur das Recht der Vorführung besitzt. Es handelt sich um folgenden Fall. In Schwerin wohnte ein Schneidemeister, der mit seiner Frau in Inrieden lebte, weil er aus Land ziehen, sie aber in der Stadt bleiben wollte. Die Frau ging schließlich mit den Kindern zu den Eltern. Als die Frau ihn verlassen hatte, zahlte der Mann keine Unterstützung, so daß die Stadt Schwerin im Oktober v. J. der Frau 20 M. Unterstützung zahlen mußte. Der Dirigent der Armenverwaltung und zweite Bürgermeister von Schwerin, ließ die beiden Leute kommen. Der Mann versprach zu zahlen, zahlte aber nicht, zog auf ein Dorf und eröffnete ein Geschäft. Am 20. Dezember schrieb der Mann nach Schwerin, er hätte ein gutgehendes Geschäft und habe seine Frau wiederholt aufgefordert, zu ihm zu kommen. Die jüdische Armenverwaltung sollte seiner Frau nun keine Armen-Unterstützung mehr zahlen, sondern sie zu ihm schicken. Die Armen-Verwaltung ließ nichts von sich hören. Da erschien im Februar ein Gendarm, der den Auftrag hat, den Mann zu verhaften und nach dem Schweriner Armenhaus zu transportieren. Trotz allen Protestes wick der Mann hingebunden, eingekerkert, muß Zwangsarbeit verrichten, die Jade der Arbeitshäuser anziehen und in die Reihe treten. Der Bruder des Verhafteten protestiert gegen die Verhaftung beim zweiten Bürgermeister. Daraufhin verfügt dieser, der verhaftete Mann sei eine Woche später wieder vorzuführen. (Hört! hört!) Inzwischen geht das Geschäft des Mannes zu Grunde. Endlich wird er vorgeführt. Er sagt zum Bürgermeister: Wie können Sie mich verhaften? Da hört doch alles auf! Der Bürgermeister erwidert: Wir haben im Februar wieder 16 Mark Armen-Unterstützung gezahlt, und Ihnen Briefe nachzutragen, haben wir nicht nötig. Dann verließ er den Mann ebenso unceremoniell, wie er ihn verhaftet hatte. Für Transport und Verpflegung im Armenhause hatte er 20 M. zu zahlen. Seine Anzeige gegen den zweiten Bürgermeister wegen amtlicher Rötigung und Freiheitsberaubung wurde vom Staatsanwalt in Schwerin zurückgewiesen. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.)

Auf seine Beschwerde lehnte auch der Oberstaatsanwalt die Eröffnung des Verfahrens gegen den Bürgermeister ab. Wenn es auch möglich sei, daß der Bürgermeister seine Amtsbefugnisse überschritten hätte, so könne doch auf keinen Fall angenommen werden, daß er in böser Absicht gehandelt hätte und deshalb müsse die Strafverfolgung unterbleiben.

Der Schneidemeister ging an das Ober-Landesgericht in Rostock, und das Gericht entschied. Die Beschwerde des Schneidemeisters, daß der Bürgermeister die strafrechtlichen Folgen habe erkennen müssen und sich der Unrechtmäßigkeit seiner Handlung bewußt gewesen sei, ist begründet. Selbstverständlich mußte er als Bürgermeister wissen, was er that; aber der Bürgermeister war vollständig im Recht. Was er gethan hat, entspricht den Mecklenburgischen Gesetzen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Und zwar beruht diese Befugnis auf dem Mecklenburgischen Ausführungsgesetz zum Unterhaltungswohnsitz-Gesetz. Danach ist es nämlich jedem Ortsarmen-Unterstützungsverband gestattet, einem Hilfsbedürftigen Unterstützung durch Zuweisung von Arbeit resp. durch Unterbringung in einer öffentlichen Armen- oder Arbeitsanstalt zu gewähren, die dem Ortsverbande zu solchem Zweck zugänglich ist. In diesem Falle ist der Unterstützte dem Reglement solcher Anstalt unterworfen, insbesondere auch zu den durch dasselbe vorgeordneten Arbeiten verpflichtet. Dieses Ausführungsgesetz beruht auf dem § 8 des Reichsgesetzes über den Unterhaltungswohnsitz, welches bestimmt, daß im Fall der Hilfsbedürftigkeit die Landesgesetze die Art und das Maß der Unterstützung zu bestimmen haben. Das Armenhaus in Schwerin sagt in seinem Statut, daß es dazu bestimmt ist, Personen, welche durch ihre Schuld unterstützungsbedürftig werden, zu bessern, sie an Arbeit zu gewöhnen, sie durch Furcht zu besseren Menschen zu machen. Es bestimmt, daß die Zeit der Unterbringung im Belieben der Anstalt steht. Es ist also ein Arbeitshaus im eigentlichen Sinne des Wortes. Die Arbeit ist Zwangsarbeit, der Aufenthalt von unbegrenzter Dauer. Das Strafgesetzbuch aber bestimmt in seinen §§ 361 und 362, in welchen Fällen die Strafe des Arbeitshauses angewandt werden kann. Die Materie ist also reichsgesetzlich geordnet. Es ist ausdrücklich verboten, auf administrativen Wege einem Menschen die Freiheit zu entziehen. Und auch die preussische Verwaltung steht ganz auf demselben Standpunkt. Es handelt sich hier offenbar um einen Verstoß gegen die Bestimmungen des Reichsgesetzes, und die Frage hat ja auch eine wirtschaftliche Seite. In diesen Arbeitshäusern in Mecklenburg sind jährlich 3000-4000 Personen. Nur arbeitsfähige Personen werden aufgenommen. Der Verdienst kommt ihnen nicht selbst zu, sondern dem Arbeitshause. Das Arbeitshaus verleiht diese Leute den Gutbesitzern zu einem Preise. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Auch dieses mecklenburgische Ausführungsgesetz ist in letzter Linie ein Ausfluß des Herrentums. Und dieses Herrentum kommt auch zum Ausdruck in den gesetzlichen Bestimmungen vom 30. September 1896, nach welchen Grundstücken Leichen der Anatomie übergeben werden sollen. Danach werden an die Anatomie abgeliefert die Leichen aller solcher Personen, welche in einem Arbeitshause oder in einer Abteilung

desselben als Häftlinge verstorben sind, wenn in dem Arbeitshause nur solche Armen untergebracht werden, welche mit Aufwendung aller ihrer Kräfte und Mittel für sich und die Andern selbst zu sorgen im Stande gewesen wären. Also auch unserm Schneidemeister hätte es passieren können, wenn er im Arbeitshause hätte bleiben müssen, daß seine Leiche der Anatomie übergeben worden wäre. Das sind Zustände, welche mit dem Geist der Reichsgesetze in schroffem Widerspruch stehen. Wir haben keine Möglichkeit, diese Bestimmungen vor das Reichsgericht zu bringen, sie bleiben vor dem Oberlandesgericht. Die Reichsregierung hätte alle Veranlassung, auf die Abänderung des Ausführungsgesetzes zu dringen, das mit den positiven Bestimmungen des Reichsgesetzes in Widerspruch steht. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Niederding:

Ich glaube, daß der Reichstag unter demselben Eindruck stehen wird, den ich hatte, daß es eine starke Anforderung an einem Vertreter der Regierung ist, hier eine sachlich zutreffende Antwort zu geben. Ich möchte mich daher auf einige Bemerkungen beschränken. Was den letzten Gegenstand betrifft, den der Herr Abgeordnete hier vorgebracht hat, so hat dieser mit der Reichs-Justizverwaltung nichts zu thun. Es ist ein Irrtum des Herrn Abgeordneten, wenn er annimmt, daß das Arbeitshaus, von dem er gesprochen, identisch ist mit dem Arbeitshaus, von dem das Strafgesetzbuch spricht. Diese beiden haben gar nichts mit einander zu thun, und aus den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs kann nichts hergeleitet werden, was eine Kollision zwischen Reichs- und Landesgesetz in diesem Fall beweisen würde.

Der Herr Vorredner ist auf die Lübecker Streikposten-Verordnung zurückgekommen. Ich habe mich im vorigen Jahre durch-aus nicht zu der Sinnlosigkeit hinreichend lassen, so sagen, daß auf landesrechtlichem Wege alles geschehen könne, was das Koalitionsrecht praktisch zu beschränken. Ich habe nur betont, daß aus dem Koalitionsrecht niemals die Freiheit für den Arbeiter hergeleitet werden darf, sich hinwegzusetzen über alle Verordnungen, die für alle übrigen Bürger gegeben werden. Das Reichsgericht scheint sich auf demselben Standpunkt zu stellen wie ich und hat damit das Mißfallen des Vorredners erregt. Die Richter des Reichsgerichts stehen zu hoch, als daß ich ein Wort zu ihrer Verteidigung zu sagen brauchte. (Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner ist ausführlich auf einen Meineldeprozeß eingegangen, der vor einem mecklenburgischen Geschworenengericht geführt worden ist. Ich kann es menschlich sehr wohl begreifen, daß der Herr Redner, der diesem Meineldeprozeß sehr nahe gestanden hat, von dem Ausgang dieses Prozesses, der sehr schwer einen seiner Gesinnungsgenossen traf, erschüttert worden ist. Ich glaube auch an seine Absicht, hier eine objektive Darstellung der Vorgänge zu geben. Er hat aber von vornherein behauptet, der Staatsanwalt habe einen Tendenzprozeß eingeleitet, er hat Richter und Zeugen scharf kritisiert und die Geschwornen der Parteilichkeit beschuldigt. Er läßt gar nichts bestehen außer seiner eignen Objektivität. (Sehr gut! rechts.) Schon bei früheren Gelegenheiten habe ich darauf hingewiesen, daß hier, wo die politischen Parteien mit einander kämpfen, nicht der Platz ist, um Prozesse zu revidieren und zu erschreiben. Die Unabhängigkeit der Gerichte ist gefährdet. Hier wollen Sie Urteile fällen, ohne von Auge zu Auge, von Ohr zu Ohr den Sachverhalt zu vernehmen. Das ist ein Widerspruch gegen unser ganzes Rechtssystem. Ich hoffe, daß das Haus und auch die öffentliche Meinung einsehen wird die Unmöglichkeit, das Urteil eines gesetzlichen Gerichtshofs hier einer nach-träglichen Kritik zu unterwerfen. Einer der Zeugen des Prozesses ist den heftigsten Angriffen in der socialdemokratischen Presse ausgesetzt worden. Der Vorwurf des Meinelde ist gegen ihn erhoben worden, nur um ein Wiederaufnahme-Verfahren durchzuführen. Wenn ein Unschuldiger verurteilt ist, bin ich der erste, der für die Wiederaufnahme eintritt, aber auf dem Wege, der hier eingeschlagen worden ist, wo Staatsanwalt, Richter, Zeugen und Geschworne, wo alles verdächtigt worden ist, läßt sich ein Wiederaufnahme-Verfahren nicht herbeiführen. Der Redacteur der Zeitung, die den Vorwurf des Meinelde gegen den Politisten Schütte erhoben hatte, ist hier in Berlin zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auf die Sache selbst kann ich nicht weiter eingehen, und selbst wenn ich es könnte, würde ich es nicht thun, denn Prozesse gehören nicht vor den Reichstag. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Czarlinski (Pole):

Der Herr Staatssekretär meinte gestern, daß es zahlreiche Fälle gäbe, wo weibliche polnische Namen mit A endigten. Das mag in Ausnahmefällen vorkommen. Hier kommt es aber darauf an, daß der freie Wille des Einzelnen respektiert werden muß, und das geschieht seitens der Beamten nicht.

Abg. Bindewald (Antif.):

tritt für Verbilligung der Gerichtskosten, der Anwaltsgebühren und Aufhebung des Anwaltszwangs ein. Was den Sternberg-Prozeß anlangt, so habe ich aus den Ausführungen des Herrn Stadthagen herausgehört, daß er die Verurteilung begreife, daß der Kinderfreund vielleicht unschuldig könnte verurteilt sein. Seine Angriffe gegen Herrn Sternberg waren ganz unangebracht. Seine förmliche Entschuldigung hätte sich, wenn er wirklich Arbeitervertreter wäre, besser gegen den zwanzigjährigen Millionär Sternberg wenden müssen als gegen den Mann, der es möglich machte, daß dieses Scheusal dem Arm der Gerechtigkeit überliefert wurde. Wir können uns nur freuen, daß ein untergeordneter Beamter, wie ihn Herr Stadthagen nannte, sich nicht hat bestechen lassen, und bedauere nur das milde Urteil, das diesen Sternberg getroffen hat. Wenn Herr Stadthagen wirklich Gegner der Prostitution ist, so mußte er sich erst recht gegen diesen 20-jährigen jüdischen Millionär wenden, denn solche Leute rufen gerade die Prostitution hervor. Die Fälle Werthauer und Sello haben wieder einmal gezeigt, daß die Justiz heutzutage rein zum Geschäft geworden ist. Das ist auch nicht zu verwundern, wenn in Berlin jetzt unter ca. 800 Rechtsanwälten ca. 500 Juden sind. (Hört! hört! rechts.) Nun hat sich Herr Bellosohn, im Abgeordneten-hause darüber beklagt, daß die jüdischen Rechtsanwälte nicht in genügender Anzahl zum Notariat zugelassen werden. Wir haben aber heute schon geradezu eine Bevorzugung der Juden speziell in Berlin. Es liegt also absolut kein Grund dafür vor, daß ein jüdischer Abgeordneter sich darüber beklagt, die Juden werden verkrüht. (Große Heiterkeit.) Auch der Koniger Fall ist angeklungen worden. Herr Dr. Bödel hat nicht gesagt, daß das Kapital in Konig der Justiz ein Schimpfen geschlagen hat, wie das Herr Herzfeld behauptete. Er hat nur beklagt, daß man nicht sofort zugegriffen hat, und daß deshalb die Mörder über die Grenze entkommen seien. Ich bin ganz derselben Ansicht. Wenn jetzt noch die Kleidungsstücke des Winter an verschiedenen Stellen gefunden werden können, so beweist das jedenfalls, daß die Kriminalpolizei nicht vorzüglich genug gewesen ist. Es liegt im Interesse des gesamten Deutschen Reichs, daß ein solcher Mord endlich aufgeklärt wird. Je häufiger sich solche Morde mehrten, die alle auf dasselbe Motiv hinweisen, desto mehr ist es notwendig, endlich Klarheit in die Sache zu bringen. Herr Herzfeld meinte, die Behörden seien einseitig im Interesse der Antijehemiten vorgegangen. Da verwechselt er jedenfalls Ursachen und Wirkung. Umgekehrt war die jüdische Bevölkerung in Konig von vornherein bestrebt, den Verdacht gegen den antijehemischen Fleischhauer Hoffmann zu nähren, und dieser Anregung wurde von den Behörden sofort nachgegeben. Es gehört aber eine ganz hinberbrannte Phantasie dazu, um anzunehmen, daß Hoffmann, kurz nachdem er das heilige Abendmahl genommen, eine solche That begangen haben soll. Die Bevölkerung in Konig erwartet dagegen vergebens, daß man die vorhandenen Spuren gegen schwerbelastete Juden verfolgt. Würde dies geschehen, dann würde sich die Bevölkerung beruhigen. Ich erwarte, daß sich der Herr Staatssekretär über diesen Punkt äußert.

Staatssekretär Nierberding:

Der König Nord gehört vor den preussischen Landtag, und es wird, falls die Sache dort auch zur Verhandlung kommt, der Herr Justizminister nicht verfehlen, das Verhalten der Behörden zu rechtfertigen. Ich bin sehr überzeugt, daß die preussische Verwaltung alles thun wird, um der Sache auf die Spur zu kommen. Im übrigen meine ich, daß eine Diskussion hier im Hause der Sache nicht helfen kann, sondern nur schadet, da sie die Erregung nur noch steigern kann.

Abg. Nicker (fr. Bg.):

Ich teile durchaus die Ansicht des Herrn Staatssekretärs. Es ist ja sehr bequem, hier Details vorzubringen, wo kein verantwortlicher Minister ihm entgegensteht. (Sehr richtig! links.) Auf die Ausführungen eines so eingeleiteten Antisemiten einzugehen, lehne ich ab. Die Klust, die zwischen Ihnen und uns besteht, werden und wollen wir nicht ausfüllen. Warum haben die Herren Antisemiten nicht den Mut der Konsequenz, warum beantragen sie nicht Aufhebung des Art. XII der preussischen Verfassung? Warum kommen sie nicht hier mit einem ähnlichen Antrag? Wir würden ihnen schon die Wege weisen, die sie gewiesen zu werden verdienen. (Zwischenrufe bei den Antisemiten.) Ich verbitte mir Ihre Zwischenrufe.

Vizepräsident Büsing:

Die Zwischenrufe waren noch nicht so stark, daß ich Veranlassung hatte, einzugreifen. Der Herr Redner mag sich dabei beruhigen, daß die Wahrung der Ordnung beim Präsidenten liegt.

Abg. Nicker (fortfahrend):

Herr Bödel meinte gestern, im Volke müsse sich der Glaube verbreiten, daß von oben herab die Fehler in diesem Prozeß in Schuß genommen würden. Das ist eine unerhörte Verächtigung, die hoffentlich auch vom Regierungstisch nicht unbeantwortet bleiben wird. Wenn Herr Bödel gestern von den Mördern sprach, die über die tussische Grenze entwichen seien, so frage ich ihn: Woher wissen Sie das? Wenn Sie die Mörder kennen, hätten Sie natürlich die Pflicht, sie bei der Staatsanwaltschaft anzuzeigen! (Sehr gut! links.) Auch wir bedauern, daß der Nord noch nicht entdeckt ist, wie wir überhaupt bedauern, daß in den letzten Jahren beinahe hundert Morde nicht gefühnt worden sind. Der König Fall wird ja im preussischen Abgeordnetenhaus noch ausführlich behandelt werden. Die Diskussion ist nur durch die Kanalvorlage unterbrochen und wird noch in dieser Woche fortgesetzt werden. Ich bedaure es, daß die Tribüne des Reichstags benützt worden ist, um die antisemitischen Hegereten, die wir schon zum Ueberdruß in der „Staatsbürgerzeitung“ gelesen haben, sich hier vorzubringen. Im Abgeordnetenhaus wird hoffentlich die gebührende Antwort erteilt werden.

Abg. Horn (Sachsen, Soc.):

Es ist bezeichnend für unsere sogenannten Rechtsgarantien, daß sich in verschiedenen Kreisen die Meinung festgesetzt hat, als müsse die Anwendung der Gesetze, sobald es sich um Socialdemokraten handelt, eine andre sein als gegenüber andern Leuten. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ schrieben in den letzten Tagen, es ist bekannt, wie in Sachsen entsprechend der größeren socialdemokratischen Gefahr alle berufenen Stellen, Regierung, Volksvertretung und Gerichte, um so rücksichtsloser gegen sie vorgehen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) In vielen Fällen trägt aber auch die konstitutionelle Fassung der Gesetzesparagrafen an den Urteilen Schuld. Ich erinnere nur an den Großen Unfug-Paragrafen. Es scheint den deutschen Gerichten neuerdings auch nicht mehr gelingen zu wollen, zu erkennen, was gegen die guten Sitten verstößt. In die Arbeitsordnungen werden Bestimmungen aufgenommen, die offenbar gegen die guten Sitten verstößen. So heißt es z. B.: „Das Einmischen von Beiträgen, das Anwerben von Mitgliedern, das Vertreiben von socialdemokratischen Zeitungen und Sachblättern in und außerhalb der Fabrik ist verboten und der Arbeiter wird mit sofortiger Entlassung bestraft, wenn er dieser Bestimmung zuwider handelt.“ Der Entlassene hat in solchen Fällen keinen Anspruch auf Lohnentschädigung.“ (Stoße des Vorsitzenden.)

Präsident Graf Vallaspreng:

Soweit ich den Redner verstehen kann, spricht er über Fabrikordnungen. Das gehört aber zum Etat des Reichsamts des Innern und nicht zum Justizetat.)

Abg. Horn (fortfahrend):

Ich spreche von der Auffassung der Gerichte über Verstöße gegen die guten Sitten. Redner erzählt einen Fall, wo ein Arbeiter, der für den Glasarbeiter-Verband außerhalb der Fabrik agitirte, deshalb entlassen wurde. Als er Ansprüche in Höhe von 35 Mark für Kündigungszeit beim Amtsgericht einlegte, wurde er abgewiesen mit der Begründung, daß nach der Arbeits-Ordnung der Fabrikant berechtigt gewesen wäre, ihn ohne Kündigung und ohne Entschädigung zu entlassen. Dieser § 63 der Arbeits-Ordnung lautet: „In Fällen des Ungehorsams, der Aufwiegelung oder Vergehens gemeiner Art steht es dem Dienstgeber frei, den Schuldigen sofort zu entlassen, ohne ihn jedoch der Zahlungspflicht etwaiger Schulden zu entbinden.“ Das Gericht sah in der Agitation für den Verband eine Aufwiegelung, eine Störung des Betriebes. Der Fabrikant müsse Herr im eignen Hause sein (Hört! hört! bei den Socialdemokraten) und brauche es nicht zu dulden, daß durch Agitation, durch Gründung von Vereinen, durch Besuch von Versammlungen die Arbeiter unzufrieden gemacht würden. Auch das Frankfurter Landgericht hat sich dieser Entscheidung angeschlossen. Offenbar handelt es sich aber doch um eine Bestimmung in der Arbeitsordnung, die gegen die guten Sitten verstößt und deshalb rechtswidrig ist.

Redner geht noch näher auf Urteile sächsischer Gerichte ein: Im Jahre 1897 bin ich wegen Verübung groben Unfuges angeklagt und bestraft worden. Ich hatte einen Beschluß der organisierten Arbeiter ausgeführt, wonach die Verbandszeitung eine Warnung vor Zugang nach einer Reihe von Orten bringen mußte, wo die Arbeiter mit den Arbeitgeberern in Konflikt geraten waren. Ich wurde für jeden einzelnen Fall mit 100 Mark Geldstrafe bestraft. Redner verliest die Begründung dieses Urteils unter wachsender Unruhe des Hauses und bemerkt: „Ich bitte doch um etwas Ruhe, ich kann mich ja kaum selbst verstehen!“ (Heiterkeit.) Nach der Begründung ist die Warnung vor Zugang ein unzulässiger Zwang auf die mit dem Ausschluß aus dem Verband bedrohten Arbeiter, die in dem Gefühl ihrer Rechtslosigkeit dadurch beinträchtigt werden müßten. Dieses Gefühl der Rechtsunsicherheit wird durch die Warnung auch bei den Inhabern der boykottierten Fabriken und bei Gläubigern zweier Betriebe hervorgerufen. Das ist doch ein solches Stückchen der sächsischen Rechtsprechung, auf diesem Wege einen groben Unfug zu destillieren. (Sehr richtig! bei den Socialdem.) Wie ist es da noch möglich, daß sich die Arbeiter gegen die Ausbeutung der Unternehmer wehren! Es wäre an der Zeit, dem § 300 des Strafgesetzbuchs eine präzisere Fassung zu geben. Es liegen ja auch Anträge nach dieser Richtung vor. Hoffentlich werden sie angenommen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Hierauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Antrags Bergmann auf Aufhebung der Theaterzensur. Schluß 5 Uhr.

Abgeordnetenhhaus.

19. Sitzung vom 5. Februar 1901, 11 Uhr.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung. Am Ministertisch: v. Thielen, v. Miquel, Freiherr v. Hammerstein.

Zunächst wird ein gegen den Abg. Langer (C.) schwebendes Strafverfahren wegen Vergehens gegen das Verfallrecht eingeleitet. Abg. Langer hatte sich mit fünf Einwohnern des Dorfes Barwalde am Westlich polnisch unterhalten. Diese politische Unter-

haltung ist vom Amtsvorsteher als nicht angemeldete politische Versammlung mit 50 R. Geldstrafe bestraft worden und Abg. Langer hat dagegen Rekurs ergriffen.

Die Beratung der Kanalvorlage wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Bg.):

Wir treten in die neue Kanalcompagne ohne Begeisterung ein, denn wir haben als Regierungspartei wenig ermutigende Erfahrungen gemacht. Der wechselnde Luftzug am Regierungstisch hat auf uns erlösend gewirkt. Unsere sachliche Stellung ist natürlich dieselbe geblieben. Wir wollen, daß der Kanal gebaut wird, obwohl gerade in der offiziellen Presse jetzt die Parteien, die die Regierung in der Kanalfrage unterstützen, heftig angegriffen werden, obwohl auch gestern Herr v. Miquel gegen die Linke einige Spitzeln eingebracht hat. Wir sind von Anfang an gegen die Kompensationen gewesen. Durch die neuen Kompensationen sind die Aussichten der neuen Vorlage nicht gebessert worden. Wir verwerfen auch jede neue Verpackung der Vorlage mit noch andren Vorlagen. Natürlich haben wir im Princip nichts gegen die Kanalisierung der Mosel. Wir halten den Bau von Kanälen notwendig im Interesse unserer Gesamt-Entwicklung. Wir müssen billige Verkehrsmittel für die immer wachsende Bevölkerung haben. Unsere Bevölkerung wächst von Jahr zu Jahr um 900 000 Personen, die doch ernährt werden müssen. Die finanzielle Tragweite der Vorlage ist durch die Kompensationen noch größer geworden. Wir werden also vorsichtig sein müssen. An sich schrecken uns aber die Summen nicht. Ein einziges Kanzerschiff kostet mehr, als die Vorlage jährlich erheischt. Die Flottenvorlage kostet viel mehr und wir halten die Kanalvorlage für nützlicher. Graf Limburg will die Interessenten des Ostens noch mehr entlasten, wir wollen gleichmäßige Behandlung. Wir wünschen eine gesetzliche Festlegung der Kanalabgaben, wenigstens insoweit, daß sie nicht erhöht werden können. Wir erheben aber Einspruch gegen die Veseitigung der Abgabenfreiheit auf den natürlichen Wasserstraßen. Die Entwicklung der Binnenwasserfahrt datiert seit der Abgabenfreiheit. Die Aufhebung dieser Freiheit bedeutet für uns einen Rückschritt. Die Eisenbahnen werden keinen Nachteil von den Kanälen haben. Aber selbst wenn das der Fall wäre, so stehen wir grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß fiskalische Interessen in Verkehrsfragen nicht mißspielen dürfen. (Beifall links.)

Minister der Landwirtschaft Freiherr v. Hammerstein:

Herr am Reichstisch hat gestern die Vorlage eine Verschlechterung genannt. Aber es ist doch charakteristisch, daß in der Presse jetzt nicht mehr von einer Kanalvorlage, sondern von einer wasserwirtschaftlichen Vorlage die Rede ist. In der That bedeutet die Vorlage ein groß angelegtes wasserwirtschaftliches Programm für die Gegenwart und Zukunft. Für den Westen kommt anschließend der Rhein-Weser-Elbe-Kanal in Betracht. Graf Limburg hat gestern gesagt, die Weserkanalisierung wolle er auf keinen Fall. In Hannover hat man aber nicht nur in industriellen, sondern gerade in landwirtschaftlichen Kreisen auf die Weserkanalisierung den größten Wert gelegt. Man würde da eine große Enttäuschung erleben, wenn dieser Widerspruch gegen den Mittelkanal aufrecht erhalten werden sollte. Der Mittelkanal bleibt das Rückgrat der Vorlage. Sollte der Widerspruch der Partei des Grafen Limburg aufrecht erhalten werden, dann werden die Interessenten des Westens gewiß gegen die östlichen Kanäle stimmen. Mit der Hauptvorlage sollen auch die Kompensationen, das ist wenigstens meine persönliche Ansicht. Die Folge davon würde eine Verzögerung der doch absolut notwendigen Vorflutverbesserungen bei Oder und Spree sein, das bitte ich Sie zu bedenken. Herr Abg. am Reichstisch will noch mehr Kanäle in die Vorlage einbezogen wissen, aber ein vollständiges erschöpfendes Wasserprogramm aufzustellen, ist eine unerlässliche Forderung, wie die Geschichte lehrt.

Abg. v. Pappenheim (L.):

Der Minister für Landwirtschaft hat die neuen Stände der Vorlage Kompensationen genannt. Wir haben die Notwendigkeit der Kompensationen gleich vorausgesetzt. Sie sind schneller gekommen, als mancher vielleicht gedacht hat. Die hier gebotenen Kompensationen werden neue Kompensationen notwendig machen. Es wird ein Rattenkäfig von neuen Forderungen entstehen. (Lust links.) Das ist ja sehr gut, ganz ausgezeichnet! Sie begrüßen diese Entwicklung mit Freuden, aber Sie können uns doch kein Bild der finanziellen Tragweite dieser Politik entwerfen. (Lust links.) Bei den Eisenbahnen war das auch nicht der Fall! Herr v. Eymern hat gestern eine wenig objektive Rede gehalten. Er hat den Grafen Schwerin-Römig wegen einer Reichstagsrede industriefeindlich genannt. Wir sind nicht industriefeindlich und ich meine, mit solchen Dingen fördern Sie Ihre Ziele nicht. Sie können nur etwas erreichen, wenn Sie mit uns Hand in Hand gehen. Ein Gutes hat die Kanalvorlage gehabt, es ist jetzt endlich anerkannt worden, daß die Anlagensverhältnisse an den großen Strömen geregelt und verbessert werden müssen. Wir danken dem Minister für Landwirtschaft für seine Erklärung. Wenn er aber weiter gesagt hat, die Meliorationen würden aber unterbleiben bei Ablehnung der Kanalvorlage, so trifft die Regierung dafür die Verantwortung. (Sehr richtig! rechts.) Das Interesse der Landwirtschaft leidet uns nicht bei der Beurteilung der Vorlage. Wir halten die Landwirtschaft durch die Vorlage nicht so sehr geschädigt, wenn wir auch andererseits keinen Vorteil für sie sehen. Wir treiben aber keine Politik der Sonderinteressen. (Lachen links.) Durch die Meliorationen wird sich wohl keiner für die Vorlage gewinnen lassen, wenn er sie sonst nicht für wichtig hält. Herr Wiemer sprach von einer Veräußerung dieser Vorlage mit außerhalb dieser Vorlage liegenden Gegenständen. Ich erkläre hiermit im Auftrage meiner politischen Freunde, daß es ein Ammenmärchen ist, wenn man behauptet, wir wollten unsere Stellung zur Kanalvorlage von der Gestaltung des Zolltarifs abhängig machen. (Lachen links.) Auch für uns ist der Grundtag heilig: publica salus suprema lex. (Beifall Bravo! rechts.)

Abg. Ehlers (fr. Bg.):

Meine politischen Freunde sind für die vor zwei Jahren eingebrachte Kanalvorlage eingetreten und werden auch für diese Vorlage stimmen. Wir halten dieses große Kanalunternehmen für einen wirtschaftlichen Segen für unser Vaterland und was die Beurteilung der finanziellen Folgen des Kanalbaus betrifft, so unterscheiden wir da Wort für Wort die gestrigen Ausführungen des Herrn Vizepräsidenten des Staatsministeriums. Die Frage ist, wie wir unser Ziel, die Annahme der Kanalvorlage am besten erreichen. In dieser Beziehung haben sich die Herren auf der Rechten bisher als geschickter erwiesen. Wir sind stets viel zu früh bereit gewesen, die Vorlagen der Regierung zu unterstützen und haben dafür nur Undank geerntet, wie die gestrige Rede des Herrn v. Miquel bewies. Dadurch, daß wir einfach für die Vorlage stimmen, erreichen wir nichts. Ich habe es daher schon ernstlich in Erwägung gezogen, ob ich nicht lieber zunächst gegen die Vorlage spreche soll. (Heiterkeit links.) um ihr das Odium zu nehmen, daß sie von den Freisinnigen zu sehr pouffiert werde. Herr v. Miquel muß ein großes Vertrauen auf die Haltung der Rechten haben, daß er und gestern so als quantitas negligible behandelte. Sollte das nicht der Fall sein, so würde er gut thun, uns doch wenigstens vorläufig etwas mehr mit Schonung zu behandeln. Wir wollen uns doch nicht darüber täuschen, daß es sich bei der Kanalvorlage um keine rein wirtschaftliche Frage mehr handelt, sondern um eine Frage, die heute eine hohe politische Bedeutung gewonnen hat. (Sehr richtig! links.) Die Herren der Rechten, die das bestritten, bringen doch Dinge vor bei der Kritik der Kompensationen, die mit der Kanalvorlage wenig zu thun haben. — Für einen Torso werden wir diesmal nicht zu haben sein. Vor zwei Jahren hatten wir schon eben beschloffen, der Regierung entgegenzukommen, als uns Herr v. Redlich in der „Post“ noch rechtzeitig belehrte, daß die Annahme des Torso den Verzicht auf den eigentlichen Mittelkanal bedeute. (Heiterkeit.) Jetzt werden wir uns die Sache doppelt überlegen.

Der Vorredner wies zwar entrüstet den Gedanken von sich, als könnten seine Freunde Sonderinteressenpolitik treiben. Aber Herr v. Redlich hat doch zu deutlich auf den Politikal hingewiesen. Vielleicht nimmt man in die Reichsverfassung einen Artikel auf, daß der Zoll unter 7 M. niemals heruntergehen darf. (Große Heiterkeit.) Ich glaube, das würde durchgehen. (Große Heiterkeit; Beifall links.)

Abg. Dr. Schütz-Böckum (natl.):

(auf der Tribüne sehr schwer verständlich) wünscht eine Kanalisierung der Mosel und der Lippe und weist dann auf die Ueberlastung der Eisenbahnen im Ruhrrevier hin. Auch der Mittelkanal ist für den ganzen westfälischen Industriebezirk notwendig. Nehmen Sie die Vorlage ab, so wird der Riß zwischen Osten und Westen unserer Monarchie noch größer, als er leider heute schon ist. Die trennende Ablinie ist nicht wünschenswert. Der Kanal kann die Verbindung bringen. Nehmen Sie die Vorlage an. (Beifall links.)

Abg. Stengel (fr.):

In der Vorlage ist diesmal von Kompensationen nicht die Rede und das ist auch richtig. Wenn die Teile, welche die Landeskultur-Meliorationen, die Vorflutverbesserungen umfassen, abgetrennt würden, so würde ich ihm ohne weiteres zustimmen. Auch den Groß-Schiffahrtskanal Berlin-Stettin halte ich für notwendig. Dem Rhein-Elbe-Kanal lege ich nicht die große Wichtigkeit für das Gesamtwohl der Monarchie bei. Für den Kohlentransport halte ich den Wasserweg nicht für geeignet. Er nimmt lange Zeit in Anspruch. Gegen den Mittelkanal haben wir auch große Bedenken, weil er so viel andre Projekte nach sich ziehen muß. Unsere Finanzen sind doch nicht so günstig, solch ungemessene Unternehmungen durchzuführen. Dann würde die Schuldlast ins Unermeßliche steigen und das ist um so bedenklicher, als wir gewärtigen müssen, daß der Dampfbetrieb auf den Eisenbahnen in elektrischen umgewandelt werden wird, was wieder eine Menge Geld kostet. Die Erfahrungen, die man mit dem Dortmund-Emskanal gemacht hat, sind nicht günstig und ermutigend für weitere Kanalbauten. Ich stehe auf dem Standpunkt des Kaisers, aber unsere Zukunft liegt nicht auf dem künstlich unseren Flußläufen entzogenen Kanalwasser, sondern auf den die Völker verbindenden Ozeanen. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb sind wir für eine starke Flotte, haben aber unsere schweren Bedenken gegen Ausgaben, deren Produktivität wir bezweifeln und die unser Staatswesen in arge Verlegenheit bringen können. (Beifall rechts.)

Minister von Thielen:

Selbst Herr Abg. Stengel hat die Möglichkeit nicht ganz von der Hand gewiesen, daß er sich in der Kommission noch zur Vorlage bekehren werde. Daß dieser Gedanke überhaupt in den gegnerischen Reden zum Durchbruch kam, betrachte ich schon als eine ganz bedeutende Errungenschaft. (Heiterkeit.) Wir ist der Widerstand gegen die Vorlage unbegreiflich. Lesen Sie doch, was der Abg. Windthorst über die Kanäle gesagt hat, lesen Sie, was der Führer der Konservativen, Herr v. Rauchhaupt, gesagt hat. Beide standen genau auf dem heutigen Standpunkt der Staatsregierung. Herr Stengel sagte, das Mittelkanal werde isoliert bleiben. Das ist nicht richtig. Er geht durch die geeignetsten Gefilde unsres mittleren Deutschlands und von rechts und links werden sich ihm mit der Zeit die Zubringer und Verkehrswege angliedern. Er ist das Rückgrat, an das sich von allen Seiten die Verkehrsadern anschließen. Man hat auf Amerika hingewiesen. Wenn dieses Land die Kanäle vernachlässigt hat, so liegt das daran, daß Amerika keine Staatsbahnen, sondern Privatbahnen hat, die sich gegenseitig bekämpfen und Kanäle nicht aufkommen lassen. Herr Stengel hat auf den verhältnismäßig geringen Verkehr auf dem Dortmund-Ems-Kanal hingewiesen. Wenn dieser Kanal über die Kinderkrankheiten noch nicht hinaus ist, so liegt das daran, daß er ein Torso ist. Redner schlägt mit einer Polemik gegen den Abg. v. Pappenheim, die einzelnen Ausführungen bleiben auf der Tribüne unverständlich.

Minister v. Miquel

polemisiert gegen den Abg. Wiemer, der die Eisenbahnen nicht sozialisch betrieben wissen wollte. Bei solch großen Betrieben müssen im Verhältnis zum Risiko Ueberhörsche erzielt werden. Im westfälischen Industriebezirk wird der Ausbau der Eisenbahnen immer teurer. Die Wasserstraße ist hier bedeutend billiger. Die Kanäle sind der Landwirtschaft durchaus förderlich. Der Landwirtschaft kann nur durch billigere Transportmittel für die Produkte genügt werden. Ueber die finanzielle Entwicklung Preußens in den nächsten 15 Jahren braucht sich Herr v. Redlich keine Sorgen zu machen. Der Hoffnung bin ich, obwohl ich auch nicht weiß, was für Schwachzige, Querzöge ihm in den 15 Jahren bevorstehen werden. Wegen Schwankungen der Zukunft hatte ich uns durch einen Ausgleichsfonds schützen wollen. Er ist abgelehnt worden, aber es ist auch so ganz gut gegangen. Unsere Betriebsverwaltungen bedürfen einer Garantie. Aber wir haben kein andres Mittel als die Festigkeit der Minister und die Weisheit dieses hohen Hauses. (Große Heiterkeit.) Gegen eine gesetzliche Festlegung der Tarife auf den Kanälen muß ich mich energisch erklären. Das kann auch in die Hand der Regierung gelegt werden, sie muß Beweglichkeit in der Tarifsetzung haben. Das Haus hat ja so wie so einen großen Einfluß auf die Regierungsmassnahmen. Machen Sie nur immer den richtigen Gebrauch davon. (Beifall.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. In einer persönlichen Bemerkung verwarft sich Abg. Freiherr v. Redlich gegen die Annahme, daß er von der Erhöhung der Gewerbesteuer das Schicksal der Kanalvorlage abhängig mache. Er habe nur gelagt, um eine so bedeutsame wirtschaftliche Frage, wie die Kanalvorlage, übersehen zu können, muß man vorher wissen, wie sich die ganze Wirtschaftspolitik der Zukunft gestalten werde. Eine zeitliche Bestimmung brauche durchaus nicht unzulässigen Zusammenhang bedeuten. (Lachen links.) Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 5 Uhr.

Versammlungen.

Der Centralverband der Zimmerer Deutschlands (Zahlstellen Berlin und der Vororte) hielt am Sonntagvormittag seine Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Die Abrechnung der Verbands-Zahlstelle Berlin für das 4. Quartal, die der Kassierer H. Kinde erstattete, ergab inf. des alten Bestands von 3061,39 M. eine Gesamteinnahme von 8077,19 M. Die Ausgaben, darunter an die Hauptkasse abgeführt 3800,92 M., betrug insgesamt 4721,30 M., so daß ein Kasienbestand von 3335,80 M. verbleibt. Der dritte Fonds der Zahlstellen Berlins und Umgegend weist inklusive des alten Bestands von 20 145,83 M. eine Einnahme von 26 151,28 M. auf, der eine Ausgabe von 4474,96 M., darunter 2504.— M. an den Streikfonds, gegenübersteht. Der Bestand des örtlichen Fonds betrug am 14. Januar d. J. 21 676,82 M.

Dem Bericht des Vorstands, den der Vorsitzende H. Knäuper erstattete, und dem gedruckten umfangreichen Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß zum erstenmal seit langer Zeit inaktiviert werden kann, daß ein Jahr verfließen ist, ohne daß es im Zimmerergewerbe in Berlin und den Vororten zu schweren, wirtschaftlichen Kämpfen gekommen ist. Der Verband hat in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen und auch die Zahl der Mitglieder ist erheblich gestiegen. Die Folge davon war, daß die Unternehmer gezwungen waren, die Organisation der Berliner Zimmerer anzuerkennen und mit dieser Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu treffen, die es ermöglichten, für das Zimmerergewerbe wenigstens einigermaßen stabile Verhältnisse zu schaffen. Im verflorenen Jahre haben keine Lohnabzüge stattgefunden, wie das sonst alljährlich, insbesondere bei Eintritt in die schlechtere Geschäftskonjunktur geschah, und es waren demzufolge auch keine Streiks und Platzsperrn notwendig. Allerdings hat trotzdem die

Bewegung nicht stille gestanden, sie ist nur durch das Vertragsverhältnis in andere Bahnen eingelenkt und hat andere Formen angenommen. Laut Vertrag müßte am 1. Januar der Stundenlohn von 60 auf 62 1/2 Pf. erhöht werden. Bei 56 Unternehmern, darunter befinden sich 14 Mitglieder des Verbands der Baugeschäfte, mußte die Kommission vorzeitig werden, weil sie den Lohn nicht erhöht hatten. 88 Unternehmer gaben der Intervention der Richter-Kommission ohne weiteres statt, die anderen bis auf sechs Unternehmer leisteten einer weiteren Aufforderung Folge und zahlten auch den Fehlbetrag vom 1. Januar ab nach. Seit Abschließung des Vertrags, der sich fast auf sämtliche Orte in der Umgebung Berlins erstreckt, sind die bisher üblichen Klagen, nachdem auch hierüber eine Verständigung in der Richter-Kommission stattgefunden hat, zum großen Teil im Interesse der Arbeiter selbst verschwunden. Die Verhandlungen über den Arbeitsnachweis sind infolge des Verhaltens der Unternehmer, die hierbei Sonderzwecke verfolgen, bisher gänzlich gescheitert und es ist demnach keine Aussicht vorhanden, daß in der nächsten Zeit ein für beide Teile brauchbarer Arbeitsnachweis für das Baugewerbe in Berlin und den Vororten erreicht wird. Die Agitation der Unternehmer für die Einführung der bekannten, sogenannten Streiklausel hatte zur Folge, daß auch die Zimmerer eine rege Gegenagitation entfalteten und sich ebenfalls an die in Betracht kommenden Körperschaften um Abklärung der Unternehmer-Forderungen wandten. Trotzdem die Unternehmer den Arbeitern die Arbeitsruhe am 1. Mai verbieten wollten, wurden doch an 1845 Mitglieder, welche den 1. Mai gefeiert haben, Marken ausgegeben. 49 Mann wurden deswegen gemahnt, konnten aber in den nächsten Tagen wieder in Arbeit gebracht werden.

Bereits am 20. September v. J. hat der Verband der Baugeschäfte die Organisation der Zimmerer aufgefordert, zu erklären, ob sie auf eine Verlängerung des Vertrags eingehen will und daß sie event. Abänderungsanträge einreichen soll. Von den Arbeitern sind die Anträge auch eingereicht worden; die Vertreter des Verbands der Baugeschäfte erklärten aber, daß sie sich hierzu noch nicht äußern könnten und ist dies auch bis jetzt noch nicht geschehen. Innerhalb des Geltungsbereichs des Vertrags kam es im vergangenen Jahr nur in drei Fällen zur Arbeitseinstellung und zwar weil der vertragmäßige Lohn nicht bezahlt wurde; doch wurde schon nach kurzer Arbeitsruhe die Forderung bewilligt. Außer diesen sind noch einige Arbeitseinstellungen in verschiedenen Orten von längerer Dauer zu verzeichnen. In 247 Fällen insgesamt wurde das Bureau wegen ausgebrochener Differenzen der verschiedensten Art in Anspruch genommen. 89 Fälle konnten auf schriftlichem Wege erledigt werden, bei den übrigen mußten Vertreter der Organisation persönlich eingreifen. Ferner wurden vom Bureau 84 Klagen- und Berufungsschriften für das Gewerbegericht, Schiedsgericht der Unfallversicherung und an das Reichs-Versicherungsamt angefertigt, in vielen Fällen die gewünschte Auskunft erteilt; 582 Personen konnte durch das Bureau Arbeit nachgewiesen werden.

Neben der großen Zahl Vorstandssitzungen hat die Verbandsleitung im vergangenen Jahre 10 und die Arbeitnehmer-Beisitzer der Richter-Kommission 5 Sitzungen abgehalten. Zum Zweck der Agitation haben in der Provinz Brandenburg 106 Versammlungen stattgefunden. Die Mitgliederzahl ist von 2054 auf 2529 gestiegen. Die Sammlungen zum örtlichen Fonds betragen im vergangenen Jahr inf. des alten Bestands von 12 106,89 M. insgesamt 35 612,84 M. Die Ausgaben, darunter 4904 M. an den Streikfonds und 2000 M. an streikende Gewerkschaften, betragen insgesamt 18 936,52 M. Die Zahlstelle Berlin hatte außerdem eine Einnahme von 24 981,54 M. und eine Ausgabe von 21 806,65 M. zu verzeichnen. Die Arbeitslosen- und Krankenstatistik ergab, daß von den 1626 Verbandsmitgliedern, die sich dauernd an der Statistik beteiligten, 657 Mann zusammen 2659 Wochen arbeitslos waren. Die Zahl der Krankenwochen betrug bei den 1626 Zimmerern 1921. Die ungeheure hohe Krankheitsziffer ist zweifellos in der Hauptsache auf Berufskrankheiten und Unfälle zurückzuführen. Die im Oktober vorgenommene Baukontrolle hat denn auch ergeben, daß Schutzvorrichtungen für den Zimmermann nur selten im genügenden Maße vorhanden, und daß die Unterkunftsräume auf Bauten und Holzplätzen im allgemeinen sehr schlecht beschaffen sind. Die Folge hiervon ist

Erkrankung der Atmungsorgane, Rheumatismus, Darm- und Magenleiden. Dem Stadtbaurat Lindemann ist einer Deputation der Bauarbeiter die Berücksichtigung ihrer Wünsche bei der Neubearbeitung der Bauarbeiter-Verordnung zwar versprochen worden, vom Polizeipräsidenten, dem die Anträge schriftlich unterbreitet wurden, ist jedoch bis heute noch keine Antwort erfolgt.

Nach einer kurzen Diskussion über den Geschäftsbericht, in dem man auch die Tätigkeit des Vorstandes lobend anerkannte, wurden H. Knäpper als erster Vorsitzender und H. Kube als erster Kassierer einstimmig wiedergewählt. Ferner wurden gewählt: Zappert erster, Schäg zweiter Schriftführer, Witte zweiter Vorsitzender, Wellso zweiter Kassierer, Kirchoff, Münchow und Krehmer als Revisoren, Lenz und Rosenow als Kontrolleure. Die von den einzelnen Bezirken gewählten 13 Bezirkskassierer wurden von der Versammlung bestätigt. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurden den Glasprellenmachern 40 M., den Spigenwebern in Calais 160 M. bewilligt.

Die diesjährige Generalversammlung des Vereins Berliner Tischlermeister hat unter reger Beteiligung in den Annalen stattgefunden. Der Verein hat im letzten Viertel des vorigen Jahres das Ableben von 15 Mitgliedern zu beklagen, deren Tüden in üblicher Weise geehrt wurde. Vorstand, Agitationskommission und Hofvertrauensleute haben nach dem von Vorsitzenden Knäpper erstatteten Geschäftsbericht für 1900 es an erster Arbeit zum Gedeihen der Organisation nicht fehlen lassen. Der Erfolg ist nicht ganz ausgefallen. 76 neue Mitglieder wurden im letzten Jahr für den Verein gewonnen; die Gesamtzahl der zahlenden Mitglieder betrug am Schlusse des Jahres 1900 1346. Die Kassenverhältnisse waren befriedigend, das Gesamtvermögen des Vereins belief sich am Schlusse des Jahres auf 9410,94 M. Das Vereinsbureau, Schützenstr. 88, hat auch im abgelaufenen Quartal eine emsige Tätigkeit entfaltet. Allein 502 Korrespondenzen waren zu erledigen und 159 Protokolle anzunehmen. An Fundgegenständen wurden 496 eingeliefert, von diesen 234 von den Vereinskassen und von denselben 373,45 M. Fundgeld bezahlt. Dieses von dem Vereine so lange unterhaltene Fundbureau wird nunmehr laut Beschluß der Generalversammlung aufgehoben werden, da die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Behandlung der Fundgegenstände ein weiteres Bestehen des Bureaus nutzlos erscheinen lassen. Am 15. Februar d. J. wird daselbst seine Tätigkeit einstellen. Nach Erledigung dieser Angelegenheit und Entlassung des Vorstandes schritt die Generalversammlung zur Neuwahl der Vorstandmitglieder sowie verschiedener Kommissionen. Die vollzogene Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Knäpper, erster Vorsitzender; A. Becker, Stellvertreter; A. Heuschel, Kassierer; G. Plücher, Stellvertreter; A. Müke, Schriftführer; C. Palm, Stellvertreter; C. Kranz, F. Müller und P. Dugge, Beisitzer. Zu Revisoren wurden A. Schulze, R. Kölle und E. Thrams bestellt.

Charlottenburg. Am Donnerstag, den 31. v. M., fand in der Gambrius-Bräuerei eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in der H. J. Imle für die Konsumvereinsfrage agitierte. Unter Vorsitzenden wurde noch über die Wohnungsnot und Hausbesitzer-unverschämtheiten berechtigte Klage geführt. Unter anderem wurde mitgeteilt, daß es einem mit sechs Kindern „gelegenen“ Arbeiter nicht möglich sei, eine Stube und Küche für 30 Mark monatlich zu erhalten.

Centralverband der Konditoren. Heute abend Versammlung bei Schilder, Rosenhaldenstr. 57.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. **Rechtlich.** Der Postzeit ist im vorigen Jahre auf dem Verhandlung der Schutzmann ausgegeben. **Bücher.** Jureit bei der Volk in Berlin 75 M. monatlich. Abzüge jährlich 6-7 M. - Ein Schutzmann steht uns nicht zur Verfügung. **G. S. Unbekannt.** **W. M. 1.** Sie können Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft stellen und falls diese mangels öffentlichen Interesses ein Einschreiten ablehnt,

Schereiß Privatklage wegen Beleidigung erheben. Dem Betroffenen steht der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zu, so daß eine Beurteilung nur erfolgen würde, wenn nachgewiesen wird, daß er wider besseres Wissen in beleidigender Absicht so wie geschehen angeklagt hat. - **S. Sch. 4.** Eine Reklamation wäre nutzlos. Es wird zum Lohn (300 M.) freie Wohnung und Essen mit 1 M. 25 Pf. oder 1 M. 50 Pf. pro Tag zugerechnet. Dadurch wird als Einkommenshöhe der Betrag von 600 bis 900 M. erreicht. - **Wegener.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage. Eine solche liegt nicht vor. Der von Ihnen eingeschlagene Weg ist der denkbar unpraktischste. Es ist leicht möglich, daß die Klage eine Quittung bei der Fülle von Briefen übersehen wird. Ueberdies erhalten Sie durch Vernichtung der Sprechstunde keine Antwort, als auf eine briefliche Anfrage.

**G. U. Wenden Sie sich an die nächste Betriebs-Reinigungs-Kommission.** - **C. D. Stralauerplatz.** Wie ein Testament zu errichten ist, ist ausführlich im Briefkasten des „Vorwärts“ vom 30. Januar unter H. S. C. dargelegt. Sie mühten Ihrer Mutter den Willen lassen, also in dem Testament zunächst sagen: Als Erben setze ich ein (nun der Name dessen, den Sie einsetzen wollen), sodann: ferner setze ich meine Mutter zur Erbin ein, lege die jedoch auf den gesetzlichen Pflichtteil. - **H. D.** Folgende Form genügt in Ihrem Falle: Berlin, den 2. Februar 1901. Ich und meine Ehefrau setzen als alleinige Erben ein: 1. und gegenseitig, 2. die- jenigen Kinder, welche von und nach erzeugt oder geboren werden sollen, 3. meine, des Ehemanns, und meiner, der Ehefrau, Eltern. Die Eltern sollen sich mit dem Pflichtteil begnügen.“ Hierunter kommt des Mannes Name. Sodann folgt, von der Frau ge- und unterzeichnet: Dieses Testament soll auch als mein Testament gelten. Berlin, den 2. Februar 1901.“ Unterschrift der Ehefrau. Neben Ihre Eltern nicht mehr, so fällt Nr. 3 fort. Im übrigen siehe unter H. S. C. des „Vorwärts“ vom 30. Januar wegen der Art der Testamentverrichtung. - **W. Sch. Rein.** - **S. H. 18.** - **S. H. 20.** - **G. H.** Der Mietschein ist, dessen Geltungsdauer in der Nummer vom 16. Januar ausführlicher dargelegt ist, beträgt bei einer Miete bis zu 500 M.: nicht, bei einer von mehr als 500-1000 M.: 50 Pf., bei einer Miete von mehr als 1000-1500 M.: 1,50 M., bei 1500-2000 M.: 2 M., und so fort für je 500 M. Miete je 50 Pf. Stempel mehr. Dieser Mietschein ist 18 x 11 cm zu entrichten. Voranlegung für die Entrichtung des Stempels ist, daß ein schriftlicher oder durch Briefwechsel zu hande gesommener Mietvertrag vorliegt und daß der Betrag eine dahin gehende Bestimmung enthält, daß das Mietverhältnis unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. im Falle einer innerlich oder bestimmten Zeit nicht erfolgten Kündigung) als verlängert gelten soll. Der Stempel ist vom 1. Januar bis 1. Januar des 1. Jahres zu entrichten. Die häufig erziehende Streitfrage: wie viel ist zu zahlen, wenn der Betrag nicht vom 1. Januar bis 1. Januar, sondern beispielsweise vom 1. April bis 1. April läuft, ist wie folgt in höchster Instanz entschieden. Kauft der Vertrag vom 1. April bis 1. April beispielsweise bei einem Mietschein von 1400 M. jährlich, so ist für die Zeit vom 1. April bis 1. Januar 1900 M., mit 1,50 M., für die Zeit vom 1. Januar bis 1. April nachmal 50 Pf. entrichten (nicht 1,50 M.). Darf der Betrag die Wohnung bereits am 1. Januar vermietaet und daher 50 Pf. für die Zeit vom 1. Januar bis 1. April vermietaet, so hat er nur 1 M. für den neuen Mietvertrag zu zahlen. In Ihrem Falle, G. H., ist daher höchstens 50 Pf., wahrscheinlich nichts für die Zeit vom 1. Januar bis 1. April zu zahlen, da Sie ja schon für das vorhergehende Jahr die 50 Pf. gezahlt hatten. Sie, S. H. 30, haben 50 Pf. für jedes Jahr, insgesamt also 2 M. zu zahlen. Sie, S. H. 78, haben nur 50 Pf., nicht 1 M., zu zahlen, denn der Mietschein des im Oktober begonnenen Vertrags beträgt 300 M. Der Betrag hat für jedes Jahr, beginnend am 1. Januar 50 Pf. zu zahlen. Der Stempel, der auf den Vertrag Ihres Mietsorgängers entfiel, betrug 50 Pf.; dadurch war die Zeit vom 1. Oktober bis 1. Januar mitbezahlt. Bei der Entscheidung der Streitfrage über die Höhe des Mietscheins ist daran festzuhalten und in mehreren Entscheidungen des Finanzministeriums daran festgehalten, daß dem Staat gegenüber allein der Vermieter für den Stempel haftet und daß für den Vermieter der Stempel für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Januar ohne Rücksicht auf die Periode des Mietes zu zahlen ist. - **W. Kiemals.** - **30. W. W.** 1. Ihre Streifschreiber können Sie an Kindesstatt annehmen (Adoption), der Adoptionsantrag bedarf der Befähigung des Amtsgerichts und der Zustimmung Ihrer Ehefrau. Der Adoptierende muß mindestens 50 Jahre alt und mindestens 18 Jahre älter als das Adoptivkind sein. Jedoch ist Dispensation von dieser Vorschrift zulässig. Der Adoptionsakt kostet 50 M. 2. Die Eheleute können als Erben sich gegenseitig und die Tochter einsetzen. Es genügt für Sie also etwa folgende Form: Berlin, den 2. Februar 1901. Ich und meine Ehefrau setzen als alleinige Erben ein: 1. und gegenseitig, 2. das Kind der Ehefrau, Namens ... Hier folgt Unterschrift des Ehemanns. Sodann dieses Testament soll auch als mein Testament gelten, Berlin, den 2. 1901.“ folgt Unterschrift der Ehefrau. Ueber die Art der Testamentverrichtung ist das Nähere im „V.“ vom 30. Januar unter H. S. C. dargelegt. Sprechst. Sie mit dem Testamententwurf eventuell in der juristischen Sprechstunde gelegentlich vor.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am Freitag, den 1. Februar, verstarb an der Folgen eines Unfalls unser Mitglied, der Holzleger **August Tauchmann.**  
Ihre feinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Hions-Kirchhofs in Hieders-Schönhausen aus statt. 111/12  
**Die Ortsverwaltung.**

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer**  
G. S. Pilsale Roabiter-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

**A. Pubanz**  
im Alter von 50 Jahren am 3. d. M. nach längerem Leiden verstorben ist.  
Ihre feinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 6. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle der Heilands-Gemeinde in Hieders aus statt.  
553/2 **Die Ortsverwaltung.**

Für die große Teilnahme bei der Beerdigung unserer geliebten Tochter **Clara Neumann** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Schächterischen Gesangsverein der Eiser und Kollegen der Schächter u. Wollerschen Badst, unsern herzlichsten Dank. 24716  
**August Neumann nebst Frau.**  
Schützengasse Paul Arendt.

**Kranken-Begräbnisstätte der Schützengasse-Gehilfen Berlin.**  
Donnerstag, den 21. ds., ab 7 Uhr,  
**Generalversammlung**  
bei Zimmermann, Wilhelmstr. 2.  
Tagesordnung:  
1. Halbjahresbericht. 2. Jahresabrechnung. 3. Bericht des Vorstandes. 4. H. K. Jost.

**Herren-Vortrag**  
**Carl Bruckhoff,** Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Nervenleiden“ Mittwoch, d. 6. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der „Harmonie“, Invalidenstr. 1a. Nur Herren! Eintritt frei! Eine Teilerhebung. 24766

**Cigaretten** in allen Preislagen v. 2 M. an p. 100 St. Garantie für reines und gute Ware, nicht können, wird zurückgenommen. Cigaretten p. 100 St. v. 50 Pf. bis 3 M. Versand p. Nachnahme b. 300 St. frei.

**Th. Förster,** Cigaretten-Import und -Verband. Liegnitz. 17542

**III. Wahlkreis.**  
Donnerstag, den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Messpalast, Alexandrinenstraße 110:  
**Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises.**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Franz Tatzauer** über: „Wie ein Gewerbegerichts-Gesetz sein soll“. 2. Diskussion. 242/4  
Um zahlreiche Beteiligung erucht **Der Vorstand.**

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Allee 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.  
Mittwoch, den 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Vertrauensmänner-Konferenzen.**  
Für den Osten  
im Lokal des Herrn Bartel, Gr. Frankfurterstr. 18.  
Für den Westen  
im Lokal des Herrn Werner, Bälowsstrasse 59.  
111/11 **Die Ortsverwaltung.**

**Achtung! Schmiede! Achtung!**  
Donnerstag, den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Roabiter Klubhaus, Beusselstraße Nr. 9:  
**Gr. öffentliche Versammlung der Schmiede Berlins und Umgegend.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Paul Jahn.** - Diskussion. 2. Verschiedenes. Kollegen! Erscheint recht zahlreich in dieser Versammlung. **Der Einberufer.**

**Volkstümlicher Klassiker-Abend.**  
(Dichter und Komponisten: Klopstock, Lessing, Wieland, Herder, Schiller, Goethe, Brechtel, Schubert, Schumann u. a.)  
Mittwoch, den 6. Februar 1901, in Cohns Festsälen, Beuthstrasse 20:  
Preis 30 Pf. Beginn: Punkt 7 1/2 Uhr. Garderobe frei.  
Programm mit Liedertext 5 Pf.  
Billets sind zu haben in der Buchhandlung von **Th. Mayhofer,** Weindbergweg 15b und in **Challiers Musikhandlung,** Beuthstr. 10. Abendkasse findet nicht statt. (2345b)

**Centralverband der Maurer etc.**  
(Zahlstellen Berlin und Umgegend).  
Freitag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, in Louis Kellers Festhale, Koppenstraße 29:  
**General-Versammlung**  
aller zum Streikgebiet Berlins und Umgegend gehörigen Zahlstellen des Centralverbandes der Maurer.  
Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht der Verbandsleitung vom Jahre 1900. 2. Neuwahl der Verbandsleitung, Revisoren und Beitragsammler. 3. Bericht und Neuwahl der Beschwerdekommision. 4. Mitgliedsbuch legitimiert. - Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 136/10  
Um das Erscheinen aller Verbandsmitglieder erucht **Die Verbandsleitung.**

**Centralverband der Maurer etc.**  
(Zahlstellen Berlin und Umgegend).  
Freitag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, in Louis Kellers Festhale, Koppenstraße 29:  
**General-Versammlung**  
aller zum Streikgebiet Berlins und Umgegend gehörigen Zahlstellen des Centralverbandes der Maurer.  
Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht der Verbandsleitung vom Jahre 1900. 2. Neuwahl der Verbandsleitung, Revisoren und Beitragsammler. 3. Bericht und Neuwahl der Beschwerdekommision. 4. Mitgliedsbuch legitimiert. - Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 136/10  
Um das Erscheinen aller Verbandsmitglieder erucht **Die Verbandsleitung.**

**Centralverband der Maurer etc.**  
(Zahlstellen Berlin und Umgegend).  
Freitag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, in Louis Kellers Festhale, Koppenstraße 29:  
**General-Versammlung**  
aller zum Streikgebiet Berlins und Umgegend gehörigen Zahlstellen des Centralverbandes der Maurer.  
Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht der Verbandsleitung vom Jahre 1900. 2. Neuwahl der Verbandsleitung, Revisoren und Beitragsammler. 3. Bericht und Neuwahl der Beschwerdekommision. 4. Mitgliedsbuch legitimiert. - Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 136/10  
Um das Erscheinen aller Verbandsmitglieder erucht **Die Verbandsleitung.**

**Achtung! Achtung!**  
**Händler u. Händlerinnen, sowie Arbeiter u. Handwerker!**  
Freitag, den 8. Februar, abends 8 Uhr:  
**Zwei große Protest-Versammlungen.**  
1. **Cohns Festhale,** Beuthstr. 20. 2. **Rimanns Festhale,** Brunnstr. 188. Referenten: **Schulke und Martini.**  
Tages-Ordnung:  
1. Wie stellen sich die Händler und Händlerinnen, sowie Interessenten und Konsumenten zu der neuen Petition unserer Gegner des Strafhandels? 2. Diskussion. 24705  
Händler und Händlerinnen, wenn es unsren Feinden gelingt, uns durch ihre Petition und Anfeindungen von der Straße zu bringen, so sind wir kritiklos und der Armenunterstützung zugewiesen; darum erdient alle Mann für Mann. Zur Dedung der Unkosten findet Teilerhebung statt. **Die Agitationskommission.** J. K.: Otto Schultz, Turnstr. 18.

**Zähne 1,50 Mk.**  
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 M., 10 Jahre Garantie nur 1 M. Strahe 97 H, nahe Vorplatz. 1922\*

**Patzenhofer Bock!**  
Der Ausstoss unsres diesjährigen **Bockbieres** hat begonnen.  
**Patzenhofer Brauerei**  
Spandan Berlin Fürstenwalde.

**Zähne 2 M.,**  
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 M., 10 Jahre Garantie nur 1 M. Tellzahl wöchentlich 1 M. **Alfred Apenberg,** Invalidenstrasse 33, Nähe Stettiner Bahn. Spr. 9-7. Reparatur sofort. [\*]

**Hoffmanns Salon,**  
Königsstr. 8.  
Besonderer Umhang halber ist der 2. Ofertag für Matineen frei. 17692\*

**Breslauer Korn**  
1) a Str. 60 Pf., 80 Pf., 1,00 M. a Str. Tagd-Korn 1,50 M.  
**Paul Glatzel, Breslau X.**  
Getreide-Korn-Brennerei. 142/5\*

**Maskengarderobe**  
von Adolf Runge,  
Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075,  
empfehlend den Herren keine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage. Großes Lager von Karneval-Kostümen.

**Masken**  
Kostüme-Verleihbazar  
größte Auswahl, billige Preise  
**Fr. C. Frommholz**  
Grafenstr. 78, Ecke Adersstr.

Überliefere den Herrschaften Speisekartoffeln v. Gr. 3,75 M. fr. Sand. Kartoffel-Verkaufs-Verandgeschäft von **Wilh. Geick,**  
Kudows-Marktstraße Stand 29/34.  
Buckower  
Friedrichsbergstr. 26. 152/2

**Riesen-Stofflager**  
Krausenstr. 14 I. Etage,  
fertigt nach Maß unter garantiertem Sitz:  
Godelegante Winterpaletots für 36 M.  
Godelegante Anzüge für 30 M.  
Godelegante Bekleidungs für 10-12 M.

**Künstl. Zähne 2 Mark** bekannt vorz. Plombieren, Schmerzloses Zahnziehen. Reparaturen in 2 Stunden, mit Wunsch während der Nacht! Sprechzeit 8-8.  
**H. Lange,** Blumenstraße 25, Ecke Marktstraße.

**Stempel-Abritt**  
von 4829\*  
**Robert Hecht,**  
Berlin S.,  
Cranienstr. 143,  
liest schnell und billig alle Arten

**Stempel**  
in bester Ausführung.  
**Kaufstempel-Typen „Perfekt“**  
zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an

**Möbelstoffe!!**  
alle Qualit. selten billig!  
Godelegant!  
**Mocquett-Plüsch 5,35 M.**  
per Meter (130 Centimeter breit).  
Wäcker bei näher. Angabe franco.  
Berlin S.,  
**Emil Lafèvre, Cranienstr. 158.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.** Mittwoch, den 6. Februar. Cyprianus. Cavalleria rusticana. ... **Thalia-Theater** ... **Carl Weiss-Theater** ...

**URANIA** \* \* \* Taubenstr. 48/49. Im Theater Mittwochabend 8 Uhr: **Aus dem Tagebuch der Erde.** ... **Invalidenstr. 57/62. Tägliche Sternwarte.**

**CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. Neue aktuelle Serie **lebender Photographien.** ... **Passage-Theater** Unter den Linden 22. **D-Vorstellung** ...

**Passage-Theater** Unter den Linden 22. **D-Vorstellung** ... **17 erstklassige Spezialitäten** ... **Rosendienstag.**

**Schiller-Theater** (Waller-Theater). Mittwochabend 8 Uhr: **Der Herr Senator.** ... **Central-Theater.** Zum 500. Male: **Die Geisha.**

**Central-Theater.** Zum 500. Male: **Die Geisha.** ... **Metropol-Theater.** Heute Mittwoch, 6. Febr. 3. Gastspiel **Yvette Guilbert.**

**Metropol-Theater.** Heute Mittwoch, 6. Febr. 3. Gastspiel **Yvette Guilbert.** ... **Palast-Theater** ... **Emmy Kröcher** ... **Valentine Petit** ...

**Cirkus Busch** Mittwoch, den 6. Februar, abends 7 1/2 Uhr: **Elite-Gala-Abend.** ... **Die eiserne Mäste.**

**Wo amüsiert man sich grossartig?** Hasenheide 21 und Jahnstr. 8 in **Schnegelsberg** ... **Cirkus Schumann.** Heute Mittwoch, 6. Februar, abends 7 1/2 Uhr: **Gala-Vorstellung.**

**Internation. Preis-Ringkämpfe** um die Preise von 2000 Mark! ... **Marienburger Geld-Lotterie** 9840 Geldgewinne im Betrage von **365,000 Mark.**

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel** Karlsruherstr. Sonntag 7 Uhr. ... **Reichshallen Steffner Sänger.** Heute zum Schluss: **Cavalleria schufficiana.** ... **Sanssouci** Donnerstag, Sonntag und Montag: **Hoffmanns Nordd. Sänger.**

**Passage-Panopticum und Theater.** Die 12 unverbrennb. Fakire **General Baum**, der fleischige Mann der Welt. ... **W. Noacks Theater.** Brunnenstraße 16. Wegen Privatfeiligkeit keine Vorstellung.

**W. Noacks Theater.** Brunnenstraße 16. Wegen Privatfeiligkeit keine Vorstellung. ... **Deutsche Konzerthallen** An der Spandauer Brücke 3. Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**

**Deutsche Konzerthallen** An der Spandauer Brücke 3. Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.** ... **Bock-Anstich.** Täglich grosse Spezialitäten-Vorstellung.

**Thalia-Theater** Trebbenerstr. 72. Heute und folgende Tage: **Amor von heute.** ... **Carl Weiss-Theater** Gr. Frankfurterstr. 132. Zum letztenmal: **Lumpscivagabundus.**

**Apollo-Theater.** Kolossaler Erfolg: **Emmy Kröcher** Les Minstrels parisiens **Valentine Petit** The 3 Nightons

**Palast-Theater** früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Durchweg neues Programm. ... **Emmy Kröcher** Les Minstrels parisiens

**Marienburger Geld-Lotterie** 9840 Geldgewinne im Betrage von **365,000 Mark.** ... **Oscar Bräuer & Co. Nachf.,** Geschäft Bank, Berlin W., Friedrich-Strasse 181. Filiale NW., Wilsnacker-Strasse 63.

**Kleine Anzeigen.** Jedes 5 Pfennig. Wort: 5. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

**Verkäufe.** Restauration, gutes Geschäft, wegen Krankheit meiner Frau sofort zu verkaufen. ... **Neue Zeit,** Jahrgang 90/91 bis inkl. 97/98, komplett und sauber, zu verkaufen. ... **Wardienhaus** Großfrankfurterstr. 9, portiere. 23465

**Nähmaschinen** sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. ... **Wirtschaft,** Kubbaum, Ispothling, auch einzeln Gartenstraße 148, I. und II. ... **Wardienhaus** Großfrankfurterstr. 9, portiere. 23465

**Francis Leçons** 0,75. Professor Parisien Pommeret, Breitestr. 19. ... **Photographie,** sechs Bist ein Kabinett 2 Mark 50, ohne Preis-erhöhung bei Kindergruppen. ... **Wardienhaus** Großfrankfurterstr. 9, portiere. 23465

**Bereinzimmer** zu vergeben, 50-100 Personen, bei Jantonsstr. ... **Stellenangebote.** **Schloherlehrling** sucht August ... **Wardienhaus** Großfrankfurterstr. 9, portiere. 23465

**Stellenangebote.** **Schloherlehrling** sucht August ... **Wardienhaus** Großfrankfurterstr. 9, portiere. 23465

**Achtung Theaterarbeiter!** Der Streik im Friedrich-Wilhelm- ... **Achtung! Stuccateure!** Bei den Hünen Jäckel, Herri- ... **Achtung! Tischler!** In der Möbelfabrik von Aluf, ... **Achtung! Parkettbodenleger!** Die Sperre über die Strass- ... **Achtung! Drechsler!** In der Möbelwerkstatt von H. Schmidt, Blumenstr. 30, ...

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Den Mitgliedern der Lokalkommission Berlin und der Umgegend zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 24. Febr., die nächste Lokalliste erscheint. Ich ersuche dringend die auswärtigen Mitglieder, in ihren Kreisen eine genaue Aufstellung derjenigen Lokale einzuholen, die uns zu Versammlungen u. zur Verfügung stehen. Für Nieder-Barnim sind alle Sendungen an Paul Kette, Friedrichsfelde, Lichtenberger Bringen-Allee 20a, für Teltow-Weeslow-Charlottenburg an Herrn. Quitt, Nitzdorf, Hohenschuldenstr. 82, v. IV., für Potsdam-Osthavelland an G. Meier, Spandan, Roltzstr. 8, für die übrigen Ortshausen an Gust. Stein, Formier, Wriezener Allee, Frankfurterstr. 32, für Berlin an den Obmann der Lokalkommission, Karl Scholz, Wrangelstr. 110, port., zu richten.

Alle Änderungen resp. neue Aufnahmen sind bis spätestens den 19. Februar an oben genannte Genossen einzusenden; spätere Einsendungen können nicht berücksichtigt werden. Um genaue und deutliche Adressenangabe wird ersucht.

Im Auftrage der Lokalkommission: Karl Scholz, Wrangelstr. 110.

Reinickendorf. Die Parteigenossen werden ersucht, Donnerstags, den 7. Februar, abends 9 Uhr, im Verteilungsbüro, Witzhaus zur Lanze, Nordbahnstr. 15, recht zahlreich zum Diskutierabend zu erscheinen.

Eine Arbeitslosen-Versammlung, veranlaßt durch die große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, findet heute (Mittwoch), vormittags 1/2 10 Uhr, in Spandan, Pichelsdorferstr. 89 bei Wege statt.

Tokales.

Wer wird Leiter des Berliner Volksschulwesens? Die ein hiefiges Blatt vor einigen Tagen zu melden wußte, soll das noch gar nicht feststehen — trotz Gerstenbergs Wahl zum Stadtschulrat an Stelle des am 1. Januar ausgeschiedenen Vertram. Da auch Stadtschulrat Hüfienau, der bisherige Leiter des höheren Schulwesens, am 1. April in den Ruhestand tritt, so sei Herr Gerstenberg zunächst nur gewählt worden, damit nicht Berlin eines Tags völlig ohne Stadtschulrat sei. Erst wenn auch die durch Hüfienaus Rücktritt notwendig gewordene andere Wahl vollzogen sei, werde der Ober-Bürgermeister die Decernate verteilen und endgültig darüber bestimmen, wer von den beiden neuen Schulräten das Volksschulwesen zu übernehmen habe.

Diese Nachricht scheint Glauben gefunden zu haben; wenigstens bringt jetzt ein Zeit der bürgerlichen Presse die Ausführungen, die Herr Gerstenberg am Montag in einem Vortrage über das höhere Schulwesen Berlin gemacht hat, unter der Epithete „Gerstenbergs Programm“. Demgegenüber stellen wir fest, daß Herr Gerstenberg ausdrücklich als Stadtschulrat für das Volksschulwesen gewählt worden ist. Als im November in der Stadtverordneten-Versammlung darüber verhandelt wurde, ob Berlin künftig zwei oder drei Stadtschulräte haben solle, hat Oberbürgermeister Hüfienau allerdings die Andeutung fallen lassen, daß man die geforderte Trennung des Fortbildungs- und Volksschulwesens vom Volksschulwesen vielleicht durch eine bloße „Verstärkung“ der Decernate, durch eine Zuweisung dieses bisher mit von Herrn Vertram geleiteten Verwaltungszweigs an den künftigen Leiter des höheren Schulwesens erreichen könne. Er hat es aber als von vornherein zweifellos hingestellt, daß dem in die Vertrauens-Stelle zu wählenden Schulrat wiederum das Volksschulwesen zu übertragen sei. Auch aus einem anderen Grunde können wir nicht glauben, daß Herr Hüfienau den Leiter des Berliner Volksschulwesens erst noch bestimmen will. Der Oberbürgermeister verteilt die Decernate unter die einzelnen Magistratsmitglieder, das ist wahr. Ob ihm aber die Stadtverordneten-Versammlung dieses Recht auch für die Decernate so ohne weiteres zugestehen wird, die nur von technischen Mitgliedern verwaltet werden können, das möchten wir doch bezweifeln. Die Stadtverordneten-Versammlung wählt ja die Schulräte nicht zu dem Zweck, um das Magistratskollegium wieder vollständig zu machen, sondern um sich für die in Frage kommenden Verwaltungszweige diejenigen Personen zu sichern, die sie für geeignet hält. Wir sind der Ansicht, daß die Stadtverordneten-Versammlung besser gethan hätte, Herrn Gerstenberg tatsächlich zum Schulrat für das höhere Schulwesen zu wählen; denn er würde vermutlich einen sehr brauchbaren Leiter dieses Verwaltungszweigs abgeben. Nachdem aber einmal der Mißgriff gemacht worden ist, ihn zum Schulrat für das Volksschulwesen zu wählen, dürfte sich der Fehler schwerlich dadurch wieder gut machen lassen, daß man ihn nachträglich ein anderes Decernat zuschiebt. Das würden sich übrigens gerade diejenigen Stadtverordneten am wenigsten gefallen lassen, die Herrn Gerstenberg gewählt haben. Sie wissen sehr wohl, warum sie just ihn zum Leiter des Berliner Volksschulwesens machen wollten, denn Leute mit Reformgedanken wollen sie für diesen Posten nicht haben.

Benutzung der Gemeindschulhöfe als Spielplätze. Die alte Forderung, daß die Gemeindschulhöfe in der schulfreien Zeit den Kindern zur Benutzung als Spielplätze überlassen werden sollten, ist bekanntlich soweit bereits erfüllt, daß die Schuldeputation sich wenigstens grundsätzlich damit einverstanden erklärt hat. Für den einzelnen Fall hat sie freilich die Entscheidung den Direktoren der betreffenden Schulen anheim gestellt. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß mit dieser Lösung der Frage wenig erreicht ist, da die meisten Direktoren die Ueberlassung der Höfe an die spielenden Kinder für unzulässig halten. Wie recht wir hatten, das zeigt der neueste Bericht der städtischen Schuldeputation. Im Jahre 1899/1900 sind die Höfe von nur 23 Schulen freigegeben gewesen, während sich die Zahl aller Gemeindschulen auf 231 belief. Sollte die Ueberlassung der Höfe wirklich nur bei 23 Schulen möglich gewesen sein, oder hat da bei den Direktoren auch der Wunsch mitgesprochen, sich nicht in ihrer Ruhe stören zu lassen? Thatsache ist, daß das Minderbedürfnis der Direktoren in der Presse und in Versammlungen mehrfach gegen die Forderung „Die Schulhöfe frei!“ angeführt worden ist. Im übrigen scheint es aber, als ob die Verantwortung dafür, daß bisher so wenig Höfe freigegeben worden sind, nicht die Direktoren allein trifft. Auffällig ist, daß sich die 23 Schulen ganz außerordentlich ungleich auf die einzelnen Schulkreise verteilen. Ansehend wird von einigen Schulinspektoren ein gewisser Druck auf die Direktoren ihres Schulkreises ausgeübt, von anderen dagegen nicht. 6 freie Höfe kamen allein auf den 5. Kreis (nach der bis 1. Oktober 1900 gültigen Kreisinteilung) je 4 auf den 3. und 7. Kreis, andererseits aber nur je 1 auf den 6. und 9. Kreis und kein einziger freier Hof auf den 1. und 8. Kreis. Bei manchem der betreffenden Schulinspektoren müßten wir uns allerdings sehr darüber wundern, daß er nicht einschärfender und erfolgreicher für Benutzung der Schulhöfe als Spielplätze eintritt. Es thut not, daß endlich einmal an leitender Stelle ein Nachwort gesprochen wird, das den Gemeindschulkindern Berlins durchgängig ihre Schulhöfe zur Erholung freigibt.

Ein bekannter Rechtsanwält, Dr. Victor Frankl schreibt uns: Der vierten Strafkammer des hiesigen Landgerichts 1 sieht der Landgerichtsdirektor Oppermann vor. Der Herr, welcher vorher Staatsanwalt war, hat es in verhältnismäßig kurzer Zeit verstanden, sich durch eine zum Teil ganz eigentümliche Art der Behandlung der Angeklagten und der Befragung der Zeugen einen Bestand

deren Ruf zu erwerben. Als ich nun gestern vor dieser Strafkammer zu verteidigen hatte, ersuchte ich während der Verweisaufnahme den Vorsitzenden Oppermann, noch ein paar Fragen an einen als Zeugen erschienenen Schulladen zu richten. In gereiztem Ton erklärte Oppermann: „Das thue ich nicht.“ Darauf beantragte ich Protokollierung meines Antrags und Gerichtsbeschluss über denselben — der Vorsitzende aber erwiderte noch schroffer: „Fällt mir nicht ein, fragen Sie doch den Zeugen selber, Sie können das ja allein machen!“ Und dazu ließ er die Worte fallen: „Es ist doch unglücklich!“ Nunmehr erklärte ich, daß ich angesichts einer derartigen Art meines Verhaltens mich an der Verhandlung nicht länger beteiligen könnte. Als ich mich anschickte, den Saal zu verlassen, schickte Herr Oppermann veranlaßt, sehr erregt zu äußern: „Herr Verteidiger, meine Bemerkung hat sich nicht auf Sie bezogen, ich weiß, daß Sie nach bestem Wissen und Gewissen die Verteidigung führen.“ Darauf ersuchte ich ihn, den — bereits abgetretenen — Zeugen wieder vorzurufen; er that dies und ich nahm denselben nun ins Verhör.

Den Neunhundert-Ladenschluß für die Berliner Barbier- und Friseurgeschäfte an den Wochenenden hat die Berliner Barbier- und Friseurinnung in ihrer gestrigen außerordentlichen Generalversammlung beschlossen. Ausgenommen davon sollen die Sonnabende und die Abende vor den Feiertagen sein. Durch ein Rundschreiben sollen alle, auch die außerhalb der Innung lebenden Barbier- und Friseure, aufgefordert werden, diesem Beschlusse beizutreten. Ein gemeinsames Vorgehen sämtlicher Barbier- und Friseur-Innungsvorstände Berlins und Umgegend in dieser Angelegenheit wird erwartet.

Die hiesige Frauen-Badeanstalt an der Lesing-Brücke, die am 18. Dezember 1898 durch einen Sturm zum Sinken gebracht worden war und dann abgebrochen werden mußte, soll in diesem Jahre wieder aufgebaut werden, aber nicht an ihrem früheren Standort unterhalb der Brücke, sondern oberhalb.

Das Innungs-Schiedsgericht der vereinigten Berliner Innungen hatte im abgelaufenen Jahre 1075 Streitfälle zu erledigen gegen 813 im Vorjahre. Am meisten beteiligt waren dabei die Tischler mit 443, die Gastwirte mit 195 und die Schneider mit 168 Fällen. An Lehrlingsstreitigkeiten waren 49 Fälle zu entscheiden. Der Innungsausschuß hatte im Jahre 1900 eine Minderermahnung von 1400 W., die durch das Umlageverfahren bei den zum Verbandsgehörenden Innungen gedeckt wurden.

Die vermöglose Wärtlerin aus Börschhofen, welche, wie wir meldeten, am Dienstag, den 29. Januar, morgens auf der Wannseebahn kurz hinter Steglitz dadurch schwer zu Schaden kam, daß sie ihrer aus dem Coupe gesprungenen Schuttschleife, dem gestrichelten Fräulein Anna Federoff aus Schwefelurt, nachsprang, befindet sich im Kreis-Krankenhaus Gr. Dichterfelde außer Lebensgefahr. Es hat leider eine Amputation des rechten Arms und der linken Hand vollzogen werden müssen.

Ein großer Aufruhr entstand gestern nachmittag zwischen 5 und 1/2 Uhr in dem belebtesten Teil der Leipzigerstraße vor dem Kriegsministerium. Den Passanten bot sich ein eigenartiger Anblick. In dem Schilderhaus, das sich vor dem Kriegsministerium befindet, stand ein dem Arbeiterstande angehöriger Mann, vor ihm der Posten mit aufgeklapptem Seitengewehr. Zwei Schuttschleife bemüht sich die sich immer mehr anammelnden Passanten zu zerstreuen, schließlich mußten die Beamten den Posten veranlassen, den Arrestanten in das Innere des Ministeriums (in den Hausflur) zu führen, damit der Aufruhr nicht noch mehr anwuchs. Bald darauf nahte im Schnellschritt eine Patrouille mit einem Unteroffizier und zwei Mann vom Königin Augusta-Regiment. Sie pflanzten vor dem Arrestanten das Seitengewehr auf. Ein Mann geht voraus, der Arrestant in der Mitte, der Unteroffizier mit dem anderen Soldaten hinterdrein. Langsam — auf dem schlipfrigen Asphalt ist an ein sanftes Fortschreiten nicht zu denken — geht der Zug durch die Leipzigerstraße über den Potsdamer Platz nach der Königgrüßstraße 122, zur Militärwache im Hause der General-Militärkasse, die die Posten an dem Kriegsministerium stellt. Selbstverständlich gab ein großer Zug von Neugierigen dem für Berlin seltenen Zuge das Geleit.

Und aus welchem Grunde wurde der Mann arretiert? Er soll einen Offizier auf der Straße „gerempelt“ haben.

Zu der Schlägerei, die sich am Sonnabendabend vor dem Hause Schulstraße 20 zutrug, wird uns folgendes ergänzend berichtet: In dem Hause Schulstr. 20 befindet sich ein dem Gastwirt Franz Kleinert gehöriges Tanzlokal, welches nur von anständigem Publikum frequentiert wird. Im Keller des Vorderhauses wohnt die Familie List, deren Sohn am Sonntagabend vor dem Keller stand. Drei des Wegs kommende Strolche gingen ohne jede Veranlassung mit demselben Streit an, der in Thätlichkeiten ausartete und sich bis in die Wohnung, wohin der junge Mann sich flüchtete, fortpflanzte. Von den Mißhandlungen der Strolche sind sogar die in der Wohnung anwesenden Eltern nicht verschont geblieben. Auf die Straße gedrängt, kamen die Strolche in verstärkter Zahl wieder, um nochmals aber vergeblich in die Wohnung einzudringen. Alsdann geriet das Gesindel unter einander in Streit, wobei der erstgenannte Arbeiter Kellner als das Opfer seiner Spielgenossen zu betrachten ist. Ferner ist noch zu berichten, daß der Erstgenannte in Hitzpantoffeln ging, also nicht die Absicht gehabt haben konnte, in gewöhnlichem Lokal am Tanz teilzunehmen. Im übrigen haben daselbst nur Gäste in anständigem Anzuge Zutritt.

Aus Reizung zum Trunt gestohlen. Der 25-Jahre alte Mechaniker Johann Schwarz arbeitete seit fünf Wochen in der Werkstatt von Horn in der Alexandrinerstraße 32. Nachdem er am Sonnabend seinen Wochenlohn verbracht hatte, verschaffte er sich am Sonntagmorgen Eintritt in die verschlossene Werkstatt und entwendete dort sehr wertvolles Handwerkszeug, um für den Erlös daraus weiter zu trinken. Schließlich dachte er an die Folgen und ließ sich von einem Schuttmann am Sonntagabend auf der Straße ichtbar frank auffinden und einer Heilanstalt zuführen. Der Diebstahl wurde angezeigt, und Sch., der weder in die Wohnung, noch nach der Arbeitsstelle zurückgekehrt war, von der Polizei im Krankenhaus ermittelt. Dort hat er den Diebstahl, die Veranlassung dazu und den Plan, sich der Festnahme zu entziehen, eingestanden.

Eine langwierige Fahrt mußte am Montagnachmittag um 6 Uhr ein Krankenwagen unternehmen. In der Gartenstraße wurde ein Mann, dessen Papiere auf einen Arbeiter Karl Gasmann lauteten, besinnungslos von einem Schuttmann angetroffen. Ein Krankenwagen von Stopp brachte den Hüllosen hintereinander noch drei Krankenhäusern, ohne ihn abgeben zu können. Schließlich fuhr er ihn nach dem städtischen Obdach in der Friedelstraße. Diese standalösen Vorgänge wiederholen sich nun fortgesetzt.

Ein feingekleideter Selbstmörder wurde Dienstagmorgen auf einer Bank in der Großen Querallee des Tiergartens noch lebend aufgefunden, nachdem er sich einen Revolvergeschuß in die Brust gebracht hatte. Es handelt sich um einen jungen Mann von etwa 20 Jahren mit einem Anflug von blondem Schurzbart, der einen tadellosten schwarzen Anzug und einen schicken schwarzen Ueberzieher trug. Ein Schuttmann brachte ihn schleunigst nach der Charité, wo er besinnungslos anlangte und aus noch nicht vernehmungsfähig geworden ist.

Zu erschrecken versuchte sich am Montagabend um 9 Uhr der 25 Jahre alte Bureaugedülfe Georg Soffala aus der Kirchstr. 22, weil er von seiner Geliebten hintergangen wurde. Die herbeigekommene Polizei ließ ihn nach einem Krankenhaus bringen, wo sein Zustand bisher wenig Hoffnung auf Genesung zuläßt.

Von seinem Eisenbahnzuge überfahren wurde gestern kurz nach der Abfahrt aus der Station Rümchberg der Jugführer Wegener

aus Charlottenburg. Infolge unvorsichtigen Aufstiegs fiel der Beamte vom Trittbrett des Wagens zwischen die Geleise. Durch den Fall erlitt der Beamte, der schon 25 Jahre im Eisenbahndienst thätig ist, schwere innere Verletzungen und wurde nach Anlegung eines Rotverbandes nach Berlin in die Charité transportiert.

Beim Abbringen von einem in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen kam gestern nachmittag am Halleschen Thor die Frau des Kaufmanns S. erheblich zu Schaden. Die Dame benutzte einen Accumulatorwagen der Linie Zoologischer Garten-Treptow und wollte denselben am Halleschen Thor verlassen. Sie sprang kurz vor der Haltestelle während der Fahrt ab und stürzte zu Boden. Der nachfolgende Anhängerwagen des Straßenbahnzugs streifte Frau S., welche einen Bruch des rechten Unterschenkels und Verletzungen an der rechten Seite erlitt. Sie wurde mittels Droßkoff dem Krankenhaus am Urban zugeführt.

Totgefahren wurde von seinem eignen Wagen der Aufseher Stolle, der eine Steinfuhre durch die Spandauerstraße in Charlottenburg leitete. Er stürzte aus nicht genau bekannter Veranlassung von dem Gefährt, und die schwere Last ging ihm über die Brust. Besinnungslos wurde er nach dem Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf den Verletzungen erlag.

Im Centralverein für Arbeitsnachweis zu Berlin hatten sich im Monat Januar 1901 insgesamt 8532 arbeitssuchende Personen einschreiben lassen. Von den Unternehmern wurden 1847 Arbeitskräfte verlangt und 1546 Stellen besetzt.

Wesentliche Hygiene-Vorträge der Centralkommission der Krankenkassen. Der Vortrag am nächsten Donnerstag, den 7. Februar über: Ansteckende Krankheiten (insbesondere Windbraukheiten, Seuchen, Desinfektion etc.) ist für die Arbeiterchaft von höchster Bedeutung. Gerade die Arbeiter ziehen sich häufig kleine Wunden zu, in welche gar zu leicht ansteckende Keime eindringen, die sehr schwere Erkrankungen verursachen können. Hier muß jeder wissen, wie er sich zur rechten Zeit zu verhalten hat. Auch eine Belehrung über Seuchen ist im gegenwärtigen Augenblick sehr wichtig, wo wir eben erst die Furcht vor dem Eindringen der gefährlichen Pest überstanden haben und nicht sicher sind, ob sie nicht im Frühjahr wieder vor unsere Thoren erschert. Es wird auch erörtert werden, welche Pflichten das Reichs-Seuchengesetz im einzelnen auferlegt, und welchen Schutz wir von diesem Gesetz zu erwarten haben. Der Vortrag findet statt in den Schulaulen Markussir. 40, Schönhauser Allee 168a, Sneyenaustr. 7, Stephanstraße 27. Vortragende die Herren Doktoren Jgnaz Jadel, Paul Richter, E. S. Engel, Leopold Lilienthal. Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr abends. Zutritt für jedermann unentgeltlich ohne Legitimation.

Yvette Guilbert. Im Metropol-Theater erschien gestern zu einem kurzen Gastspiel die französische Drott-Zeuselime Yvette Guilbert, die nebenbei zu den paar ganz großen Künstlerinnen der Gegenwart gehört. Nach schwerer Krankheit ist die „Düfese“ im Gleichen und Gewaltigen doch ein wenig anders geworden. Es ist mehr Sonne in ihr, mehr Heiterkeit und Freude. Die wilde Anfliegerin, die aus dem Fleid ihrer Jugend die Härte und den Hohn der bitteren Erlebnisse in das reise Glück ihrer Künstlerfolge hinübergenommen, die aus der Tiefe der Gesellschaft ihre Lieder holt, die ihre Kunst fast wie eine Mission der Woche aufsaugt, erschien und diesmal — wir wissen nicht ob mit unter der Einwirkung der polizeilichen Repertoirewahl — mehr als die Meisterin der lustigen Satire und der spottenden Grazie, und nur vereinzelt wurden auch die grellen Lieder des Hoffes gependet — alte bekannte und auch neue.

Für Yvette Guilbert bedeuten die „Kummern“, die sie singt und sagt, nur Textnotizen, skizzierte Vorlagen, die sie erst mit ihrem Leben erfüllt. Diese universale Chansonnette gestaltet durch ihren Vortrag aus Gassenbauern alle jene Tragödien und Komödien untrer Jwitterkultur, die unsre Dichter nicht zu schaffen vermögen. Sie läßt die ungeschriebene Höhenkunst, die aus den Qualen und dem höllischen Gelächter der marterngerissenen Gegenwart aufwachsen soll, in ihren leichten Volkswesen ersehen; sie ist keine Komödiantin, die nachgeplaciert, sondern eine freie Dichterin, die schöpferisch gestaltet.

Im Circus Busch bildete gestern das Auftreten des Pferdehändlers Smith eine besondere Anziehung für die Sportleute. Herr Smith, ein Amerikaner, versprach, jedes noch so wilde, störrische Pferd in kurzer Zeit lammstark seinem Befehle zurückzuführen. Er hat sein Versprechen gehalten, zwei Pferde, das eine einem hiesigen Brauereibesitzer gehörend, wurden nacheinander in die Arena geführt. Ohne große Gewaltmittel, in ganz eigentümlicher Weise wurde die Erziehungsstrafe der sich überaus trotzig gebenden Tiere gelöst. Die Widerpenftigen wurden einem ohrenbeläubenden Lärm angesetzt, mit Pauken, Bedensschlägen, Pfeifen, Schreien, Feuer und Dampf wurden die Tiere schließlich so eingeschüchtert, daß das eine geduldig sich ausbäumen ließ und das andre den Reiter, den es erst mit einem jähen Rud abgeworfen hatte, ruhig im Sattel ließ. Der Erfolg war ein ganz überraschender, ob er ein andauernder ist, vermögen wir bei unsrer geringen Sachkenntnis nicht zu entscheiden.

Im Circus Schumann tritt von heute ab eine internationale Ringkampfkenturen an die Stelle der sportlichen Radwettkämpfe. Zu diesen sportlichen Kamp) hat das Ehrenschiedsrichter-Amt Professor Reinhold Wegas übernommen.

Die Urania hat sich entschlossen, vielfach geäußerten Wünschen, die namentlich von Eltern der Schüler hiesiger Lehranstalten ausgesprochen sind, jeden Mittwoch und Sonnabend Radmittags-Vorstellungen zu kleinen Preisen zu veranstalten, in welchen vorläufig der Projektions-Vortrag „Mittelmeerfahrten“ zur Aufführung gelangen soll. — Im Orfsaal findet heute abend 8 Uhr die letzte Wiederholung des Vortrags „Die Pariser Weltausstellung“ statt.

Die Neue freie Volkshöhne veranstaltet am Mittwoch, den 6. Februar, abends 8 Uhr, in Kellers Festsaal, Köpenickerstr. 29, ein Künstlerkonzert, in dem hauptsächlich Beethoven und Mendelssohn zum Wort kommen. Dasselbe wird von gelauteten Berliner Sinfonie-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Rud. Moser aufgeführt. Karten a 40 Pf. sind an der Abendkasse zu haben.

Zur unentgeltlichen Geburtshilfe haben sich, nach einer Veranlassung der Armen-Direktion, folgende Aerzte erboten: Sanitätsrat Dr. Fischfeld, Kleine Präsidentenstr. 4; Geheimrer Sanitätsrat Dr. Wolfert, Potsdamerstr. 49a; Sanitätsrat Dr. Odobrecht, Königgräberstr. 88, Sprechstunden in seiner Poliklinik: Prinzenstr. 84 von 1—2 Uhr, außer Mittwochs; Sanitätsrat Dr. Blasius, Lygnowstr. 65, für die Bezirke westlich der Potsdamer Eisenbahn; Professor Dr. Landau, Sommerstr. 2, Sprechstunden in seiner Klinik, Philippstr. 21, von 11—12 Uhr; Dr. Steinthal, Kurlistenstr. 72 und Dr. Czempin, Königin Augustastr. 12, Sprechstunden verträglich Karstr. 25, von 2—3 Uhr nachmittags.

Feuerbericht. In der Zwischenzeit erfolgten Linienstr. 114, Pritschstr. 14 und Panstr. 13 kleine Wohnungsbrände. Waldemarstraße 64a wurde ein Posten Kohlen eingeschert, während Frankfurter Allee 130 Sämereien durch Feuer vernichtet wurden. Wasserthorstraße 10 gingen Regale und Pappkartons in Flammen auf. Fuhboden und Wallenlage brannten Neue Schönhauserstr. 11 und Landsbergerstr. 107. Außerdem war Wolgasterstr. 2 noch ein kleiner Kellerbrand zu beseitigen. Vöswilliger Alarm rief die Wehr in letzter Nacht nach der Wehrstraße auf dem Gesundbrunnen. Leider ist der Thäter entkommen.

Aus den Nachbarorten. Der Charlottenburger Magistrat unterbreitet der Stadtverordneten-Versammlung zur Kenntnisnahme die Dienst-anweisung für die Schulärzte, die, nachdem sie ein Jahr im Gebrauch gewesen und auf Antrag der Schulärzte einige Änderungen erfahren hat, von der Regierung genehmigt ist. Nach

der Unterweisung sind neu eintretende Schulkinder von den Schulärzten unmittelbar nach der Einschulung in der Schule möglichst in Gegenwart der Eltern auf ihren Gesundheitszustand zu untersuchen, und es ist festzustellen, ob das Kind einer dauernden ärztlichen Behandlung oder besonderer Berücksichtigung beim Unterricht bedarf. Die Untersuchung unterbleibt, wenn dies von den rechtmäßig zu benachrichtigenden Eltern oder Erziehern unter Vorweisung eines bestimmten von dem Hausarzte ausgefüllten Formulars beantragt wird. Ueber jedes untersuchte Kind ist ein Gesundheitschein auszufüllen, der dasselbe von Klasse zu Klasse begleitet und beim Schulwechsel der neuen Schule überwiesen wird. Erscheint ein Kind einer ständigen ärztlichen Kontrolle bedürftig, so ist dies auf dem Schein zu vermerken. In jeder Schule hält der Schularzt monatlich, beim Auftreten von ansteckenden Krankheiten auch häufiger, eine Sprechstunde ab. Jede Klasse wird etwa zweimal im halben Jahre besichtigt. Die erste Hälfte der Sprechstunde dient zu einem Besuch der Klassen während des Unterrichts, wobei der Schularzt sein Augenmerk auf die äußere Erscheinung und Haltung der Kinder, und auf die Heizung, Ventilation, Ventilation und Reinlichkeit der Klasse und sonstigen Schulräume zu richten hat. Die zweite Hälfte dient der Abhaltung einer eigentlichen Sprechstunde. Kranke oder behandlungsbedürftige Kinder werden mit einer entsprechenden schriftlichen Mitteilung nach Hause geschickt. Eine Behandlung solcher Kinder durch den Schularzt ist ausgeschlossen. Die Schulärzte haben außerdem auf Antrag des Schulleiters solche angeblich erkrankten Kinder, für die kein ärztliches Zeugnis beigebracht wird, in ihrer Wohnung zu untersuchen sowie Anträge auf längere Schuldispensationen zu begutachten. Vierteljährlich treten die Ärzte zu Besprechungen zusammen. Ende Februar jeden Jahres haben sie einen Bericht über ihre Tätigkeit einzureichen.

**Der Voranschlag für den Charlottenburger Stadthaushalts-Gesetz** in seinen einzelnen Teilen wie folgt ab: Der Hauptetat im Ordinarium in Einnahme und Ausgabe mit 11 004 000 M. bei einem Dispositionsfonds für Nachbewilligungen und nicht vorhergesehene Fälle von 171 000 M., im Extra-Ordinarium in Einnahme und Ausgabe mit 6 612 600 M.; der Kanalisations-Gesetz im Ordinarium mit 857 500 M., im Extra-Ordinarium mit 390 000 M., der Etat der Landstraßen mit 23 300 M., der Etat der Tiefbau-Verwaltung mit 572 300 M., der Etat des Elektrizitätswerks im Ordinarium mit 318 825 M., im Extra-Ordinarium mit 1 Million, der Etat der Gasanstalten im Ordinarium mit 5 493 785 M., Einnahme und 5 000 785 M. Ausgabe bei einem Reingewinn von 493 000 M., im Extra-Ordinarium mit 2 703 509 M., der Etat der Stiftungen und Legate mit 67 912 M. Bezüglich der Festsetzung der Steuern beantragt der Magistrat, Personen mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 M. einkommensteuerfrei zu lassen. Im übrigen soll der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer 97 Proz. betragen. Die Gemeinde-Grundsteuer soll in Höhe von 2,21 % des gemeinen Werts der bebauten und unbebauten Grundstücke, die Gemeinde-Gewerbesteuer in Höhe eines Zuschlags von 97 Proz. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer erhoben werden, und zwar in der Weise, daß der Betrag beider Steuern zusammen einem Satz von 145,5 Proz. der staatlich veranlagten Realsteuern gleichkommt. Die Betriebssteuer soll in Höhe von 100 Proz. der festgesetzten Betriebssteuer erhoben werden. Die nach dem Maßstabe des Gebäude-Nutzungswerts zu erhebende Kanalisationsgebühr wird auf 1 Proz. festgesetzt. Die Unterteilung der Realsteuerbedarfs auf die Gemeinde-Gewerbe- und die Gemeinde-Grundsteuer ist in gleicher Weise wie für die Vorjahre vorgenommen worden, und zwar so, daß die Gewerbesteuer mit demselben Zuschlag wie die Staats-Einkommensteuer belastet werden, dagegen der nach Abzug des Betrags aus der Gewerbesteuer verbleibende Rest der Realsteuerbedarfs durch die Gemeinde-Grundsteuer aufgebracht werden soll. Hierdurch tritt für letztere Steuer eine Verlesung ein, welche der Erhebung eines Zuschlags von rund 169 Proz. der Staats-, Grund- und Gebäudesteuer entsprechen würde.

**Ueber das Ergebnis der Volkszählung in Charlottenburg** liegt und jetzt die Feststellung des statistischen Amtes vor. Charlottenburg hatte demnach am 1. Dezember 1900 189 290 Einwohner. Das bedeutet eine Zunahme von 66 908 gegen das Jahr 1883.

**Schöneberg.** In der Stadtverordneten-Sitzung vom 4. Februar gelangte zunächst der Bericht des Ausschusses für Rechnungssachen zur Verhandlung. Ohne wesentliche Debatte wurden die Rechnungen der verschiedenen Fonds, darunter der des Schulhaushalts mit 71 177 M., genehmigt. Die Nachbewilligung von 2647,65 M. zur Deckung von Staatseinkommen- und Ergänzungssteuer-Ausfällen aus Vorjahren, für welche die Stadtgemeinde Schöneberg als Kreditnachfolgerin der Landgemeinde von der Ober-Rechnungskammer ersatzpflichtig gemacht worden ist, gab dem Stadtv. Hase Gelegenheit anzuführen, ob es rechtlich nicht zulässig sei, den früheren Gemeindevorsteher Schmod regrechenschaftig zu machen, da doch nur durch die Art und Weise seiner Geschäftsführung ein derartiger Fall möglich sei. Dieser Anregung entgegen betonte der Bürgermeister Gerhardt die Unmöglichkeit eines solchen Vorgehens.

Eine recht regere Debatte zeitigte der nächste Punkt der Tagesordnung „Umbau der Parade II zu Wohnzwecken“. Hier waren es drei verschiedene Anschauungen, die je nach der wirtschaftlichen Stellung des Redners zur Geltung kommen. Herr Stadtv. Wagner, der Vorsitzende des Mietervereins, gab eine jener bekannt in allen Farben schillernden Reden zum Besten; er gab das Vorhandensein einer Wohnungsnot zu, trotz alledem konnte er sich nicht dazu aufschwingen, dem Hebel ernstlich zu steuern.

Den Standpunkt der Hausbesitzer zu vertreten übernahm der Vorkämpfer W. Müller, der jedoch mit seiner Argumentation, daß durch Angebotsfälle veranlaßt es immer Obdachlose geben wird, sehr schlecht operierte. Auch die Meinung, daß durch die Steigerung der Löhne bei den Arbeitern die Hausbesitzer zu ihrem Recht gelangen, nahm sich in dem Munde eines Manns, der sozialpolitisches Wissen besitzt, sehr eigenartig aus. Genosse Raich gab den Herren denn auch deutlich zu verstehen, wie es in Wirklichkeit mit den Ursachen der Wohnungsnot aussieht. Wenn die Hausbesitzer in recht jämmerlich klagernde Weise immer behaupten, daß sie die Geschädigten seien und nicht auf ihre Kosten kämen, nun dann mögen sie ihr Handwerk aufgeben und die Häuser der Kommune überlassen. Nach reger Diskussion gelangte schließlich die Magistratsvorlage zur Annahme.

**Schöneberg.** Der Magistrat hat die Petition der hiesigen Aktionäre, Lehrer und Lehrerinnen um Änderung ihrer Befoldungs-Ordnung abgelehnt. Der Bevölkerungsziffer unserer Stadt entsprechend sind für dieses Jahr 12 Stadtverordnete mehr zu wählen. Da ferner ein Drittel der Stadtverordneten ausscheidet, so sind im Herbst 28 Stadtverordnete zu wählen. Auf Wunsch des Ministeriums sollen Neu- und Erwahlte gemeinsam vorgenommen werden. Die Ausführung des neuen großen Entwässerungsprojekts der drei Gemeinden Schöneberg, Friedland und Wilmerdorf soll nunmehr vor sich gehen, und zwar handelt es sich zunächst um die Verfertigung eines der drei im Projekt vorgesehenen Regenablässe, der sich bei größeren Niederschlägen für Schöneberg als dringend nötig erweist.

**Vom städtischen Arbeitsnachweis zu Niddorf** verlangten im Monat Januar 72 Arbeitgeber 181 männliche und 20 weibliche Personen zur Beschäftigung. Diese 191 Personen sollten sich rekrutieren aus 18 Handwerkern, 109 ungelerten Arbeitern, 4 jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren, 3 Fabrik- und 3 ungelerten Arbeiterinnen. Beschäftigung gesucht wurde von 512 Personen, und zwar von 77 Handwerkern, 306 ungelerten Arbeitern, 43 jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren, 9 Dienstmädchen, 15 Fabrik- und 12 ungelerten Arbeiterinnen. Nur 143 Personen konnte Arbeit nachgewiesen werden, und zwar 17 Handwerkern, 108 ungelerten Arbeitern, 4 jugendlichen Arbeitern, 8 Dienstmädchen, 3 Fabrik- und 3 ungelerten Arbeiterinnen.

**Lichtenberg.** Im hiesigen Gemeinderat spielte sich am 31. Januar eine für uns recht ergötzliche Debatte ab. Herr Pionz hielt eine längere Rede, in der er sich über die Quartierverteilung erregte, die gegen die Erwerbung der Stadtrechte für Lichtenberg von einigen Seiten unternommen worden seien. Er bezieht einige Mitglieder des Gemeinderats, daß sie ein materielles Interesse daran hätten, den jetzigen Zustand zu erhalten. Infolge dieser Angriffe, die wohl mehr für eine Wahlpropaganda berechnet waren, kam es zu recht lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Herrn Kiehl und dem Angreifer. Von unserer Seite nahm Grauer das Wort, der zunächst betonte, daß der Streit nicht uninteressant sei, denn es bestätige sich das alte Sprichwort „wenn sich zwei streiten“ usw. vollkommen. Er müsse aber doch betonen, daß es gerade Herr Pionz gewesen sei, der die Ausführung des im Sommer gefassten Beschlusses dadurch verhinderte, daß er und seine Freunde den Termin zur Neuwahl möglichst hinauszuschieben sich bemühten. Die sozialdemokratischen Vertreter haben ihr Interesse in dieser Frage schon durch Zustimmung zu diesem Beschlusse bekundet, während die heutige Debatte mehr oder weniger auf das unsaubere Treiben der Grundstückspekulanten zurückzuführen sei.

Kadetten noch mehrere Redner zur Sache gesprochen, erklärte auch Gemeindevorsteher Jethen, daß er der Auffassung sei, es handle sich hier um eine Wahlmache. Gemeindevorsteher Bell interpellierte den Gemeindevorstand, welche Schritte derselbe zu thun gedenke, um der voranschreitenden Aprilzunahme herbortretenden Wohnungsnot zu begegnen. Der Gemeindevorsteher erklärte, der Gemeindevorstand habe sich bereits damit beschäftigt und werde nächstens im Kollegium die Sache zur Besprechung kommen.

Herr Pionz bewies bei Besprechung dieser Frage eine große Rücksichtslosigkeit auf sozialem Gebiete, indem er eine Verpflichtung der Gemeinde auf diesem Gebiete nicht anerkannte. Auf den Vorwurf des Gemeindevorordneten Grauer, daß er auch zu denjenigen Hauswirten gehöre, welche nicht gern Mieter mit Kindern nehmen, erwiderte er, daß die Sozialdemokraten es auch nicht anders machen würden.

**In Voraussicht der großen Entwicklung, die in Spandau** nach der in Vorbereitung befindlichen Entfestigung eintreten wird, macht sich eine umfangreiche Grundstückspekulation außerhalb der Festungsbereiche bemerkbar. Terrains, die so lange nur den Wert als Ackerland hatten, gelten bereits jetzt als zukünftiges Bau- und Lustland und lösen das Zehnfache der bisherigen Preise. In den letzten Tagen sind wieder größere Ackerländereien in den Besitz auswärtiger Spekulationen übergegangen. Einen andern, verschiedene Hundert Morgen umfassenden Komplex, an dem mehrere Ackerbürger beteiligt sind, hat sich eine große Berliner Bank gesichert. Während nicht verhindert werden kann, daß die im Festungsgraben gelegenen privaten Grundstücke Objekte einer unbeschränkten Spekulation werden, soll das Festungsgelände selbst durch Verkauf von Seiten der Stadt der Spekulation entzogen werden. Jüngst sind auch zu Fabrikzwecken in der Wilhelmstadt, an der Havel, wieder größere Ländereien verkauft worden.

**Ein Opfer seines Berufs** ist der Lokomotivführer Reumann zu Oranienburg geworden. Vor einiger Zeit entstand bei einem Personenzug der Nordbahn unweit Hermsdorf ein Maschinendefekt, wobei der Führer der Lokomotive, Reumann, als er weiteres Ansehen wollte, durch austretende Dämpfe schwer verbrüht wurde, während es dem Heizer gelang, sich durch einen Sprung von der Maschine in Sicherheit zu bringen. Die Brandwunden des Verunglückten wurden zwar geheilt, der gewissenhafte Beamte hatte sich bei jenem Unfall aber den Keim zu einer schweren Lungenkrankheit geholt, der er jetzt in Görbersdorf erlegen ist.

**Ein Kindesmord.** In Schöneberg ist am Montagmorgen in den Sandgraben im ungebauten Teile der Martinstraße ca. 10 bis 12 Centimeter tief lose im Sande verhaftet die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts aufgefunden worden. Derselbe ist aller Wahrscheinlichkeit nach schon am Sonntagabend oder Montagmorgen dorthin gebracht worden. Eingewickelt war die Leiche in einem Stück graue selbstgefertigter weißer Leinwand, worüber sich dann noch grobe Sackseiwand befand. Die Geburt des Kindes ist höchst wahrscheinlich ohne Zuziehung einer Hebammen oder Arztes erfolgt.

## Gerichts-Beilage.

**Wegen Gewerbesteuer-Vergehen** war die Handelsgesellschafterin Schmidt in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil sie das Zimmervermieten betrieben hat, ohne es zur Gewerbebesteuerung angemeldet. Das Landgericht erklärte das Vermieten von Zimmern für einen Gewerbebetrieb und nahm im Fall der Angeklagten ein Betriebskapital von mehr als 3000 M. an, indem es nicht bloß die Möbel, sondern auch die Wohnung selbst in Anschlag brachte. Bei einem Betriebskapital von weniger als 3000 M. und einem Jahresertrag von weniger als 1500 M. fällt befamlich die Gewerbebesteuerung weg. Das Kammergericht sprach die Angeklagte auf ihre Verurteilung frei und führte aus: Das Gewerbebesteuer-Gesetz sei rechtswidrig angewendet worden. Es frage sich, ob das Vermieten von einzelnen Zimmern ein steuerpflichtiges Gewerbe sei und ob der Wert der Räume in das Betriebskapital einzubeziehen sei. Das Ober-Verwaltungsgericht habe beides bejaht. Der Straftatbestand des Kammergerichts könne hier aber nicht anfallen. Das Verpachten oder Vermieten von Immobilien bedinge an sich noch nicht einen Gewerbebetrieb. Daran werde auch nichts dadurch geändert, daß die Räumlichkeiten mehr oder minder möbliert seien. Es liege hier nicht etwa ein Beherbergungsbetrieb vor, denn bei der Beherbergung gehe nicht, wie beim Vermieten, das Recht auf das Zimmer auf den Mieter über. Somit müsse nach Ansicht des Gerichts der Wert der nackten Zimmer von vornherein bei der Berechnung des Betriebskapitals ausbleiben. Nun könnte noch in Frage kommen, ob eine Möbelvermietung vorliege und ob diese ein Gewerbebetrieb sei. Das könne indessen dahingestellt bleiben, da die Angeklagte nicht Möbel im Werte von mehr als 3000 Mark vermiete (Anlagekapital) und die bloße Möbelvermietung ihr nicht jährlich 1500 Mark abwerfe, sie also selbst bei der Annahme eines Möbelvermietungs-betriebs nach dem Gesetz von der Gewerbebesteuerung befreit wäre. Schon deshalb sei Frau S. freizusprechen.

**Ein Abenteuer in einer Kaskette** kam bei einer Verhandlung zur Sprache, welche gestern die 7. Strafkammer hiesigen Landgerichts I bestrafte. Wegen Diebstahls hatte sich der Kellner Otto Rixdorf zu verantworten. Er besaß sich eines Morgens in aller Frühe in einer Kaskette in der Gegend des Dönhofsplatzes. Es ging dabei sehr hoch her. Die anwesenden Männer und Damen waren in animierter Stimmung, denn ein Gast, der dort unbekannt war, machte sich „ein Gaudi“ daraus, mehrere „Lagen“ den verehrten Anwesenden zum Besten zu geben. Der spendable Herr war so unvorsichtig, mit dem Besitze großer Geldmittel zu renummieren und vor aller Augen eine Geldgefäßliche Brieftasche in die hintere Tasche seiner Weste zu stecken. Der Angeklagte nahm auf seine Art hiervon Notiz und suchte zwei der anwesenden Mädchen aufzureden, dem Fremden das Geld zu stehlen. Als dies abgelehnt wurde, machte er sich selbst an den Fremden heran, er setzte sich neben ihn und konnte nicht umhin, ihn im Ueberschwange seiner Gefühle mehrmals zu umarmen. Plötzlich ertönte der Schreckenruf des Fremden: „Mein Geld ist weg!“ und da er als Ergänzung hinzusetzte, daß sich in der Tasche 700 M. befanden haben, so erging dieser Ruf natürlich gewaltige Aufregung. Der Herr ließ niemand aus dem Lokal, als er aber die Häupter seiner Lieben zählte, ergab es sich, daß ihm das teure Haupt des Angeklagten fehlte. Dieser hatte eine Hinterlist bemerkt, um, ohne Aufsehen zu erregen, zu verschwinden. Mit ihm war ein Mädchen, Namens „Trude“ verschwunden, über deren Verbleib sich bis heute nichts hat ermitteln lassen. Der Angeklagte ist in Halle a. S. festgenommen worden, wo er eine Stellung als Kellner angenommen hatte. Er bestritt natürlich den Diebstahl; bei der ganzen Sachlage und An-

geßts der Vorstrafen des Angeklagten hielt aber der Gerichtshof dessen Schuld nicht für zweifelhaft und verurteilte ihn zu einem Jahre Zuchthaus.

**Wegen Betrugs** wurde vom Schöffengericht I, Abteilung 140, eine Almoesempfängerin mit drei Wochen Gefängnis bestraft, weil sie, obgleich in Neu-Weißensee wohnhaft, der Armenkommission angegeben hatte, in Berlin zu wohnen. Infolge dieser falschen Angabe war es ihr gelungen, die Bezirks-Armenkommission zur Gewährung von Almosen zu veranlassen. Eine andre Person hatte sich als Wittin dieser Almoesempfängerin ausgegeben und hierdurch den Irrtum der zuständigen Armenkommission über die Wohnung der Almoesempfängerin unterhalten. Für ihre falschen Angaben ließ sie sich von der Almoesempfängerin einen Teil des ersandenen Almosens abgeben. Die falsche Wittin wurde durch daselbe Gericht wegen Betrugs mit zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis bestraft.

**Der Bürgermeister von Plauen** fühlte sich durch einen Artikel in Nr. 27 der „Ameise“ vom 6. Juli v. J. beleidigt und hatte eine Anklage gegen den Redakteur Jahn veranlaßt, die gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Die „Ameise“ als Organ des Verbands der Porzellanarbeiter hatte aus der „Gleichheit“ der Frau Zettin einen Artikel über ein Verbot in Plauen übernommen. Es wurde darin erzählt: Am 15. Juni wollte Frau Zieg aus Hamburg im Rathhaus-Restaurantssaale zu Plauen einen Vortrag über das Thema „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ halten. Der Bürgermeister Weber verbot die Erlaubnis zur Abhaltung der betreffenden Versammlung, weil er darin eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit erblickte. Da der Ausfall der Versammlung nicht mehr öffentlich bekannt gegeben werden konnte, hatten sich eine ganze Anzahl von Arbeitern, darunter auch Frau Zieg, eingefunden, welche nunmehr im Restaurantssaale sitzen blieben und Bier tranken. Als dann plötzlich der Gemeinbedienter im Saale erschien, wurde er mit Gelächter empfangen, er ging und kehrte bald mit dem Bürgermeister zurück. Dieser soll nun angeblich sofort den Rathhauswirt gefragt haben: „Wo ist das Weib, das Frauenzimmer?“ — Der Bürgermeister bestreitet dies und will nur gefragt haben, wo „das Frauenzimmer“ sei, das einen Vortrag halten wollte. Als der Wirt darauf nach Frau Zieg hinwies, trat der Bürgermeister mit den Worten auf sie zu: „Wenn Sie hier reden wollen, dann verhafte ich Sie!“ Frau Zieg soll darauf geantwortet haben: „Ich bin kein Frauenzimmer! Wer sind Sie denn?“ Darauf der Bürgermeister: „Ich bin hier der Bürgermeister. Können Sie sich legitimieren?“ — Frau Zieg antwortete gereizt: „Ich bin eine Deutsche, mich hat kein Bürgermeister, kein Sendarm und kein Fürst um eine Legitimation zu fragen.“ Als der Bürgermeister nochmals von Verhaftung sprach, hat Frau Zieg den Wirt um Schutz und dieser sagte dem Bürgermeister, er solle sich doch beruhigen. Dieser ging weg, betrat aber bald mit dem Sendarmen wieder den Saal, wo er sich an einen Tisch niederließ. Als darauf ein Gelächter laut wurde, rief der Bürgermeister: „Wenn hier gelacht wird, löse ich die Versammlung auf!“ Aus der Mitte der Anwesenden ertönte die Antwort: „Hier ist ja gar keine Versammlung!“ Der Saal leerte sich aber bald und die Anwesenden gingen in die Restaurantzimmer. Als Frau Zieg den Saal verließ, nötigte sie den Sendarm in ein Amtszimmer, fragte nochmals nach der Legitimation und erklärte schließlich: er hätte zwar Grund, sie zu verhaften, wolle aber davon Abstand nehmen. — Diese Vorgänge bildeten in dem Artikel den Ausgangspunkt sehr heftiger Angriffe gegen den Bürgermeister Weber. Daß der Bürgermeister den Ausdruck „das Weib“ gebraucht habe, war nur von einem Zeugen bestätigt worden, die übrigen beklundeten nur den Ausdruck „das Frauenzimmer“; der Gerichtshof hielt den ersten Ausdruck nicht für erwiesen, zumal sich Frau Zieg selbst nur gegen den Ausdruck „Frauenzimmer“ verwahrt hatte. Der Staatsanwalt beantragte wegen der schweren Straftaten 200 M. Geldstrafe. — R. A. Heine erinnerte bei dieser Gelegenheit an den alten Satz: „Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es wieder heraus!“ — Der Gerichtshof erkannte auf 150 Mark Geldstrafe, wobei er erwog, daß das nicht ganz so gemäße Vorgehen des Bürgermeisters die Kritik herausgefordert haben mag.

## Vermischtes.

**Wegen Stillschleissvergehen** wurde von der Strafkammer in Heilbronn der 55-jährige evangelische Pfarrer Georg Wagner in Wilhelmshafen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Sieben Buchsen, die dem Treiben des Angeklagten zum Opfer fielen, erhielten Gefängnisstrafen von zwei bis vier Wochen. Pfarrer Wagner, der seit sechs Jahren in Wilhelmshafen angestellt war, ist in der Diözesananstalt in Basel als Geistlicher ausgebildet worden, war dann mehrere Jahre in Indien als Missionar tätig und trat später in den babilonischen Staatsdienst ein. Er ist in zweiter Ehe verheiratet und Vater mehrerer erwachsener Kinder.

**Zwei schwere Jungen** sind aus dem Gefängnis des Amtsgerichts in Rauen entkommen und auch entkommen. Die entwichenen Arbeiter Anton Welpshal und Otto Wolter, waren wegen verschiedener Einbruchsdiebstahle, gefährlicher Körperverletzung und anderer Straftaten in Untersuchungshaft genommen worden. Glitter den flüchtigen Verbrechern sind alsbald Steckbriefe erlassen worden.

## Marktpreise von Berlin am 4. Februar 1901

| nach Ermittlungen des hgl. Vollgeprübten. |       | Kartoffeln, neue, D-Grt. |                        | 7.-  |      | 5.- |  |
|---|-------|--------------------------|------------------------|------|------|-----|--|
| *) Weizen, gut                            | 15,90 | 15,28                    | Windheisch, Reule 1 kg | 1,60 | 1,20 |     |  |
| "   mittel                                | 15,28 | 15,24                    | "   Baus               | 1,30 | 1,-  |     |  |
| "   gering                                | 15,22 | 15,20                    | "   ho.                | 1,30 | 1,-  |     |  |
| *) Roggen, gut                            | 14,26 | 14,24                    | Schweinefleisch        | 1,60 | 1,10 |     |  |
| "   mittel                                | 14,20 | 14,17                    | Rahm                   | 1,80 | 1,-  |     |  |
| "   gering                                | 14,13 | 14,10                    | Schmalz                | 1,60 | 0,90 |     |  |
| *) Gerstl, gut                            | 16,40 | 14,70                    | Butter                 | 2,60 | 2,-  |     |  |
| "   mittel                                | 14,60 | 13,90                    | "   60 Stck            | 5,50 | 3,20 |     |  |
| "   gering                                | 13,80 | 13,20                    | Käse                   | 2,20 | 1,20 |     |  |
| *) Hafer, gut                             | 15,90 | 15,80                    | Kate                   | 2,80 | 1,40 |     |  |
| "   mittel                                | 15,20 | 14,60                    | "   1 kg               | 2,50 | 1,20 |     |  |
| "   gering                                | 14,50 | 13,60                    | "   2,-                | 2,-  | 1,-  |     |  |
| *) Malz                                   | —     | —                        | "   1,80               | 0,90 | —    |     |  |
| "   1. Sort                               | —     | —                        | "   3,-                | 1,20 | —    |     |  |
| "   2. Sort                               | —     | —                        | "   1,40               | 0,70 | —    |     |  |
| "   3. Sort                               | —     | —                        | "   1,40               | 0,70 | —    |     |  |
| *) Erbsen                                 | 45,-  | 25,-                     | "   1,40               | 0,70 | —    |     |  |
| *) Bohnen                                 | 70,-  | 30,-                     | "   1,40               | 0,70 | —    |     |  |

\*) ab Bahn. f) ab Bahn und frei Wähe. †) frei Wägen und ab Bahn.

**Produktenmarkt vom 5. Februar.** Auf dem Getreidemarkt entwickelte sich schwächere Tendenz infolge vermehrten inländischen Angebots und der niedrigeren, von den amerikanischen und den europäischen Märkten gemeldeten Notierungen. Die Umsätze waren belanglos. Weizenlieferungen schienen um 0,75 M. Roggenlieferungen um 0,25 M. niedriger einzutreten. Erzielte Weizen infolge spekulativer Käufe wieder den geringen Einkaufspreis. Hafer blieb nur schwach behauptet, da russische Offerten einen Druck ausübten. Mühlreis lag auf Paris weiter um 0,50 M. nach.

## Witterungsbericht vom 5. Februar 1901, morgens 8 Uhr.

| Stationen   | Barometer, hoch mm | Windrichtung | Witterung | Stationen  | Barometer, hoch mm | Windrichtung | Witterung |
|-------------|--------------------|--------------|-----------|------------|--------------------|--------------|-----------|
| Schwaneberg | 749                | SO           | 2 bedekt  | Haparanda  | 751                | Still        | Schnee    |
| Frankfurt   | 748                | SO           | 3 bedekt  | Heidelberg | 750                | —            | —         |
| Berlin      | 749                | SO           | 2 bedekt  | 1. Ort     | 756                | —            | 5 Wetter  |
| Frankf./M.  | 748                | SO           | 2 bedekt  | Aberdeen   | 752                | —            | 4 bedekt  |
| Wien        | 748                | SO           | 2 bedekt  | Paris      | 742                | —            | 3 bedekt  |
| "   1. Ort  | 753                | —            | 1 bedekt  | "   2. Ort | —                  | —            | —         |

**Weiterprognose für Mittwoch, den 6. Februar 1901.** Bei weitem aufliegend, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und schwachen südlichen Winden; Temperatur wenig verändert. Berlin: Wetterbureau.